

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2018

198 Editorial von Ferdinand Fichtner et al.

Neue Regierung schickt deutschen Aufschwung in die Verlängerung



200 Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer und Malte Rieth

Weltwirtschaft und Euroraum: Expansion setzt sich fort, verliert aber etwas Schwung



210 Bericht von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Christian Breuer, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen und Thore Schlaak

Politik schiebt florierende deutsche Konjunktur zusätzlich an

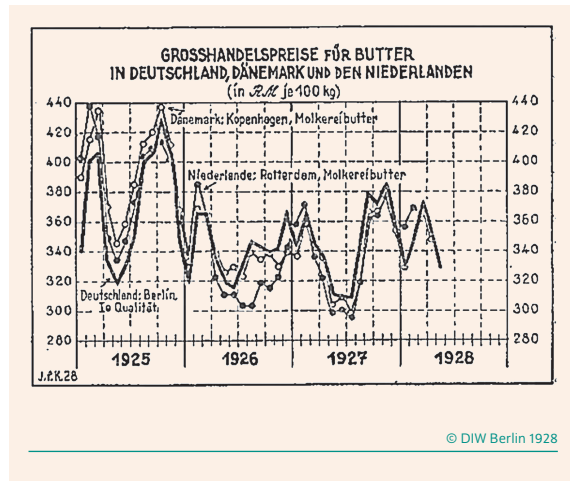
234 Interview mit Ferdinand Fichtner

235 Anhang Hauptaggregate der Sektoren und VGR-Tabellen

242 Kommentar von Lukas Menkhoff

Gute Armutsbekämpfung braucht randomisierte Experimente

Zur Lage der Milchwirtschaft



Die heimische Produktion an Molkereierzeugnissen war im Jahr 1924 wahrscheinlich niedriger als in der Vorkriegszeit. Wenn auch die Zahl der Milchkühe nur wenig hinter derjenigen der Vorkriegszeit zurückgeblieben sein mag, so war doch der Milchertrag je Kuh infolge einer weniger intensiven Fütterung wahrscheinlich niedriger. In den letzten Jahren ist der Verbrauch an eiweißreichen Milchfuttermitteln jedoch sehr stark gestiegen, sodass zweifellos bei steigenden Beständen von Milchkühen auch eine Erhöhung der Milcherträge je Kuh eingetreten sein dürfte. Die Preisbewegung der Molkereierzeugnisse war in den letzten Jahren offenbar unter dem Einfluss des erhöhten Angebots einem ziemlichlichen Druck unterworfen. Dieser Preisdruck war allerdings eine internationale Erscheinung, wie eine Betrachtung der Preise in Dänemark und den Niederlanden zeigt.

Aus dem Wochenbericht Nr. 11 vom 13. Juni 1928

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200

85. Jahrgang 14. März 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

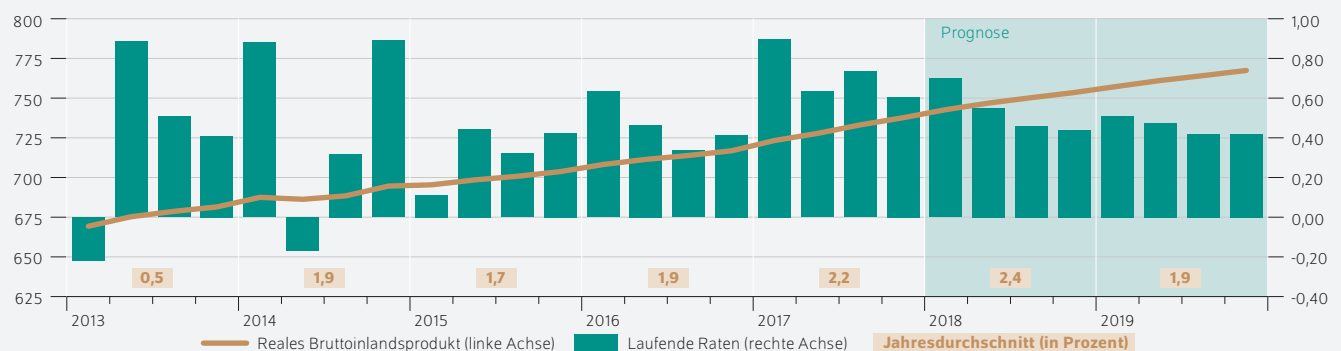
Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

Neue Regierung schickt deutschen Aufschwung in die Verlängerung

- Deutsche Wirtschaft wächst 2018 voraussichtlich um 2,4 Prozent, 2019 um 1,9 Prozent
- Starke Exporte dank florierender Weltwirtschaft sowie dynamischer Konsum stützen die Konjunktur
- Von der neuen Bundesregierung geplante expansive Maßnahmen heben Wachstum um 0,3 Prozentpunkte im Jahr 2019
- Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit erwartet, aber Beschäftigungsaufbau verlangsamt sich
- Weltwirtschaft dürfte in diesem Jahr um mehr als vier Prozent wachsen, im kommenden Jahr etwas weniger
- Globaler Aufschwung intakt, schwächt sich aber ab

Die deutsche Wirtschaft wächst weiter kräftig

Reales BIP in Milliarden Euro und Veränderung zum Vorquartal in Prozentpunkten



Quelle: DIW Frühjahrsgroßlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

ZITAT

„Die Weltwirtschaft ist in guter Verfassung und Deutschland als Exportnation profitiert ganz stark davon, allen voran die Industrie. Das befeuert die Investitionen, während der Konsum von dem starken Arbeitsmarkt profitiert. Auch von den US-Zöllen auf Stahl und Aluminium ist zunächst mal keine spürbare Wirkung auf die Konjunktur zu erwarten. Ein protektionistischer Wettlauf, wie er sich daraus jetzt entwickeln könnte, wäre aber Gift für die deutsche Wirtschaft.“

— Ferdinand Fichtner —

Neue Regierung schickt deutschen Aufschwung in die Verlängerung

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Karl Brenke, Christian Breuer, Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Simon Junker, Claus Michelsen, Malte Rieth und Thore Schlaak

Die deutsche Wirtschaft dürfte nach Einschätzung des DIW Berlin in diesem Jahr um 2,4 Prozent wachsen und im kommenden Jahr um 1,9 Prozent. Die Prognose wird damit im Vergleich zum Dezember für dieses Jahr um 0,2 Prozentpunkte und für kommendes Jahr um 0,3 Prozentpunkte angehoben. Im Wesentlichen spiegelt dies die neuen finanzpolitischen Rahmenbedingungen wider, die sich aus dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD ergeben. Allein die dort vereinbarten Maßnahmen dürften das Wachstum im kommenden Jahr um gut 0,3 Prozentpunkte anheben; unterstellt wird, dass die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen ab dem Jahr 2019 wirksam werden.

Für die Legislaturperiode bis 2021 – und zu wesentlichen Teilen bereits 2019 – sind erhebliche Entlastungen der privaten Haushalte zu erwarten. So dürfte allein die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2019 eine Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von 5,8 Milliarden Euro nach sich ziehen. Zwar schlagen sich die im Gegenzug höheren Belastungen der Unternehmen in etwas geringeren Gewinneinkommen nieder; per Saldo verbleibt aber ein deutliches Plus bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Hinzu kommen eine für die Jahreswende 2018/19 zu erwartende Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, die ebenfalls 3,6 Milliarden Euro Entlastung bei den privaten Haushalten im kommenden Jahr nach sich zieht. Schließlich gehen von der angekündigten Erhöhung des Kindergelds und der Kinderfreibeträge sowie der Ausweitung der Mütterrente und der Einführung einer Grundrente Impulse in Milliardenhöhe aus, die die verfügbaren Einkommen und so die Konsumausgaben der privaten Haushalte ankurbeln.

Daneben sind im Koalitionsvertrag zusätzliche investive Ausgaben des Bundes – etwa für den Breitbandausbau, für Forschung und Entwicklung, sowie für den sozialen Wohnungsbau – vorgesehen; sie belaufen sich im Prognose-

zeitraum auf insgesamt 1,5 Milliarden Euro und dürften die Konjunktur leicht anregen.

Konjunkturell erforderlich sind all diese Impulse freilich nicht. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2018 in einer Hochkonjunktur. Die Weltwirtschaft wächst kräftig und sorgt für eine dynamische Expansion der deutschen Exporte. Dies kommt vor allem der deutschen Industrie zu Gute, die verstärkt in Maschinen und Ausrüstungen investiert. Aber auch bei den Dienstleistern klingelt die Kasse, denn die privaten Haushalte geben angesichts der anhaltend außerordentlich günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und insgesamt kräftiger Lohnabschlüsse mehr und mehr Geld für den Konsum aus. Lediglich in der Bauwirtschaft verlangsamt sich das Tempo etwas, denn die Branche stößt an Kapazitätsgrenzen und die Preise steigen mittlerweile deutlich, so dass die Nachfrage in diesem Bereich allmählich an Schwung verliert. Auch in anderen Branchen werden in den kommenden Quartalen die Preise etwas stärker steigen; dies dürfte die Nachfrage für sich genommen dämpfen.

Da außerdem die weltwirtschaftliche Dynamik im Umfeld weniger expansiver Geldpolitik voraussichtlich etwas an Schwung verliert, würde die deutsche Wirtschaft ohne den zusätzlichen fiskalischen Stimulus im Jahr 2019 allmählich in einen flachen Abschwung übergehen. Das wäre aber angesichts der zur Zeit äußerst günstigen Arbeitsmarktsituation verschmerzbar und würde kein finanzpolitisches Gegensteuern erfordern.

Vielmehr sollte sich die Politik darauf konzentrieren, den längerfristigen Wachstumspfad der deutschen Wirtschaft positiv zu beeinflussen. Angesichts der absehbar ungünstigen demographischen Entwicklung ist die Politik insbesondere gefordert, die Rahmenbedingungen für Investitionen attraktiver zu gestalten: Wenn es immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter gibt, müssen diese umso produktiver arbeiten können. Zu Recht hat sich die Große Koalition

daher auf zusätzliche Ausgaben in Bildung und Infrastruktur verständigt; für deren Wachstumseffekte ist zentral, dass diese Ausgaben gezielt getätigt werden und nicht mit der Gießkanne oder nach Regionalproporz verteilt werden.

Die finanziellen Spielräume für solche und weitere Maßnahmen sind da. Der öffentliche Gesamthaushalt dürfte in diesem Jahr ein Plus von fast 50 Milliarden Euro ausweisen (1,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) und auch im kommenden Jahr, trotz der im Koalitionsvertrag vereinbarten Zusatzausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe, nur wenig zurückgehen (1,2 Prozent). Zu warnen ist dennoch vor einer Überschätzung des Gestaltungsspielraums: Ein großer Teil der Überschüsse geht auf die gute konjunkturelle Lage zurück, ist somit nicht dauerhaft und sollte deshalb auch nicht dauerhaft verplant werden. Zudem profitiert die öffentliche Hand derzeit von ungewöhnlich niedrigen Zinsen; im Zuge der Normalisierung der Geldpolitik werden die damit verbundenen Einsparungen langfristig zurückgehen. Dies spricht etwa auch gegen die in der öffentlichen Diskussion immer wieder geäußerte Forderung einer breit angelegten Senkung der Einkommensteuer.

In konjunktureller Hinsicht dürfte die absehbar etwas sträfer Geldpolitik das Expansionstempo im Euroraum etwas dämpfen. Auch in den USA dürfte die Zentralbank die Zügel etwas anziehen, so dass auch die US-Konjunktur – trotz der auch dort in Form von Steuerentlastungen und Ausgabenenkungen deutlich expansiveren Finanzpolitik – an Schwung verlieren dürfte. Alles in allem ist zu erwarten, dass

die derzeit sehr kräftige weltwirtschaftliche Dynamik etwas nachgibt.

Daher wird im späteren Prognosezeitraum das Tempo der deutschen Exporte zurückgehen und auch die Investitionstätigkeit auf einen etwas flacheren Kurs einschwenken. Zwar fallen im Zuge dessen auch die Beschäftigungszuwächse etwas geringer aus. Der insgesamt sehr guten Lage auf dem Arbeitsmarkt schadet dies aber nicht; zum Ende des Prognosezeitraums dürfte die Arbeitslosenquote bei 4,8 Prozent liegen.

Die grundsätzlich sehr günstigen wirtschaftlichen Perspektiven werden allerdings durch Risiken überschattet. So sind der jüngst an Schärfe gewinnende Konflikt um die Einführung von Zöllen auf US-Importe und andere protektionistische Tendenzen, wie sie sich etwa in Form der Brexit-Entscheidung, aber auch in den Programmen der siegreich aus den Wahlen in Italien hervorgegangenen Parteien manifestieren, aus deutscher Sicht besorgniserregend. Sollten derartige Maßnahmen den internationalen Güteraustausch maßgeblich beeinträchtigen, so würde dies auch die deutsche Exportwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Zusätzliche Risiken erwachsen aus dem geldpolitischen Umfeld, gerade im Euroraum: Ein schnellerer als hier unterstellter Anstieg der Zinsen könnte die in einigen Ländern immer noch schwierige finanzielle Situation der Banken verschärfen und zu einem Wiederaufflammen der Finanzkrise im Euroraum führen, deren konjunkturelle Folgen auch die deutsche Wirtschaft beeinträchtigen könnten.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Karl Brenke ist Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Christian Breuer ist Junior Professor für Europäische Wirtschaft an der technischen Universität Chemnitz | christian.breuer@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Abteilungen Konjunkturpolitik

und Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Claus Michelsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 11/2018:

www.diw.de/diw_weekly



Weltwirtschaft und Euroraum: Expansion setzt sich fort, verliert aber etwas Schwung

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer und Malte Rieth

ABSTRACT

Die Weltwirtschaft dürfte in diesem Jahr um mehr als vier Prozent wachsen, im kommenden Jahr etwas weniger; das DIW Berlin hat seine Prognose für beide Jahre damit leicht angehoben. Der Aufschwung ist sowohl in den entwickelten Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern weiterhin intakt; allerdings dürften die Zuwachsraten künftig etwas geringer ausfallen. Gründe für die gute Konjunktur sind die sich stetig verbessernde Beschäftigungslage und der private Konsum. Zusammen mit den finanzpolitischen Impulsen durch Steuersenkungen und staatliche Ausgabenprogramme dürfte dies auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen anschieben. Die Geldpolitik bleibt zwar expansiv, doch die schrittweise Anhebung der Leitzinsen in großen Volkswirtschaften und der allmähliche Ausstieg der EZB aus dem Anleihekaufprogramm dürften das Wachstum in den USA und im Euroraum etwas bremsen. Dies würde auch die Konjunktur in den Schwellenländern abschwächen. Risiken für die Weltwirtschaft gehen von protektionistischen Bestrebungen in den USA, aber auch von politischen Unwägbarkeiten in Europa aus.

Das Wachstum der Weltwirtschaft schwächte sich zum Jahresausklang leicht ab. Insgesamt verzeichnete die globale Produktion im Jahr 2017 aber die höchste Zuwachsrate seit sieben Jahren. Sowohl in den entwickelten Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern zog die Konjunktur insbesondere zur Jahresmitte deutlich an. Mit ganz so hohen Wachstumsraten dürfte es im Prognosezeitraum nicht weiter gehen; der Aufschwung bleibt aber intakt (Abbildung 1).

Getragen wird er vor allem durch die weiterhin gute und sich stetig verbessernde Lage am Arbeitsmarkt. In den entwickelten Volkswirtschaften wird zumeist weiter Beschäftigung aufgebaut und die Arbeitslosenquoten sinken. Zusammen mit nach wie vor moderaten Preissteigerungen verbessert sich die Kaufkraft der Haushalte; dies schiebt insbesondere den privaten Konsum an. Vor diesem Hintergrund dürfte auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Fahrt bleiben. Vor allem in den USA, aber auch im Euroraum kommen finanzpolitische Impulse hinzu. Im weiteren Verlauf dürften sich dann aber die Leitzinserhöhungen in wichtigen Volkswirtschaften und der Ausstieg aus dem Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank bemerkbar machen und das Wachstum etwas bremsen.

Die hohe Nachfrage in den entwickelten Volkswirtschaften stimuliert den Welthandel, wovon auch die Schwellenländer profitieren. Hinzu kommt dort eine zumeist ebenfalls robuste Binnenkonjunktur – etwa in den mittel- und osteuropäischen Staaten. In Russland und Brasilien zeichnet sich nach der anhaltenden Wachstumsschwäche in den vergangenen Jahren allerdings keine kräftige Erholung ab. In China dürfte zudem der strukturelle Wandel im Prognosezeitraum zu einem Rückgang der Wachstumsraten führen.

Alles in allem dürfte die Weltwirtschaft in diesem Jahr um 4,2 Prozent wachsen. Im nächsten Jahr wird es wohl etwas weniger sein. Im Vergleich zu den Wintergrundlinien 2017 hebt das DIW Berlin seine Prognose damit für beide Jahre leicht an (Tabelle).

Global bleibt die geldpolitische Ausrichtung expansiv. In den USA kamen zwar zuletzt Sorgen über einen stärker als erwarteten Preisanstieg und damit eine schnellere Straffung

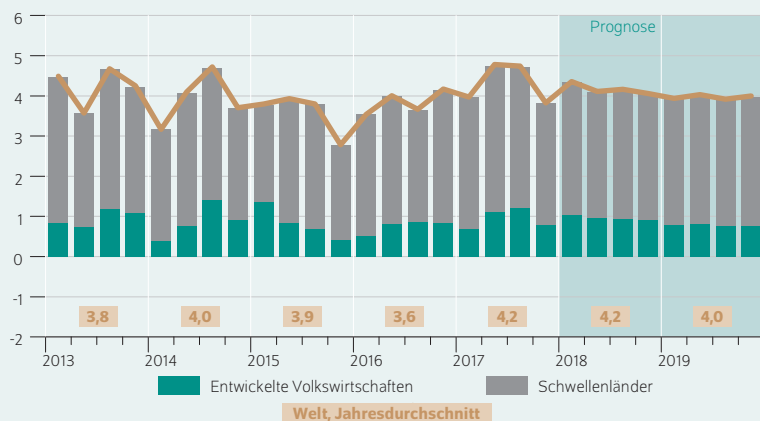
der geldpolitischen Zügel auf. Ein starkes Überschießen der Preise scheint allerdings, auch aufgrund der im Prognosezeitraum annahmegemäß rückläufigen Ölpreise, nicht wahrscheinlich. Die US-Notenbank dürfte daher an ihrer angekündigten allmählichen Anhebung der Leitzinsen festhalten. Im Euroraum wird die Zentralbank die Nettoankäufe im Rahmen des Anleihekaufprogramms in diesem Jahr wohl auf null zurückfahren. Eine erste Zinserhöhung wird allerdings erst für das Jahr 2019 angenommen. Die japanische Notenbank dürfte angesichts der Aufwertung des Yen seit Jahresbeginn ihre expansive Ausrichtung zunächst unverändert beibehalten.

Von der Finanzpolitik dürften im Prognosezeitraum hingegen stimulierende Impulse ausgehen. Vor allem in den USA werden die Ausgabenprogramme und die geplanten Steuersenkungen das Wachstum zunächst wohl merklich anheben (siehe Kasten 1). Im Euroraum ist die Finanzpolitik ebenfalls expansiver ausgerichtet als zuletzt.

Es besteht eine Reihe von Risiken für die Weltwirtschaft. In den USA könnte sich die zusätzliche Nachfrage, die durch die finanzpolitischen Maßnahmen entsteht, aufgrund einer bereits gut laufenden Konjunktur vor allem in höheren Preisen niederschlagen. Dies könnte eine schneller als erwartete geldpolitische Straffung nach sich ziehen und den bereits langanhaltenden Aufschwung in den USA beenden. Auch das globale Finanzumfeld würde sich durch eine restriktive Geldpolitik in den USA verschlechtern, was vor allem

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozent, Prozentpunkten



Quelle: Nationale statistische Ämter; DIW Frühjahrsgroßlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Das globale Wachstum bleibt vorerst intakt.

die Konjunktur in Schwellenländern gefährden würde. Die protektionistischen Maßnahmen könnten Reaktionen anderer Länder nach sich ziehen und den Welthandel beeinträchtigen. Im Euroraum besteht das Risiko, dass es in Italien zu

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
Euroraum	1,8	2,5	2,3	1,8	0,4	1,4	1,8	1,7	10,0	9,0	8,4	8,1
ohne Deutschland	1,8	2,5	2,2	1,7	0,3	1,3	1,7	1,7	12,6	11,4	10,7	10,4
Frankreich	1,1	1,9	2,0	1,7	0,2	1,1	1,4	1,5	10,1	9,5	9,4	9,2
Italien	1,1	1,5	1,4	1,2	0,0	1,4	1,2	1,4	11,7	11,3	10,9	10,5
Spanien	3,3	3,1	2,7	2,2	-0,2	2,0	1,8	2,3	19,7	17,2	15,8	15,4
Niederlande	2,1	3,2	2,8	2,4	0,1	1,3	1,5	1,9	6,0	4,8	4,4	4,2
Vereinigtes Königreich	1,9	1,7	1,4	1,5	0,7	2,7	2,6	2,1	5,0	4,5	4,6	4,6
USA	1,5	2,3	3,0	2,7	1,3	2,1	2,5	2,1	4,9	4,4	3,9	3,6
Japan	0,9	1,6	1,2	1,0	-0,1	0,5	0,8	1,1	3,1	2,9	2,8	2,7
Südkorea	2,8	3,1	3,2	2,6	1,0	2,0	1,8	2,7	3,7	3,7	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	3,2	4,9	3,9	3,4	-0,2	1,7	2,7	2,9	5,7	4,6	4,2	3,9
Türkei	3,2	6,6	3,9	3,5	7,8	11,1	9,3	8,2	10,9	10,9	10,7	10,5
Russland	-0,3	1,6	1,8	1,9	6,6	3,5	3,5	4,1	5,5	5,1	5,0	4,8
China	6,7	6,9	6,5	6,3	1,6	1,7	2,1	2,4	4,1	4,0	4,0	4,0
Indien	7,9	6,2	7,1	6,6	2,9	4,2	5,5	6,1				
Brasilien	-3,5	1,0	0,9	1,1	8,7	3,6	4,9	6,0	11,3	12,8	10,6	8,4
Mexiko	2,7	2,3	2,1	2,0	2,8	5,7	3,3	3,2	3,9	3,8	4,8	4,8
Entwickelte Volkswirtschaften	1,6	2,2	2,5	2,2	0,8	1,8	2,1	1,9	5,9	5,3	4,9	4,7
Schwellenländer	5,0	5,6	5,4	5,2	3,0	3,1	3,5	4,0	5,3	5,3	5,0	4,8
Welt	3,6	4,2	4,2	4,0	2,1	2,6	2,9	3,1	5,5	5,3	5,0	4,7

Quelle: Nationale statistische Ämter; DIW Frühjahrsgroßlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Kasten 1

Zusätzliche Staatsausgaben in den USA könnten US-Wachstum um bis zu 0,2 Prozentpunkte erhöhen

Im Dezember des vergangenen Jahres hat der Kongress der Vereinigten Staaten massive Steuersenkungen vor allem für Unternehmen, aber auch für private Haushalte beschlossen; dies dürfte nach Simulationen der Deutschen Bundesbank das Wachstum in den USA in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 0,5 bis 1,0 Prozentpunkte höher ausfallen lassen.¹

Im Februar hat der Kongress zudem zusätzliche Ausgaben von rund 300 Milliarden US-Dollar bewilligt. Die Abflüsse verteilen sich gemäß ersten Schätzungen des Congressional Budget Office (CBO) auf die nächsten sechs Jahre. Der größte Anteil davon ist mit

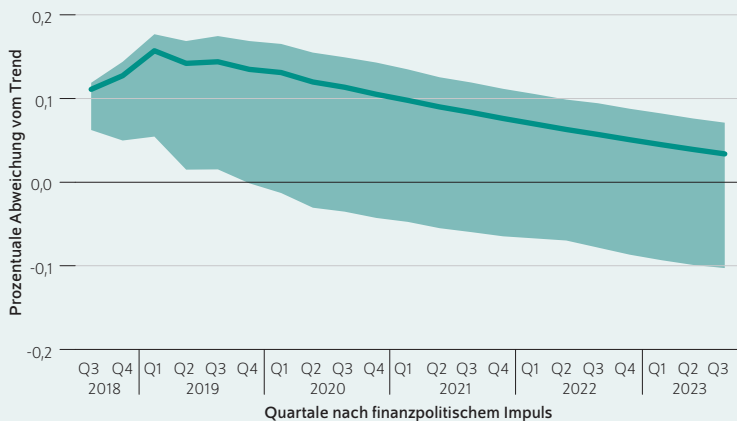
200 Milliarden US-Dollar für die Jahre 2018 und 2019 eingestellt, wobei sich dieser Betrag wiederum etwa im Verhältnis ein Viertel zu drei Viertel auf die beiden Jahre aufteilt. Diese Ausgabenänderungen werden in der Simulation der Bundesbank nicht berücksichtigt.

Um die Wachstumseffekte der zusätzlichen Maßnahme abzuschätzen, wird ein strukturelles vektorautoregressives Modell für die USA für den Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg geschätzt. Das Modell enthält neben den Staatsausgaben das Bruttoinlandsprodukt sowie den kurzfristigen (dreimonatigen) Zinssatz als Maß für die Geldpolitik.² Der finanzpolitische Impuls wird so kalibriert, dass die Staatsausgaben um 200 Milliarden US-Dollar in den ersten zwei Jahren nach dem Schock unerwartet steigen.

Das Bruttoinlandsprodukt steigt unmittelbar um rund 0,1 Prozent und auch in den zwei Folgequartalen weiter an (Abbildung). Danach kehrt die Produktion langsam wieder zu ihrem Niveau zurück, das sie ohne den Impuls gehabt hätte. Etwa eineinhalb Jahre nach der unerwarteten Ausgabenexpansion wird der Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt insignifikant. Die Wirkung auf die Wachstumsrate in den Jahren 2018 und 2019 dürfte 0,15 beziehungsweise 0,21 Prozentpunkte betragen. Der sich aus dem Modell ergebende finanzpolitische Multiplikator liegt in diesem Zeitraum bei etwa 1,5.

Insgesamt sind die Ergebnisse allerdings mit Vorsicht zu interpretieren, da sich die US-Wirtschaft mittlerweile in einer langen Phase des Aufschwungs befindet und die Kapazitäten bereits recht gut ausgelastet sind. Da Ausgabenprogramme in der Vergangenheit aber typischerweise in Phasen geringen oder sogar negativen Wachstums zur Stimulierung der Konjunktur aufgelegt wurden, dürfte das Modell die Effekte der aktuellen staatlichen Ausgaben erhöhungen tendenziell überschätzen.

Abbildung

Veränderung des US-Bruttoinlandsprodukts nach finanzpolitischem Impuls
In Prozent


Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Höhere Staatsausgaben steigern das US-BIP in den ersten Quartalen deutlich.

¹ Vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Februar 2018 (online verfügbar, abgerufen am 8. März 2018).

² Die Identifikation des Modells erfolgt über die Heteroskedastizität in den Daten. Die Übergänge zwischen den Volatilitätsregimen folgen per Annahme einem Markov-Prozess mit zwei Zuständen. Vgl. Helmut Herwartz und Helmut Lütkepohl (2014): Structural vector autoregressions with Markov switching: Combining conventional with statistical identification of shocks. Journal of Econometrics 183.1, 104–116.

einer langwierigen Regierungsbildung und damit zu politischem Stillstand kommt. Dies könnte sich auf die Stimmung der Unternehmen und Haushalte niederschlagen und die private Nachfrage dämpfen.

USA: Starke finanzpolitische Impulse trotz Hochkonjunktur

Die US-Wirtschaft ist im vierten Quartal des vergangenen Jahres um annualisiert 2,5 Prozent gewachsen. Sowohl der private Konsum als auch die Unternehmensinvestitionen

haben deutlich zugelegt. Diese Entwicklung dürfte im Prognosezeitraum anhalten. Hinzu kommt eine expansive Finanzpolitik. Neben den im Dezember 2017 beschlossenen Steuersenkungen für Unternehmen und private Haushalte sind deutliche Erhöhungen der Staatsausgaben vorgesehen (Kasten 1).

Im Zuge dieser Entwicklungen wird sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessern. In den vergangenen drei Monaten wurden durchschnittlich 242.000 neue Stellen geschaffen und die Arbeitslosenquote lag im Februar des laufenden

Jahres nur noch bei 4,1 Prozent. Daher dürften sich im Prognosezeitraum erste Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Die Löhne werden real etwas stärker zulegen als in den vergangenen Jahren und den privaten Verbrauch stützen. Im Zuge einer steigenden Kapazitätsauslastung werden die Unternehmen ihre Investitionen ausweiten. Das Leistungsbilanzdefizit wird sich aufgrund der kräftigen Binnennachfrage vergrößern.

Da sich die wirtschaftliche Lage kontinuierlich verbessert und die Inflation steigt, dürfte die US-Notenbank ihre Leitzinsen weiter schrittweise anheben. Dadurch wird sich die Dynamik der US-Wirtschaft im Laufe des Jahres 2019 ein wenig abschwächen. Alles in allem wird die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2018 wohl bei 3,0 Prozent liegen. Im Jahr 2019 dürfte die US-Wirtschaft um 2,7 Prozent zulegen.

Japan: Anhaltend positive Entwicklung

Das Bruttoinlandsprodukt in Japan legte im vierten Quartal um 0,1 Prozent zu. Der Zuwachs fiel somit schwächer aus als im dritten Quartal (0,6 Prozent). Die Verlangsamung der Zuwächse im letzten Quartal 2017 lag allerdings in erster Linie an einem starken Anstieg der Importe; die binnenwirtschaftliche Nachfrage und auch die Exporte – begünstigt durch einen schwachen Yen – expandierten nahezu ungebremst. Die japanische Wirtschaft verzeichnet mit acht aufeinander folgenden Quartalen positiver Raten den am längsten anhaltenden Zuwachs seit den 1980er Jahren. Die Arbeitslosenquote ist weiter leicht gesunken und liegt mit 2,7 Prozent auf dem niedrigsten Niveau seit Mitte der 1990er Jahre. Trotz der anhaltend positiven konjunkturellen Entwicklung und einer weiterhin lockeren Geldpolitik blieb die Inflationsrate im Vorjahresvergleich konstant bei 0,6 Prozent.

Im Prognosezeitraum dürfte der japanische Außenhandel durch kürzlich beschlossene Handelsabkommen, zum Beispiel das im Frühjahr 2018 inkrafttretende Trans-Pazifik-Abkommen oder auch das voraussichtlich Anfang 2019 einsetzende Handelsabkommen zwischen Japan und der EU, gestärkt werden. Eine weiterhin steigende Exporttätigkeit sowie wachsende Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften die Konjunktur in Japan anhaltend begünstigen. Eine seit Beginn des Jahres anhaltende Aufwertung des Yen und die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer im Herbst stellen jedoch hemmende Faktoren dar. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2018 um 1,2 Prozent und im Jahr 2019 um 1,0 Prozent steigen.

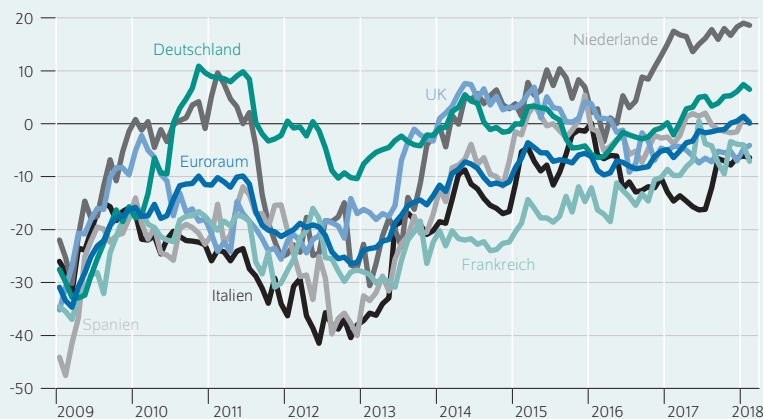
China: Privater Konsum und Investitionen gehen zurück

Das chinesische Bruttoinlandsprodukt wuchs im vierten Quartal 2017 um 1,6 Prozent. Das Wachstum ist auf einen anhaltenden, wenngleich auch leicht schwächeren Anstieg der privaten und öffentlichen Konsumausgaben zurückzuführen. Im Trend ebenfalls rückläufig ist das Wachstum der

Abbildung 2

Konsumentenversicht in Europa

Index, Abweichung vom langfristigen Durchschnitt



Quelle: Europäische Kommission. Letzte Beobachtung: Februar 2018.

© DIW Berlin 2018

Die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt stützt die Zuversicht der VerbraucherInnen im Euroraum.

Investitionen. Trotz gestiegener Einfuhren trug der Außenhandel aufgrund eines gleichzeitigen Anstiegs der Exporte positiv zum Wachstum bei.

Im Prognosezeitraum dürfte sich die Expansion verlangsamen. Weitreichendere Regulierungen des chinesischen Banken- und Immobiliensektors, wie die Beschränkungen von Immobilienkäufen und die Überwachung der Mikrokreditanbieter durch die Bankenaufsicht, dürften insbesondere das Kreditwachstum der Haushalte in diesem und im kommenden Jahr verlangsamen. Zudem könnte die ab Frühjahr 2018 erhobene Umweltsteuer die Industrieproduktion dämpfen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2018 um 6,5 Prozent und im Jahr 2019 um 6,3 Prozent wachsen.

Euroraum: Investitionen nehmen zu

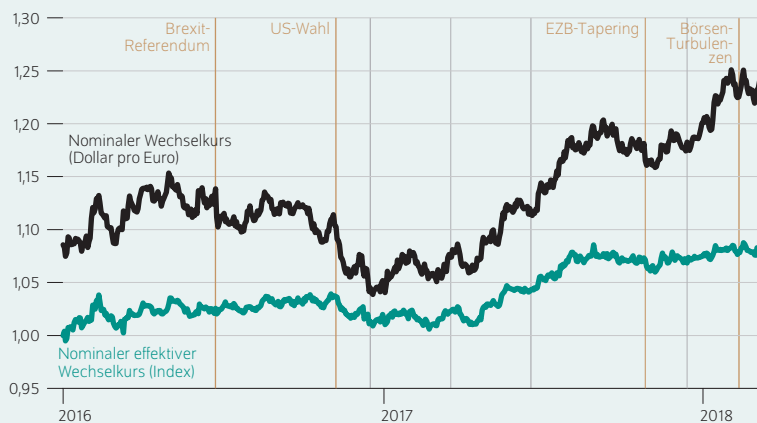
Der konjunkturelle Aufschwung im Euroraum setzte sich zum Ende des Jahres 2017 fort. Im Schlussquartal wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 0,6 Prozent. Vor allem der merkliche Anstieg der Investitionen stützte das Wachstum, wohingegen der Beitrag des privaten Verbrauchs etwas geringer als in den Vorquartalen ausfiel.

Im Prognosezeitraum, vor allem im laufenden Jahr, dürfte die sich stetig verbessernde Lage auf dem Arbeitsmarkt den Konsum stützen. Dies spiegelt sich in einer anhaltend hohen Zuversicht der Verbraucher wider (Abbildung 2). So liegt die Arbeitslosenquote im Euroraum derzeit auf dem niedrigsten Niveau seit knapp zehn Jahren. Auch die Beschäftigung befindet sich auf ihrem historischen Höchststand, begünstigt durch einen weiterhin starken Beschäftigungsaufbau im verarbeitenden Gewerbe. Jedoch dürften

Abbildung 3

Nominale Wechselkurse des Euro

Dollar pro Euro, Index



Quellen: Bloomberg, DIW Frühjahrsgroßlinien 2018. Zinsschritte der US-Notenbank in grau. Stand: 7. März 2018.

© DIW Berlin 2018

Der Außenwert des Euro ist trotz der Zinsschritte in den USA seit Jahresbeginn weiter gestiegen.

steigende Verbraucherpreise die Kaufkraft vor allem im kommenden Jahr belasten und den Anstieg des privaten Verbrauchs dämpfen.

Die Investitionstätigkeit wird im Zuge einer weiter rückläufigen Unterauslastung des Kapitalstocks wohl anziehen. Hierauf deuten etwa eine anhaltend kräftige Zunahme der Auftragseingänge und der zuletzt starke Anstieg des Einkaufsmanagerindex für Investitionsgüter im verarbeitenden Gewerbe hin. Zudem dürften Politikmaßnahmen in einzelnen Mitgliedstaaten die Investitionen stützen. So werden in Frankreich verschiedene Reformpakete, die Wachstum und Investitionen fördern sollen, in diesen und im kommenden Jahr in Kraft treten. Allerdings dürfte der Anstieg der politischen Unsicherheit, etwa in Bezug auf die Regierungsbildung in Italien oder die Unabhängigkeitsbemühungen in Katalonien, die Investitionstätigkeit in einigen Ländern belasten.

Neben investitionsfördernden Maßnahmen in Frankreich dürften finanzpolitische Impulse im gesamten Währungsraum leicht expansiv wirken. So werden die von der neuen niederländischen Regierung im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen wohl vor allem den öffentlichen Verbrauch erhöhen. Auch in Deutschland dürften die angekündigten Maßnahmen der künftigen Regierung stimulierende Wirkung haben.

Die weiterhin solide Entwicklung der Weltwirtschaft dürfte den Außenhandel im gesamten Prognosezeitraum stützen, wenngleich die Dynamik im kommenden Jahr wohl etwas nachlassen wird. Vor allem der zuletzt erneut gestiegene Außenwert des Euro könnte die Exporte etwas schwächen,

jedoch war der Außenhandel bisher kaum von der Aufwertung der Gemeinschaftswährung betroffen (Abbildung 3). Dies dürfte zum einen an der nur allmählichen Anpassung bestehender Lieferstrukturen liegen. Zum anderen dürfte die relativ hohe Nachfrage nach hochwertigen, im Währungsraum produzierten Gütern (Maschinen, Pharma- und Chemieindustrie) von der höheren Bewertung des Euro nur geringfügig betroffen gewesen sein, da sie wenig auf Preisänderungen reagiert.

Die Aufwertung der Gemeinschaftswährung und die damit einhergehende günstigere Bewertung der Importe dürften den Preisauftrieb vorerst dämpfen. Im weiteren Prognosezeitraum wird dann aber eine anziehende Lohndynamik die Verbraucherpreise wohl leicht steigen lassen. Dennoch dürfte sich die Inflationsrate nur langsam der Zielvorgabe der Europäischen Zentralbank nähern, auch wenn die Geldpolitik wie hier angenommen – trotz der Rückführung der Nettoankäufe im laufenden Jahr – weiter expansiv ausgerichtet bleiben wird. Eine erste moderate Zinserhöhung wird für das dritte Quartal 2019 erwartet. Trotz weiterhin teilweise fragmentierter Finanzmärkte dürften deren konjunkturellen Effekte in den Ländern der Währungsunion ähnlich sein, so dass nicht mit stark auseinanderdriftenden Konjunkturverläufen zu rechnen ist (Kasten 2).

Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum im Jahr 2018 um 2,3 Prozent ansteigen. Im kommenden Jahr wird das Wachstum dann, bedingt durch eine etwas geringere Nachfrage der Verbraucher und einer leichten Abschwächung der weltwirtschaftlichen Dynamik, wohl etwas geringer sein und 1,8 Prozent betragen.

Vereinigtes Königreich: Binnennachfrage kommt nur langsam in Schwung

Die britische Wirtschaft ist im vierten Quartal mit 0,4 Prozent moderat gewachsen. Wachstumsimpulse gingen insbesondere vom privaten Wohnungsbau und den öffentlichen Investitionen aus, die Unternehmensinvestitionen stagnierten hingegen. Auch der private Verbrauch stützte das Wachstum – wie schon in den Vorquartalen – nur geringfügig. Der Außenhandelsbeitrag war negativ, da dem deutlichen Anstieg der Importe nur ein moderater Anstieg der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen gegenüberstand.

Die anhaltende Unsicherheit mit Blick auf die Brexit-Verhandlungen¹ dürfte die Investitionstätigkeit in diesem Jahr belasten. Daneben wird der sich vorerst fortsetzende kräftige Anstieg der Verbraucherpreise, bedingt durch die Abwertung des Pfund, die Konsumnachfrage dämpfen. Die günstige Bewertung britischer Waren und Dienstleistungen im Ausland wird die Exporte jedoch wohl stützen. Somit

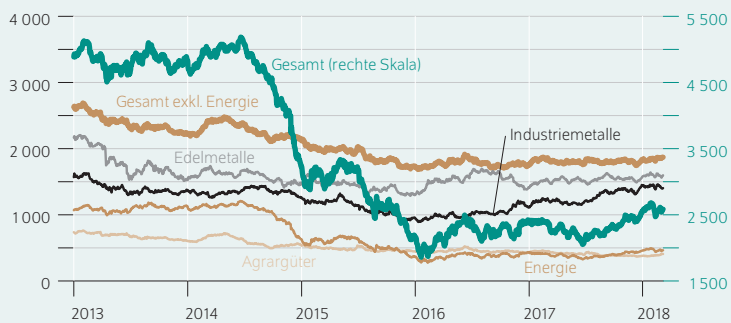
¹ Auch nach dem Abschluss der ersten Phase der Austrittsverhandlungen zwischen der britischen Regierung und der Europäischen Union im Dezember 2017 zeichnen sich am aktuellen Rand vor allem innenpolitische Unsicherheiten mit Blick auf die seitens der britischen Regierung verfolgte Strategie in den Austrittsverhandlungen ab. So hatte etwa im Februar eine für ein Misstrauensvotum ausreichend große Gruppe konservativer Abgeordneter einen harten und zügigen Austritt aus der Europäischen Union in einem Brief an die britische Premierministerin gefordert.

Abbildung 4

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld

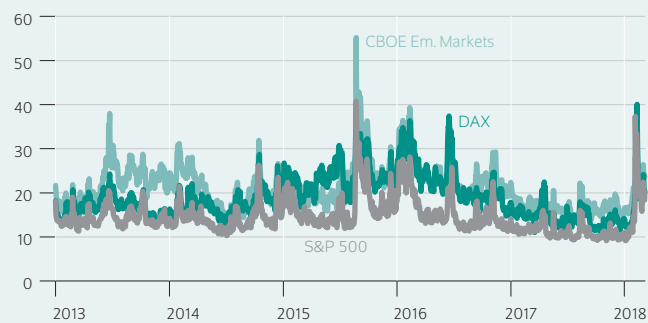
1. Rohstoffe

S&P Goldman Sachs Commodity Index, Total return, US-Dollar



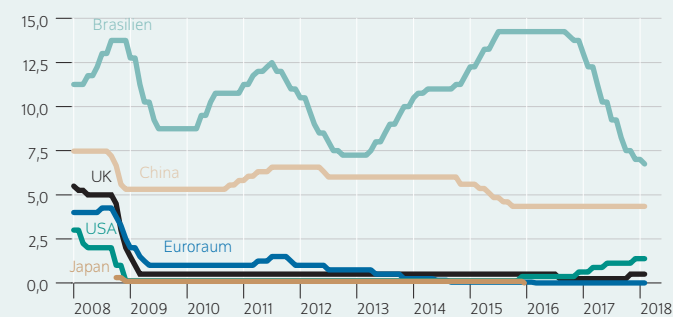
2. Implizite Volatilität

Schwankungen der Indizes in Punkten



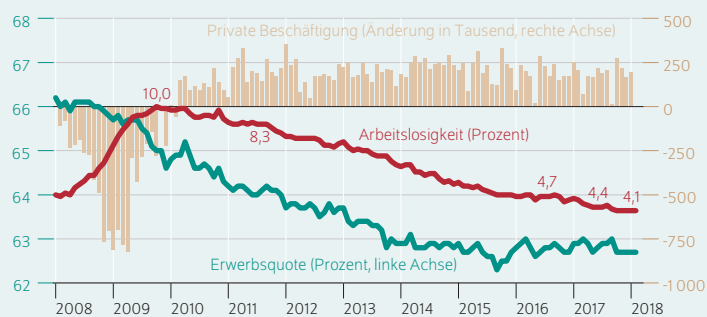
3. Leitzinsen

In Prozent



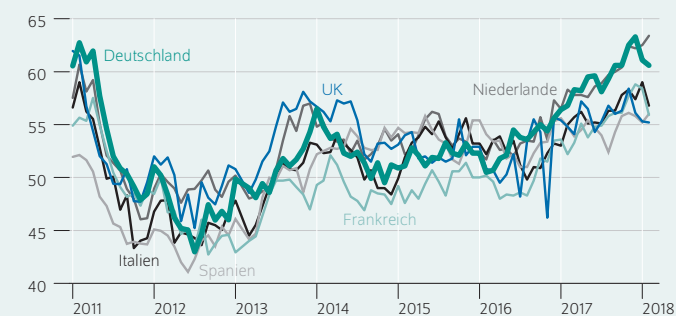
4. USA: Arbeitsmarktsituation

Monats-/Quartalsdaten, saisonbereinigt



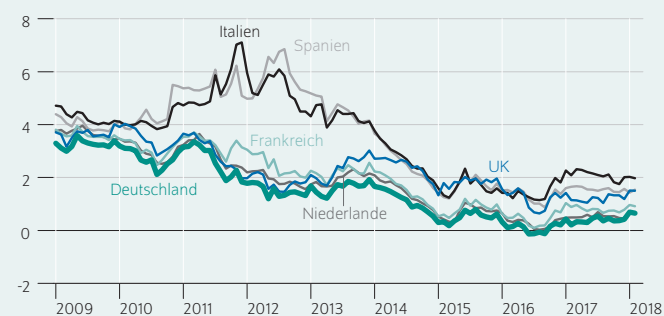
5. Einkaufsmanagerindizes in Europa

Punkte, verarbeitendes Gewerbe



6. Zehnjahresrenditen europäischer Staatsanleihen

In Prozent



Quellen: Bloomberg; Bureau of Statistics. Letzte Beobachtungen: 7. März 2018 (Abbildungsteile 1 und 2); Februar 2018 (Abbildungsteile 3 bis 6).

Kasten 2

Restriktivere EZB-Politik dürfte konjunkturellen Gleichlauf im Euroraum nicht maßgeblich beeinträchtigen

Ab Januar 2018 hat die Europäische Zentralbank den Ankauf von Vermögenswerten von 60 Milliarden Euro pro Monat auf 30 Milliarden Euro verringert und damit eine sukzessiv restriktivere Geldpolitik in den kommenden Jahren eingeleitet.¹ Die Konjunktur im Euroraum dürfte davon zwar nur wenig gebremst werden. Allerdings könnte sich der zunehmende Restriktionsgrad in den Währungsraumländern unterschiedlich auswirken, da seit

der Finanz- und Schuldenkrise der europäische Kreditmarkt stark fragmentiert ist und geldpolitische Impulse daher unterschiedliche Auswirkungen auf Produktion und Preise in den jeweiligen Ländern haben könnten.

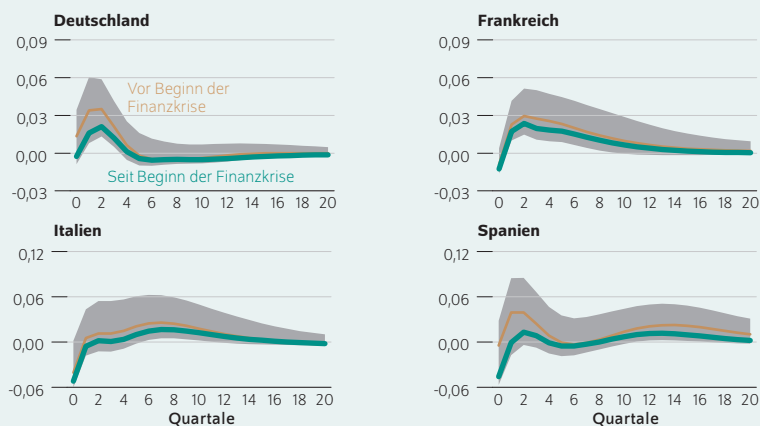
Ein möglicher Grund dafür ist, dass die veränderte Geldpolitik auf die Kreditmärkte der Länder kurz- und mittelfristig unterschiedlich wirkt. Der sogenannte Kreditkanal bildet ab, dass im Zuge einer Straffung der Geldpolitik das Nettovermögen der Firmen sinkt und die Liquidität abnimmt (Bilanzkanal) und dadurch die Kreditkosten der Firmen steigen. Gleichzeitig wird das Vermögen der Banken reduziert, wodurch die Kosten für die Liquiditätsbeschaffung der Banken steigen (Bankkreditkanal).² So verstärkt der Kreditkanal die unmittelbare Wirkung einer Straffung der Geldpolitik auf den risikolosen Zins (Zinskanal). Die Wirksamkeit der Kanäle hängt dabei von länderspezifischen Charakteristika der Finanzmärkte ab. Für den Euroraum könnte daher aufgrund der andauernden Fragmentierung der Finanzmärkte³ vermutet werden, dass die Wirkung der Geldpolitik in den einzelnen Volkswirtschaften verschieden stark ausgeprägt ist.

Im Folgenden wird untersucht, wie sich eine Erhöhung des geldpolitischen Restriktionsgrades auf die vier größten Volkswirtschaften im Euroraum (Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien) auswirkt. Die hier vorgestellte Analyse verwendet ein zeitvariierendes strukturelles vektorautoregressives Modell mit stochastischer Volatilität für die vier betrachteten Volkswirtschaften. Die Schätzung des Modells erfolgt mit bayesianischen Methoden.⁴ Die Simulation bildet die durchschnittlichen historischen Effekte eines exogenen Anstiegs des Leitzinses um 0,1 Prozentpunkte ab, wobei der

Abbildung 1

Reaktion der externen Finanzprämien auf eine Leitzinserhöhung um 0,1 Prozentpunkte

In Prozent, Quartale nach geldpolitischem Impuls



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Seit Beginn der Finanzkrise reagieren die externen Finanzprämien schwächer auf eine Leitzinserhöhung.

¹ Vgl. hierzu auch Marius Clemens, Stefan Gebauer und Malte Rieth (2017): Analyse der EZB-Entscheidung vom Oktober im Rahmen eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells. DIW Wochenbericht Nr. 50, 1157 (online verfügbar, abgerufen am 8. März 2018).

² Vgl. Ben S. Bernanke, Mark Gertler und Simon Gilchrist (1999): The financial accelerator in a quantitative business cycle framework. Handbook of Macroeconomics (1), 1341–1393.

³ Vgl. hierzu auch Franziska Bremus und Katja Neugebauer (2017): Fragmentierte Kreditmärkte erhöhen Finanzierungskosten für kleine und mittelgroße Firmen. DIW Wochenbericht Nr. 22, 439–446 (online verfügbar).

⁴ Vgl. zur Methodik Giorgio E. Primiceri (2005): Time varying structural vector autoregressions and monetary policy. The Review of Economic Studies 72, S. 821–852, sowie Jordi Gali, Jordi und Luca Gambetti (2015): The effects of monetary policy on stock market bubbles: Some evidence. American Economic Journal: Macroeconomics 7 (1), 233–257.

werden in diesem Jahr wohl insbesondere vom Außenhandel Wachstumsimpulse ausgehen, bevor im kommenden Jahr die inländische Nachfrage wieder verstärkt zum Bruttoinlandsprodukt beitragen dürfte.

Im Zuge der verbesserten Lage auf dem Arbeitsmarkt und in Reaktion auf die zu erwartende Lohnpolitik der Regierung² werden die Nominallöhne dann wohl leicht zulegen, so dass bei gleichzeitig rückläufigen Teuerungsraten – begünstigt durch eine erwartete schrittweise Straffung der Geldpolitik

und einem Abklingen des Wechselkurseffektes – die real verfügbaren Einkommen steigen dürften. Auch die Investitionen werden, wenn die politische Unsicherheit allmählich zurückgeht, wohl wieder stärker zulegen. In diesem Jahr dürfte die britische Wirtschaft um 1,4 Prozent expandieren, im kommenden Jahr ist mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent zu rechnen.

Mittel- und Osteuropa: Wachstumsdynamik flacht ab

In den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern hat sich das im Jahresverlauf zunächst äußerst kräftige Wirtschaftswachs-

² So soll der Mindestlohn in den kommenden drei Jahren um jeweils gut vier Prozent steigen. Auch die Deckelung der Löhne im öffentlichen Sektor soll im Laufe der kommenden zwei Jahre gelockert werden.

geldpolitische Schock rekursiv identifiziert wird.⁵ Die Datenreihen umfassen den Zeitraum 1999 bis 2013. Um die unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen zu berücksichtigen, wird ein Schattenzinssatz verwendet.⁶

Die in den länderspezifischen Modellen verwendeten Variablen sind die annualisierten Quartalsänderungsraten des Bruttoinlandsproduktes und des harmonisierten Verbraucherpreisindex, ein geldpolitischer Zinssatz des Euroraums sowie eine externe Finanzprämie. Die externe Finanzprämie ist die Differenz zwischen Unternehmensanleiherenditen und der Rendite einer deutschen Nullkupon-Bundesanleihe mit gleicher Laufzeit.⁷ Von ihrer Reaktion auf geldpolitische Änderungen ist abhängig, inwieweit Geldpolitik über den Kreditkanal auf die realwirtschaftliche Entwicklung übertragen wird.

Die Simulationen deuten darauf hin, dass der Kreditkanal während der Finanz- und Schuldenkrise geschwächt war, denn die Auswirkungen der Leitzinserhöhung um 0,1 Prozentpunkte auf die externe Finanzierungsprämie sind für den Zeitraum von 2008 bis 2013 geringer als für die Zeit vor der Krise (Abbildung 1). Dieser Befund gilt nicht nur für die damaligen Krisenländer Spanien und Italien, sondern zumindest für alle hier untersuchten Volkswirtschaften – auch für Deutschland.

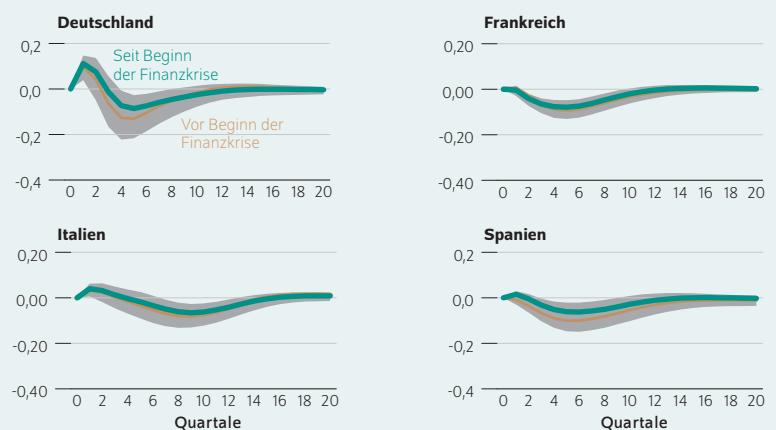
Entsprechend ist der Einfluss der Geldpolitik auf die Realwirtschaft in den hier betrachteten Ländern insgesamt zurückgegangen (Abbildung 2). Ein Leitzinsanstieg um 0,1 Prozentpunkte hätte demnach während der Krise in allen Ländern nach ein bis zwei Jahren zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in der Spitze von etwa 0,06 bis 0,07 Prozent geführt. Vor der Krise wären die Auswirkungen zumindest in Spanien und Deutschland mit etwa –0,1 Prozent noch deutlich ausgeprägter gewesen. Nicht erkennbar sind in

der Untersuchung deutliche Unterschiede zwischen den Ländern. Allerdings haben geldpolitische Maßnahmen auf die italienische Konjunktur gegenüber den anderen betrachteten Volkswirtschaften einen verzögerten Einfluss.

Eine Straffung der Geldpolitik im Euroraum dürfte deshalb nicht nur in stabilen Ländern wie Deutschland Wirkung entfalten, sondern in vergleichbarem Ausmaß auch die Konjunktur der Länder mit anhaltenden strukturellen Problemen im Bankensektor wie Italien dämpfen. Vor dem Hintergrund der hier vorgestellten Ergebnisse ist nicht damit zu rechnen, dass eine geldpolitische Straffung den derzeitigen Gleichlauf der Konjunkturzyklen im Euroraum maßgeblich beeinträchtigen dürfte. Allerdings ist ein behutsames Vorgehen der Geldpolitik geboten, um mit der geldpolitischen Straffung nicht neue Instabilitäten auszulösen.

Abbildung 2

Reaktion des BIP auf eine Leitzinserhöhung um 0,1 Prozentpunkte In Prozent, Quartale nach geldpolitischem Impuls



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Das Wachstum in allen Ländern wird von einer Leitzinserhöhung annähernd gleich beeinflusst.

tum im vierten Quartal 2017 etwas abgeschwächt. Haupttreiber blieb der private Konsum; auch die Investitionen dürften im vergangenen Jahr etwas an Fahrt gewonnen haben. Den aufgrund der guten Binnenkonjunktur deutlich zunehmenden Importen standen im Zuge der wachsenden Auslandsnachfrage Exportsteigerungen gegenüber.

Diese Entwicklung dürfte sich im laufenden Jahr grundsätzlich fortsetzen, bei der Binnennachfrage aber mit etwas langsamerem Tempo. Der private Konsum dürfte vor dem Hintergrund einer weiteren Verbesserung am Arbeitsmarkt gleichwohl Haupttreiber bleiben, aber angesichts von Preissteigerungen etwas weniger stark expandieren.

Die Investitionstätigkeit dürfte – auch durch den Abruf von Mitteln aus EU-Fonds – hoch bleiben. In einigen Ländern ändert sich allerdings das Zinsumfeld: Seit Jahresanfang 2018 hebt die rumänische Zentralbank den Leitzins schrittweise an; die tschechische Zentralbank hat Zinssätze für Kurzfristgeschäfte erhöht. Für eine weiterhin gute Konjunktur spricht, dass in Polen und in Tschechien der Einkaufsmanagerindex über der Expansionsschwelle liegt; in Tschechien legte er zum Jahresauftakt sogar nochmals zu. Nach der dynamischen Entwicklung im vergangenen Jahr dürfte sich das Wachstum in Mittel- und Osteuropa im Prognosezeitraum mit 3,9 Prozent im Jahr 2018 und 3,4 Prozent im Jahr 2019 etwas abflachen.

⁵ Lawrence J. Christiano, Martin Eichenbaum und Charles L. Evans (1999): Monetary policy shocks: What have we learned and to what end? Handbook of macroeconomics 1, 65–148.

⁶ Der Schattenzinssatz quantifiziert den Expansionsgrad der unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen durch einen berechneten, hypothetischen Leitzins. Vgl. Jing Cynthia Wu und Fan Dora Xia (2016): Measuring the macroeconomic impact of monetary policy at the Zero Lower Bound. Journal of Money, Credit, and Banking, 48(2-3), 253–291.

⁷ Das in dieser Analyse verwendete Maß der externen Finanzprämie entspricht den von Gilchrist und Mojon (2017) berechneten Credit Spreads. Vgl. Simon Gilchrist und Benoit Mojon (2017): Credit risk in the euro area. The Economic Journal 128(608), 118–158.

Russland: Allmähliche Erholung

In Russland stieg – nach Jahren der Rezession – das Bruttoinlandsprodukt 2017 um 1,5 Prozent. Allerdings schwächte sich das Wachstum zum Jahresende offenbar ab; die Industrieproduktion ist im letzten Quartal gesunken. Aufgrund der steigenden Inlandsnachfrage und einer Stabilisierung des Rubel legten die Importe kontinuierlich zu. Diese waren noch im Vorjahr gesunken, was neben Einfuhrverboten für verschiedene Lebensmittel auch an Importsubstitution lag.

Inzwischen zeichnet sich eine weitere leichte Erholung der russischen Wirtschaft ab: Sinkende Arbeitslosigkeit und ein steigendes Konsumentenvertrauen dürften den privaten Konsum stützen. Die Einzelhandelsumsätze nahmen

weiter zu. Die steigende Investitionstätigkeit im vergangenen Jahr war auch auf große Infrastrukturmaßnahmen (unter anderem Pipelinebau, Fußballstadien) zurückzuführen. Für das laufende Jahr lassen der zuletzt verbesserte Einkaufsmanagerindex und steigende Auftragseingänge ebenfalls eine Zunahme der Investitionstätigkeit erwarten. Diese wird durch die niedrigeren Zinsen gestützt; die russische Zentralbank hat angesichts der rückläufigen Preissteigerung im Februar 2018 den Leitzins weiter gesenkt. Die mit der OPEC vereinbarten Förderrestriktionen dürften auch im laufenden Jahr die Erdölförderung und damit die Erdölexporte beschränken, so dass bei den Ausfuhren mit wenig Dynamik zu rechnen ist. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2018 um 1,8 Prozent und im kommenden Jahr um 1,9 Prozent zunehmen.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Abteilungen Konjunkturpolitik sowie Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | mrieth@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 11/2018:

www.diw.de/diw_weekly



Politik schiebt florierende deutsche Konjunktur zusätzlich an

Von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Christian Breuer, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen und Thore Schlaak

ABSTRACT

Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr, nicht zuletzt getragen von einer starken Auslandsnachfrage, um 2,4 Prozent wachsen. Die rege Investitionstätigkeit setzt sich in diesem Umfeld fort. Die Impulse vom Außenhandel schwächen sich jedoch etwas ab. Trotz der in den kommenden Quartalen kräftigen Konsumnachfrage schwächt sich daher das Wachstum von Beschäftigung und Wirtschaftsleistung ab. Im kommenden Jahr schieben stimulierende Maßnahmen der neuen Bundesregierung die Einkommen und damit den Konsum der privaten Haushalte jedoch an. Bei einem Wachstum von 1,9 Prozent im Jahr 2019 bleiben die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten gut ausgelastet.

Seit gut einem Jahr profitiert die deutsche Exportwirtschaft von einem schwungvollen globalen Investitionszyklus, der im Schlussquartal 2017 die Industrieproduktion unerwartet kräftig angestoßen hat. Die gut gefüllten Auftragsbücher im verarbeitenden Gewerbe sprechen zudem für eine deutliche Ausweitung der Wirtschaftsleistung zum Jahresauftakt (Abbildung 1), die auch etwas dynamischer ausfallen dürfte als bislang prognostiziert. Deshalb hebt das DIW Berlin die Prognose für das laufende Jahr von 2,2 auf 2,4 Prozent an (Tabelle 1). Das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergebende 68-Prozent-Konfidenzintervall liegt für dieses Jahr zwischen 2,0 und 2,8 Prozent und für das kommende Jahr zwischen 1,2 und 2,5 Prozent (Abbildung 2). Für den Prognosezeitraum deuten sich etwas schwächere Impulse von der Weltwirtschaft an, was für sich genommen Wirtschaftsleistung und Beschäftigung hierzulande in ruhigeres Fahrwasser lenken wird, zumal die Aufwertung des Euro die Exporte noch zeitweilig dämpfen dürfte.

Neue Impulse kommen jedoch von den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag.¹ Unterstellt wird für die vorliegende Prognose, dass eine Reihe dieser Maßnahmen im Jahr 2019 umgesetzt wird (Kasten 1). Daraus ergibt sich unter anderem ein spürbarer Einkommensschub für die privaten Haushalte, der den Verbrauch ankurbeln wird (Tabelle 2). Die Wirtschaftsleistung fällt dadurch im kommenden Jahr mit einem Plus von 1,9 Prozent um 0,3 Prozentpunkte höher aus als bislang erwartet (Kasten 2). Die mittlerweile recht hohe Auslastung der Wirtschaft bildet sich angesichts der zusätzlichen Stimuli nicht zurück (Abbildung 3).

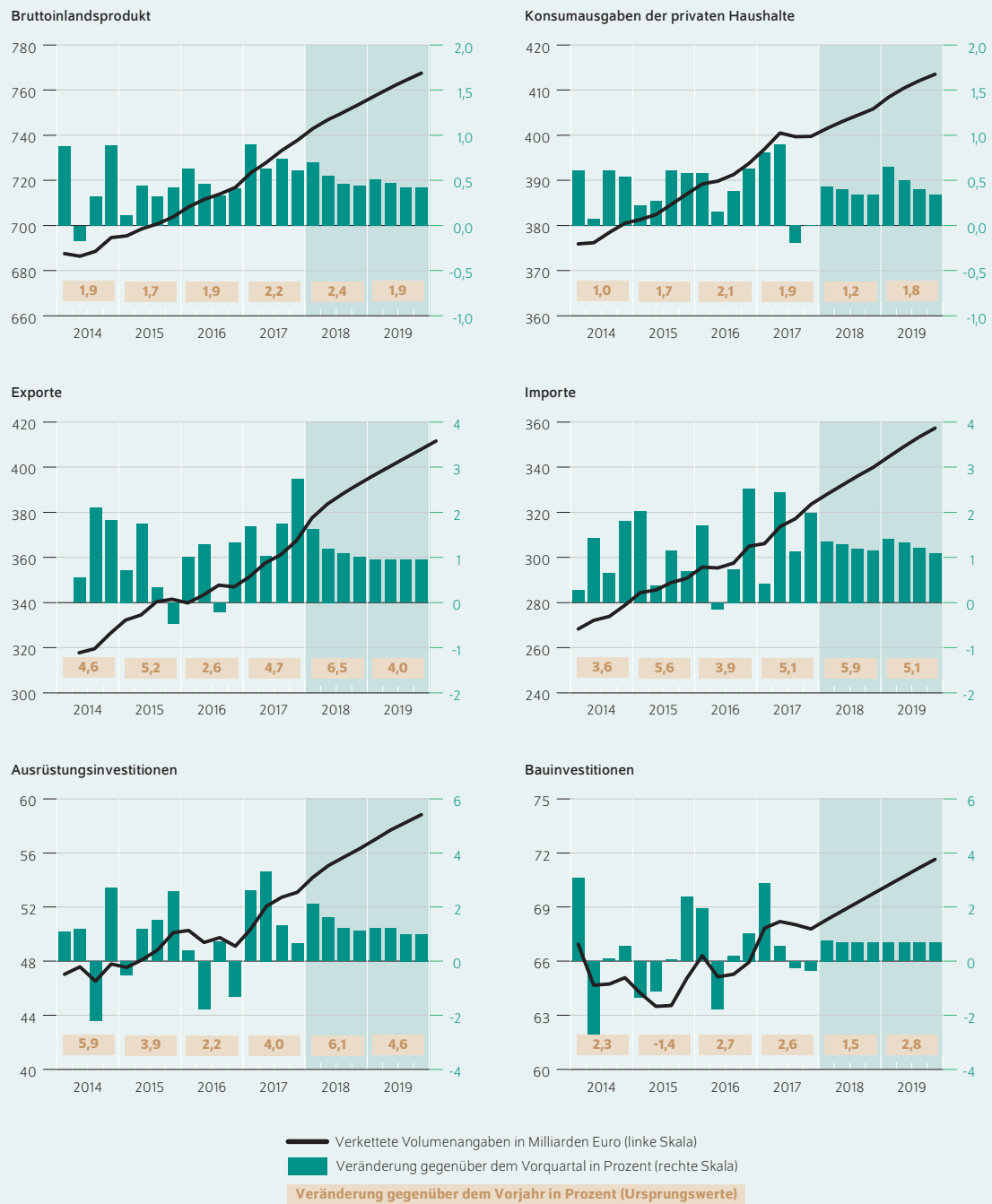
Ins Gewicht fallen neben der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung die vorgesehene Rückkehr zur Parität bei der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erheblich entlastet, und die Ausweitungen bei der Rente. Die zusätzlichen Einkommen heizen aber nur die ohnehin stabile Grunddynamik beim Konsum an. Diese wird maßgeb-

¹ Vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD: Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land, 7. Februar 2018 (online verfügbar, abgerufen am 9. März 2018). Dies gilt insofern nicht anders vermerkt auch für alle anderen Onlinequellen in diesem Bericht.

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

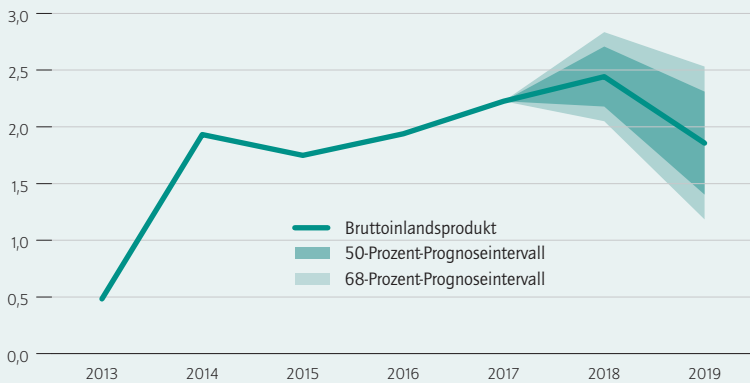
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgrundlinien 2018, Prognose ab dem ersten Quartal 2018.

Abbildung 2

Prognose für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozent



Quelle: DIW Frühjahrsgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

geschlagen haben, auch weil die hohe Kapazitätsauslastung Erweiterungsinvestitionen zunehmend erforderlich macht (Kasten 3). Im späteren Prognoseverlauf lässt der Aufschwung der Investitionen bei einer sich abschwächenden Auslandsnachfrage nach, auch aufgrund höherer Kapitalmarktzinsen. Die Bauinvestitionen dürften zunächst wieder kräftiger zulegen als zum Jahresende, im weiteren Verlauf dürfte der Bauboom aber an Schwung verlieren. Angesichts der angespannten Kapazitäten in der Bauwirtschaft dürften im Koalitionsvertrag angelegte Maßnahmen die reale Bautätigkeit kaum anregen, sondern allenfalls die Baupreise befeuern – sofern sie nicht ohnehin nur zur Finanzierung bereits geplanter Vorhaben verwendet werden.

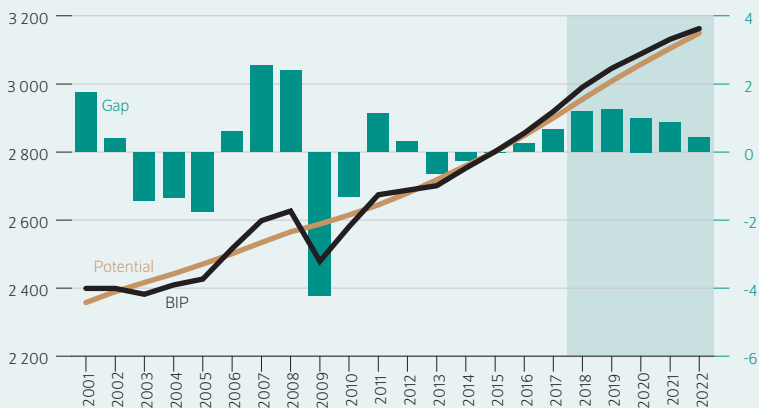
Die Exporte dürften weiter deutlich zum Wachstum beitragen, wenngleich sie im kommenden Jahr im Zuge der dann etwas schwächeren Weltkonjunktur nicht mehr so kräftig zulegen wie zuletzt. Die Importe werden ab Frühjahr stärker steigen als die Exporte, angetrieben von der dynamischen Binnenkonjunktur; vor allem im kommenden Jahr wird die zusätzliche Konsumnachfrage die Einfuhren in die Höhe treiben. Dies wird zwar den Leistungsbilanzsaldo, der in diesem Jahr erneut auf über acht Prozent anschwellen dürfte, etwas reduzieren; er bleibt aber bis auf weiteres deutlich über dem EU-Schwellenwert von sechs Prozent.

Die öffentliche Hand wird – trotz der erheblichen Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung von Maßnahmen des Koalitionsvertrags – erhebliche Überschüsse in Höhe von 49 Milliarden Euro (1,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) in diesem und 42 Milliarden Euro (1,2 Prozent) im kommenden Jahr erzielen. Konjunkturberreingt beträgt der Finanzierungssaldo 0,8 Prozent im laufenden und 0,5 Prozent im kommenden Jahr.

Die drohende Eskalation im Zollstreit mit den USA stellt ein erhebliches Risiko für die exportorientierte Wirtschaft Deutschlands dar. Hieraus resultierende Effekte sind in vorliegender Prognose nicht berücksichtigt. Protektionistische Tendenzen, etwa der Brexit, bergen das Potential, den internationalen Handel zu schädigen und insbesondere die deutsche Wirtschaft in Mitleidenschaft zu ziehen. Die konjunkturellen Wirkungen des Koalitionsvertrages hängen auch ab von dem Zeitpunkt ihrer Umsetzung; einzelne Maßnahmen können früher oder später als hier unterstellt in Kraft treten – oder auch in einem anderen Umfang. Da die Wirkungen teils quantitativ bedeutsam sind, würden sich mitunter deutlich andere Verläufe für die Wirtschaftsleistung ergeben.

Abbildung 3

Bruttoinlandsprodukt und Potential bzw. Produktionslücke In Milliarden Euro bzw. Prozent des Produktionspotentials



Statistisches Bundesamt; Schätzung des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2018

Die Kapazitäten bleiben weiterhin gut ausgelastet

lich getragen von der dynamischen Entwicklung der Arbeits-einkommen: Der Beschäftigungsaufbau hat sich bis zuletzt ungebremst fortgesetzt und auch in diesem Jahr dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um 550 000 Personen steigen, im kommenden um knapp 300 000. Zunehmend machen sich die Knappheiten am Arbeitsmarkt – die Arbeitslosenquote dürfte 2019 unter fünf Prozent sinken – auch in höheren Lohnzuwächsen bemerkbar.

Die privaten Investitionen in Ausrüstungen folgen weiter dem deutlichen Aufwärtstrend, den sie Anfang 2017 ein-

Inflation bleibt niedrig

Die Inflation betrug im vergangenen Jahr knapp 1,8 Prozent. Mit 1,7 Prozent in diesem und im kommenden Jahr verändert sie sich kaum.² Im Zuge der gut ausgelasteten

² Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen 1,5 und 1,8 Prozent. Für das kommende Jahr liegt es zwischen ein und zweieinhalb Prozent; in der hohen Spannweite schlagen sich insbesondere Prognosefehler aufgrund der starken Ölpreisschwankungen der vergangenen Jahre nieder.

Tabelle 1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,9	1,7	1,9	2,2	2,4	1,9
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	42 672	43 069	43 638	44 291	44 843	45 136
Erwerbslose, ILO	2 092	1 949	1 775	1 632	1 449	1 302
Arbeitslose, BA	2 898	2 795	2 691	2 533	2 321	2 169
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,0	4,6	4,1	3,8	3,3	3,0
Arbeitslosenquote, BA ²	6,7	6,4	6,1	5,7	5,2	4,8
Verbraucherpreise ³	0,9	0,3	0,5	1,8	1,7	1,7
Lohnstückkosten ⁴	1,4	1,8	1,6	1,6	1,4	1,9
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	9,5	19,4	25,7	36,6	48,3	41,9
in Prozent des BIP	0,3	0,6	0,8	1,1	1,4	1,2
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,4	8,5	8,2	7,9	8,1	7,8

1 In Preisen des Vorjahres

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA)

3 Verbraucherpreisindex

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG)

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin, 2018 und 2019 Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2018

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2017				2018				2019			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,8	0,9	-0,2	0,0	0,4	0,4	0,3	0,3	0,7	0,5	0,4	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,3	0,3	0,5	0,5	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	2,6	1,5	0,4	0,0	1,2	1,0	0,9	0,8	0,9	0,9	0,8	0,8
Ausrüstungen	2,6	3,3	1,3	0,7	2,1	1,6	1,2	1,1	1,2	1,2	1,0	1,0
Bauten	2,9	0,5	-0,3	-0,4	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Sonstige Investitionen	2,0	0,9	0,6	-0,1	0,8	0,8	0,7	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7
Lagerveränderung ¹	-0,7	0,3	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,3	1,2	0,4	0,1	0,5	0,5	0,5	0,5	0,7	0,6	0,5	0,4
Außenbeitrag ¹	0,6	-0,5	0,4	0,5	0,2	0,1	0,0	0,0	-0,1	-0,1	0,0	0,0
Export	1,7	1,0	1,8	2,7	1,7	1,2	1,1	1,0	0,9	0,9	1,0	1,0
Import	0,4	2,4	1,1	2,0	1,3	1,3	1,2	1,1	1,4	1,3	1,2	1,1
Bruttoinlandsprodukt	0,9	0,6	0,7	0,6	0,7	0,6	0,5	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab erstem Quartal 2018.

© DIW Berlin 2018

Kapazitäten ist der Anstieg der Verbraucherpreise im Trend leicht aufwärtsgerichtet, wird aber von den Energiepreisen gedämpft (Abbildung 4).

Annahmegemäß (Kasten 1) sinken die Ölpreise in Euro gerechnet im weiteren Verlauf.³ Aufgrund der jüngsten Anstiege liegen sie im Durchschnitt dieses Jahres dennoch acht Prozent höher als im Jahr 2017, im kommenden Jahr

sinken sie um knapp sechs Prozent. Die Energiepreise, die maßgeblich von der Ölpreisentwicklung abhängen, spiegeln dies verzögert wider. Vor allem von der EEG-Umlage geht zum Jahresbeginn 2019 ein preistreibender Effekt aus: Die Umlage wird jährlich an die Strompreisentwicklung angepasst und wurde zum Jahresbeginn um knapp anderthalb Prozent gesenkt; für das kommende Jahr ist eine Erhöhung um knapp acht Prozent unterstellt.⁴

³ Wird für den Ölpreis alternativ ein im weiteren Verlauf konstanter Anstieg mit einer annualisierten Rate von zwei Prozent unterstellt, ergibt sich für das laufende Jahr nahezu unverändert eine Inflation von 1,7 Prozent, im kommenden Jahr eine um ein Zehntel höhere Rate von gut 1,8 Prozent.

⁴ Dies folgt einer Analyse, die auf einen Anstieg der Umlage von aktuell 6,79 Euro auf 7,33 Euro deutet; vgl. Öko-Institut (2017): EEG-Rechner. Berechnungs- und Szenarienmodell zur Ermittlung der EEG-Umlage. Erstellt im Auftrag von Agora Energiewende. Berlin, 12. Dezember 2017.

Kasten 1

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle). Die Geldpolitik der EZB ist mit dem allmählichen Auslaufen des Anleihekaufprogramms etwas restriktiver ausgerichtet als zuvor. Auch die Zinserhöhungen in den USA steigern über die international verflochtenen Kapitalmärkte die Finanzierungskosten hierzulande; die Kapitalmarktzinsen sind im Trend aufwärtsgerichtet. Bilaterale nominale Wechselkurse werden gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; dabei werden die durchschnittlichen Wechselkurse der vergangenen 30 Tage zugrunde gelegt. Für den Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar ergibt sich so ein Jahresdurchschnitt von 1,23 US-Dollar je Euro für beide Jahre des Prognosezeitraums. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brent-Öl herangezogen; im jahresdurchschnittlichen Vergleich liegen die Ölpreise in Euro gerechnet gemäß dieser Annahme in diesem Jahr knapp acht Prozent höher, im kommenden um knapp sechs Prozent niedriger. Der Stichtag, der diesen Annahmen zugrunde liegt, ist der 7. März 2018. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legen im laufenden Jahr um 2,5 Prozent zu, im Jahr 2019 um 2,6 Prozent.

Tabelle

Annahmen dieser Prognose

		2017	2018	2019
EZB-Leitzins	Prozent	0,00	0,00	0,08
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,3	-0,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,1	1,2	1,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,4	0,7	0,8
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,13	1,23	1,23
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,2	2,5	2,6
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	54,8	64,8	60,9
Erdölpreis	Euro/Barrel	48,6	52,5	49,4

Quelle: DIW Frühjahrsgroßgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Diese Einschätzung beruht auf der Annahme, dass nach der Bildung der neuen Regierung auch die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen umgesetzt werden. Allerdings ist die konkrete Ausgestaltung und Terminierung einiger der im Koalitionsvertrag genannten Maßnahmen noch offen. Insofern sind die im Folgenden genannten Maßnahmen der neuen Bundesregierung als Annahmen zu verstehen. Denkbar ist in einigen Fällen auch, dass die im Koalitionsvertrag aufgeführten Maßnahmen nicht vollständig als zusätzliche Impulse in den Wirtschaftskreislauf eingehen, sondern frühere Maßnahmen weiterführen oder andere Maßnahmen ersetzen, mit denen bereits in früheren Prognosen gerechnet worden ist. Insofern wird der rechnerische Impuls der im Koalitionsvertrag genannten Maßnahmen nicht vollständig in der vorliegenden Prognose umgesetzt.

So rechneten bereits frühere Prognosen mit einer Erhöhung der investiven Ausgaben im laufenden und kommenden Jahr. Der Koalitionsvertrag sieht nun weitere Erhöhungen investiver Ausgaben vor, die vor allem im kommenden Jahr fließen werden. Davon wird voraussichtlich nur ein geringer Teil in den staatlichen Bauinvestitionen erscheinen, während der überwiegende Teil die staatlichen Vorleistungskäufe erhöhen dürfte. Auch die erhöhten Mittel für die innere und äußere Sicherheit werden nach Maßgabe dieser Prognose vor allem im Jahr 2019 den Staatskonsum erhöhen. Auch hier wurde bereits in früheren Prognosen angenommen, dass diese Ausgaben im Jahr 2018 und 2019 zunehmen dürften.

Im Bereich der Rentenversicherung sieht der Koalitionsvertrag höhere Ausgaben mit der Einführung einer Grundrente sowie der erweiterten Anerkennung von Erziehungszeiten vor. Da die genaue Ausgestaltung noch offen ist, sieht diese Prognose vor, dass diese Leistungen – ähnlich zur Einführung der rentenpolitischen Maßnahmen der alten Bundesregierung im Jahr 2014 – zur Jahresmitte 2019 eingeführt werden. Denkbar ist jedoch auch, dass die Maßnahmen bereits früher umgesetzt werden (Kasten 2).

Die Kernrate, die Teuerung ohne Energie, hat sich zuletzt etwas abgeschwächt. Dies dürfte vor allem mit der deutlichen und anhaltenden Aufwertung des Euro zusammenhängen, die den allgemeinen Preisauftrieb noch einige Zeit dämpfen dürfte. Dennoch wird die Kernrate angesichts der hohen Kapazitätsauslastung und der etwas anziehenden Lohnzuwächse im Prognoseverlauf allmählich steigen. Da aber selbst höhere Lohnabschlüsse, wie jüngst in der Metall- und Elektroindustrie, den – auf die Produktivität in ihren jeweiligen Bereichen bezogenen – Verteilungsspielraum kaum ausreizen, besteht seitens der Lohnentwicklung für die Unternehmen kaum Preisanhebungsdruck. Hinzu kommt die aufwertungsbedingt günstige Kostenentwicklung bei importierten Vorleistungsgütern. In diesem Jahr dürfte die Kernrate bei 1,7 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 1,9 Prozent.

Starker Beschäftigungsaufbau verliert etwas an Schwung

Die Beschäftigung hat bis zuletzt mit hohem Tempo zugenommen. Das Erwerbspersonenpotential ist ebenfalls weiter kräftig gewachsen. Sein Wachstum rührt vor allem aus Wanderungsgewinnen her – weiterhin insbesondere aus den seit 2004 der EU beigetretenen Staaten. Zudem kommen vermehrt Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt. Etwas hat das Erwerbspersonenpotential auch zugelegt, weil weniger Menschen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gebunden waren. Dennoch ist auch die Arbeitslosigkeit gesunken – wenngleich nicht spiegelbildlich zur Beschäftigungsentwicklung.

Einnahmeseitig überwiegen im Prognosezeitraum die expansiven Maßnahmen. Zu Beginn des Jahres 2018 werden Grund- und Kinderfreibetrag angehoben. Auch für das Jahr 2019 wird mit höheren Freibeträgen gerechnet. Das Kindergeld steigt im laufenden Jahr; für das Jahr 2019 ist nunmehr unterstellt, dass das Kindergeld zum Juli noch einmal um zehn Euro erhöht wird, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht. Zudem wird mit der Einführung einer Infrastrukturabgabe gerechnet, die auch für Pkw bei der Benutzung von Autobahnen und Bundesstraßen gelten soll. Da die genaue Ausgestaltung noch offen ist, unterstellt diese Prognose per saldo zusätzliche Einnahmen in Höhe von 0,5 Milliarden Euro im Jahr 2019.

Ebenfalls expansiv wirken die Beitragssatzsenkungen im laufenden und kommenden Jahr. So kam es zu Beginn dieses Jahres zu einer Senkung der Beitragssätze zur Rentenversicherung, zu einem Rückgang des Zusatzbeitrags einiger Krankenkassen, sowie zu einer Senkung der Insolvenzgeldumlage. Für das kommende Jahr wird unterstellt, dass die Maßnahmen des Koalitionsvertrages zu Jahresbeginn umgesetzt werden und es somit zu einer Senkung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte sowie zur Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung kommt, bei der der Zusatzbeitrag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den paritätischen Beitrag integriert wird. Diese Prognose unterstellt, dass es zu einer Umverteilung von 5,8 Milliarden Euro von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Arbeitgeber kommt, wobei es per saldo zu keinem unmittelbaren Effekt für den Staatshaushalt kommt (vgl. Kasten 2).

Der finanzpolitische Impuls liegt gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr bei 0,3 Prozentpunkten. Für das kommende Jahr wird – auch in Folge der im Koalitionsvertrag vorgesehenen expansiven Maßnahmen – ein weiterer expansiver Impuls in Höhe von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts unterstellt.

Der anhaltend starke Beschäftigungsaufbau wurde nach wie vor im Wesentlichen von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen. Nur leicht angezogen haben dürfte die Zahl der Beschäftigten mit Beamtenstatus. Die Mini-Jobs sind ebenfalls mehr geworden, aber nur diejenigen, die neben einer anderen Erwerbstätigkeit ausgeübt werden. Die selbständige Beschäftigung ging indes weiter leicht zurück.

Im Prognosezeitraum setzt sich der Beschäftigungsaufbau fort, allerdings mit vermindertem Schwung (Abbildung 5). Denn das Produktionswachstum schwächt sich ab; zugleich ziehen die Produktivitätssteigerungen etwas an. In diesem Jahr kommt noch eine leichte Ausweitung der pro Kopf geleisteten Arbeitszeit hinzu – auch Ausdruck zunehmender Knappheiten beim Arbeitskräfteangebot.

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–)
in Milliarden Euro gegenüber 2017

	2018	2019
Alterseinkünftegesetz	–1,3	–2,6
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2017 und 2018	–3,3	–4,2
Anpassung von Grund- und Kinderfreibetrag im Jahr 2019		–1,7
Ausweitung der Mautstrecken und LKW-Klassen ab dem 1. Juli 2018	0,8	1,7
Einführung einer Infrastrukturabgabe		0,5
Zusätzliche Mittel für investive Beschaffungen	–1,6	–2,2
Mehrausgaben bei der Inneren und Äußerer Sicherheit	–1,9	–3,1
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2018 um 0,1 Prozentpunkte	–1,3	–1,3
Senkung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,1 Prozentpunkte im Jahr 2018	–0,6	–0,6
Senkung der Insolvenzgeldumlage	–0,3	–0,3
Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung	–0,8	–0,8
Maßnahmen des Koalitionsvertrages		
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2019 um 0,3 Prozentpunkte		–3,6
Paritätische Finanzierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (per Saldo)		0,0
Aufstockung investiver Maßnahmen		–4,0
Förderung des Wohnungsbaus		–1,0
Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Juli 2019 um 10 Euro		–0,4
Einführung einer Lebensleistungsrente zum 1. Juli 2019		–1,0
Erweiterte Anerkennung von Erziehungszeiten bei den Leistungen der Rentenversicherung		–1,9
Erhöhung sozialer Leistungen		–0,8
Insgesamt	–10,3	–27,3
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,3	–0,8

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

Quelle: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD: Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land, 7. Februar 2018 (online verfügbar); Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2018

Wiederum expandiert hauptsächlich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (Tabelle 3). Die Talfahrt bei den selbständigen Tätigkeiten dürfte zum Ende kommen – und wohl auch die bei den ausschließlich ausgeübten Mini-Jobs. Die Zahl der Personen mit mehreren Jobs wird aber weiter zulegen.

Obwohl der Beschäftigungsaufbau nachlässt, verringert sich die Arbeitslosigkeit weiter – denn das Erwerbspersonenpotential nimmt langsamer zu. Im Jahr 2018 wird es nur noch durch die – allerdings abnehmende – Zuwanderung aus der EU und durch auf den Arbeitsmarkt kommende Flüchtlinge erhöht. Das inländische Potential stagniert dagegen demografisch bedingt – trotz einer weiter steigenden Erwerbsbeteiligung. Im nächsten Jahr nimmt das inländische Potential

Kasten 2

Zu den makroökonomischen Auswirkungen des Koalitionsvertrags

Anhand des makroökonomischen Strukturmodells des DIW Berlin werden ausgewählte Maßnahmen sowie die konjunkturelle Gesamtwirkung des Koalitionsvertrages simuliert, um die makroökonomischen Auswirkungen des finanzpolitischen Impulses abzuschätzen (Tabelle).¹ Die für die Simulationen zugrunde gelegten Aufkommens- und Verteilungseffekte der Maßnahmen werden dabei mit dem Einkommensteuer-Mikrosimulationsmodell EstM des DIW Berlin ermittelt² und an die in dieser Prognose vorgelegte Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage angepasst. Unterstellt wird für alle Maßnahmen, dass sie gemäß der in der Prognose unterstellten finanzpolitischen Rahmenbedingungen eingeführt werden (Siehe Tabelle 2 Kasten 1).

Die Erhöhung der öffentlichen Investitionen um 1,5 Milliarden Euro – Infrastruktur, Breitbandausbau – wirkt unmittelbar auf die Anlageinvestitionen. Das nominale Bruttoinlandsprodukt steigt um 1,8 Milliarden Euro. Preisbereinigt führt das zu einem Wachstumsimpuls von einem halben Zehntel-Prozentpunkt im kommenden Jahr.

Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung zum Jahresauftakt 2019 führt zu einer Entlastung der Haushalte in Höhe von 5,8 Milliarden Euro. Die steigenden Arbeitgeberbeiträge reduzieren die Unternehmensgewinne; davon geht nur ein Teil zu Lasten der inländischen privaten Haushalte, so dass ihr nominales Nettoeinkommen per Saldo um 2,1 Milliarden Euro steigt. Ein Teil des Mehreinkommens wird erst in den folgenden Jahren ausgegeben; die somit für sich genommen steigende Sparquote wird durch den Kompositionseffekt der Verteilungswirkung gedämpft, denn die Maßnahme be-

lastet mit den Gewinneinkommensbezieherinnen und -bezieher eine Gruppe mit hoher Sparneigung. Die Investitionen werden durch die zusätzliche Nachfrage angeregt, allerdings schmälern die höheren Lohnnebenkosten die unternehmerischen Gewinne, wodurch die Unternehmen teils weniger investieren und teils weniger Beschäftigung aufbauen. In der Summe ist der Impuls auf die realen Anlageinvestitionen positiv und liegt bei rund einem Zehntel Prozentpunkt. Bei ebenfalls höheren Importen führt die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der GKV zu einem um 1,2 Milliarden Euro höheren Bruttoinlandsprodukt.

Die Ausweitung der Mütterrente und die Einführung der Grundrente erhöht das Einkommen der Haushalte um 2,9 Milliarden Euro. Hierdurch wird ebenfalls vor allem der private Konsum angeregt. Davon profitieren ältere Menschen, die einen überdurchschnittlichen Anteil ihres zusätzlichen Einkommens konsumieren, wodurch die gesamtwirtschaftliche Sparquote sinkt (Kasten 4). Gleichzeitig werden Beschäftigung und Investitionen angeregt und ziehen weitere Einkommenszuwächse nach sich. Alles in allem steigt so der private Konsum im Jahr 2019 real um rund 3,7 Milliarden Euro. Das Bruttoinlandsprodukt fällt um zwei Milliarden Euro höher aus.

Für alle in dieser Prognose unterstellten Maßnahmen des Koalitionsvertrags zusammen genommen ergibt sich ein Gesamteffekt auf das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 von rund zehn Milliarden Euro, was einem zusätzlichen Wachstum von gut 0,3 Prozentpunkten entspricht.

¹ Für eine detailliertere Beschreibung des makroökonomischen Modells siehe Hanne Albig et al. (2017): Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst. DIW Wochenbericht Nr. 10 (online verfügbar).

² Vgl. Stefan Bach und Michelle Harnisch (2017): Steuerpolitik zwischen Jamaika und GroKo 3.0: Untere und mittlere Einkommen gezielt entlasten. DIW Aktuell Nr. 6 (online verfügbar).

ab, und im Wesentlichen schlagen dann nur noch Wandlungsgewinne zu Buche. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich in diesem Jahr auf etwas mehr als 2,3 Millionen belaufen, für 2019 ist ein Jahreswert von knapp 2,2 Millionen zu erwarten; die Arbeitslosenquote beträgt 5,2 beziehungsweise 4,8 Prozent.⁵

Trotz der stetigen Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich der Lohnauftrieb bis zuletzt nicht verstärkt. Das hängt mit der relativ schwachen Tariflohnentwicklung zusammen; Ende letzten Jahres waren die tariflich vereinbarten Entgelte je Stunde nur 2,0 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Die tatsächlich gezahlten Stundenlöhne sind jedoch

etwas stärker gestiegen, da vermehrt übertarifliche Bezahlung griff und weil sich die Struktur der Beschäftigung weiter hin zu qualifizierten und hochqualifizierten Tätigkeiten verschoben hat.

Im Prognosezeitraum dürften die Löhne stärker steigen. Darauf deuten einige bereits geschlossene Tarifverträge hin, die höhere Entgeltanhebungen als bisher vorsehen – etwa die für die Metall- und Elektroindustrie. Diese Vereinbarungen werden wohl auf andere Tarifbereiche ausstrahlen. Überdies dürfte es angesichts zunehmender Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt zu höheren außertariflichen Entgeltanhebungen kommen. Zudem öffnet sich die Lohndrift weiter infolge von Verschiebungen in der Beschäftigungsstruktur, etwas auch wegen der Anhebung der Mindestlöhne Anfang nächsten Jahres. Alles in

⁵ Das Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen 5,1 und 5,2 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 4,6 und 5,1 Prozent.

Tabelle

Makroökonomische Effekte der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen im Jahr 2019

2019	Öffentliche Investitionen				Paritätisch finanzierte Gesetzliche Krankenversicherung ¹				Ausweitung der Mütter- und Einführung der Grundrente ²				Koalitionsvertrag insgesamt			
	real		nominal		real		nominal		real		nominal		real		nominal	
Maßnahmen	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten
Transfers													8,1		8,8	
darunter																
Rentenerhöhung									2,6		2,9		2,6		2,9	
Kindergeld, sozialer Wohnungsbau und weitere Sozialleistungen													2,1		2,3	
Beitragsatz ALV													3,3		3,6	
Sozialbeiträge (paritätisch)																
darunter																
Abgabenerlastung					5,3		5,8						5,3		5,8	
Gewinnrückgang Haushalte					-3,4		-3,7						-3,4		-3,7	
Öfftl. Investitionen	1,4		1,5										1,4		1,5	
Öfftl. Konsum													2,3		2,5	
Makroökonomische Effekte																
	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten	absolut in Milliarden Euro	Wachstum in Prozentpunkten
BIP	1,3	0,05	1,8	0,06	1,2	0,04	1,7	0,05	2,0	0,07	2,4	0,08	9,6	0,3	14,5	0,5
Privater Konsum	0,7	0,05	1,0	0,06	2,2	0,14	2,7	0,16	3,7	0,23	4,2	0,24	13,4	0,9	16,3	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	1,4	0,24	1,5	0,23	0,4	0,07	0,4	0,06	0,7	0,12	0,7	0,11	4,8	0,8	5,1	0,8
Exporte	-0,1	-0,01	0,1	0,00	-0,1	-0,01	0,1	0,01	-0,0	0,00	0,1	0,00	-1,2	-0,1	1,0	0,1
Importe	1,1	0,09	1,2	0,09	1,3	0,11	1,5	0,11	2,0	0,17	2,2	0,17	9,0	0,8	9,8	0,8
	absolut in Prozentpunkten		absolut in Prozentpunkten		absolut in Prozentpunkten		absolut in Prozentpunkten		absolut in Prozentpunkten		absolut in Prozentpunkten		absolut in Prozentpunkten		absolut in Prozentpunkten	
Konsumdeflator			0,01				0,00				0,01				0,06	
Handelsbilanzsaldo pro BIP			-0,01				-0,05				-0,1				-0,3	
Sparquote	0,01				-0,02				-0,01				0,2			
Multiplikatoreffekt (im ersten Jahr)	1								0,8				0,7			

¹ Einmalige Entlastung im 1Q2019 ² Einführung zum 3Q2019

Quelle: Simulationen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2018

allein ist aber keine rasante Beschleunigung des Lohnauftriebs zu erwarten.

Die mit dem Koalitionsvertrag für den Beginn des nächsten Jahres vereinbarte Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung entlastet die Löhne der abhängig Beschäftigten, allerdings führt sie zu höheren Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber. Negative Beschäftigungswirkungen dürften davon angesichts der guten Konjunktur aber kaum ausgehen.

Wirtschaftszweige: Aufschwung breit angelegt

Die Industrie hat die Wertschöpfung im vergangenen Jahr kräftig ausgeweitet, im zweiten Halbjahr sogar beschleunigt. Vor allem wegen des starken Starts in das Jahr wird ihre Wert-

schöpfung im jahresdurchschnittlichen Vergleich 2018 hoch ausfallen. Auch für das laufende Halbjahr lassen die günstige Auftragsentwicklung und die kräftige Produktion zum Jahresauftakt kräftige Zuwächse erwarten (Tabelle 4). Im Vergleich zu den drei vorangegangenen Vierteljahren dürften diese jedoch schon ab dem Frühjahr geringer ausfallen und im weiteren Prognosezeitraum im Zuge einer sich etwas abkühlenden Auslandsnachfrage weiter etwas an Schwung verlieren. Dafür sprechen auch die zuletzt leicht eingetrübten Unternehmensumfragen und die jüngst schwächeren Auftragseingänge. Die Wertschöpfung im Bereich Energie dürfte nach dem – wohl auch witterungsbedingten – Rücksetzer zum Jahresbeginn im Auftaktquartal deutlich gesunken sein. Die industrienahen Unternehmensdienstleister und die Logistikunternehmen spiegeln die dynamische Industriekonjunktur wider.

Kasten 3

Prognosemodelle

Um eine modellbasierte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung am aktuellen Rand für jede Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zu erstellen, sollte möglichst vielen relevanten Einflussfaktoren Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund übersteigt in der Praxis die Zahl der vorliegenden Indikatorvariablen für die jeweilige Verwendungskomponente bei weitem die Anzahl der Variablen, die aus statistischen Gründen in traditionelle Eingleichungsmodelle aufgenommen werden können. Die Prognosen des DIW Berlin beruhen deshalb für die sehr kurze Frist auf den Vorhersagen aus zwei Modellklassen, die durch die Möglichkeit zur Aufnahme einer hohen Anzahl erklärender Variablen charakterisiert sind. Einerseits kommen Faktormodelle zur Prognose der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts zur Anwendung. Andererseits werden die Verwendungskomponenten mit sogenannten Model-Averaging-Ansätzen prognostiziert.¹

Für das Bruttoinlandsprodukt zeichnet sich für das laufende Vierteljahr eine Beschleunigung gegenüber dem bereits kräftigen Schlussquartal ab: Die Flashmodelle deuten auf einen Quartalszuwachs zwischen 0,7 und 1,0 Prozent hin. Im Januar lag die Industrieproduktion knapp anderthalb Prozent über dem Durchschnitt des vorangegangenen Vierteljahres. Zudem sind die Auftragsbücher der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe nach kräftigen Zuwächsen im zweiten Halbjahr 2017 prall gefüllt. Auch die Dienstleister dürften merklich zum Wachstum beitragen.

Der private Verbrauch dürfte im Zuge der steigenden Lohneinkommen (die Zahl der Erwerbstätigen dürfte die des Vorquartals um 175 000 übertroffen haben) spürbar zugelegt haben – um knapp ein halbes Prozent; allerdings lag der Einzelhandelsumsatz zum Jahresauftakt fast ein Prozent niedriger als im vierten Quartal und auch das Konsumentenvertrauen hat im Februar – von einem hohen Niveau ausgehend – etwas nachgegeben.

Der Außenhandel dürfte zum Jahresauftakt 2018 erneut merklich expandiert haben, aber weniger kräftig als im Vorquartal. Der Außenbeitrag dürfte – rein rechnerisch – positiv zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes beigetragen haben, da die Zuwächse der Ausfuhren die der Einfuhren überstiegen.

Weiterhin ist die Lage der exportierenden Unternehmen günstig: Die Konjunktur in der Europäischen Union und in den Vereinigten Staaten ist weiterhin aufwärtsgerichtet, und entsprechend sind die Auftragsbücher der exportierenden Unternehmen gut gefüllt. Dies zeigt sich beim ifo-Auftragsbestand der exportierenden Unternehmen im Durchschnitt der Monate Januar und Februar, der gegenüber dem Vorquartal auf hohem Niveau in etwa stagnierte. Dennoch waren die Auftragseingänge aus dem Ausland im verarbeitenden Gewerbe zuletzt rückläufig und auch die seit Dezember 2017 zurückgehenden ifo-Exporterwartungen deuten auf einen schwächeren Zuwachs der Ausfuhren als im vierten Quartal hin. Dafür spricht auch die Warenausfuhr in Abgrenzung des preisbereinigten Spezialhandels: Sie lag im Januar weiterhin über dem Durchschnitt des vierten Quartals.

Die preisbereinigte Wareneinfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels verzeichnete im Januar einen leichten Rücksetzer. Dennoch ist aufgrund des vorher hohen Niveaus für das erste Quartal insgesamt mit einer Ausweitung der Einfuhren zu rechnen. Im Vergleich zum Vorquartal dürften sie aber leicht an Fahrt verlieren.

Die Investitionen werden im laufenden Quartal wieder stärker expandieren als zuletzt. Die Baukonjunktur zieht nach dem eher schwachen Halbjahr 2017 wieder an. Dafür spricht die weitere gute Stimmung in den Bauunternehmen – vor allem die Lagebeurteilung – und die kräftige Steigerung der Auftragseingänge im Berichtsmonat Dezember, die insbesondere für den Wohnungsbau nach Auskunft des Statistischen Bundesamts für alle Regionen zu beobachten war. Es wird aber auch auf Großaufträge in allen Bausparten verwiesen, die üblicherweise nicht unmittelbar nach Auftragseingang abgearbeitet werden, die allerdings die Flashschätzungen nach oben verzerren.

Bei den Ausrüstungsinvestitionen blieben die Bestellungen neuer Maschinen, Geräte und Fahrzeuge bis zuletzt rege. Insbesondere die Inlandsbestellungen elektrischer Ausrüstungen und im Maschinenbau zogen im Schlussquartal 2017 an. Auch die Beurteilung der Geschäftslage der Investitionsgüterhersteller hat sich weiter verbessert. Dies spricht für eine weitere kräftige Ausweitung der privaten Ausrüstungsinvestitionen.

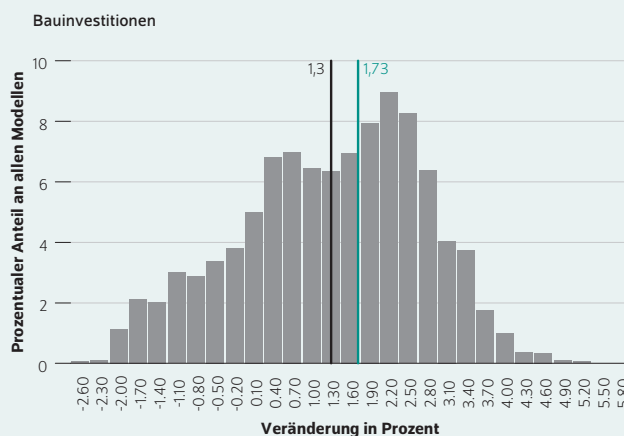
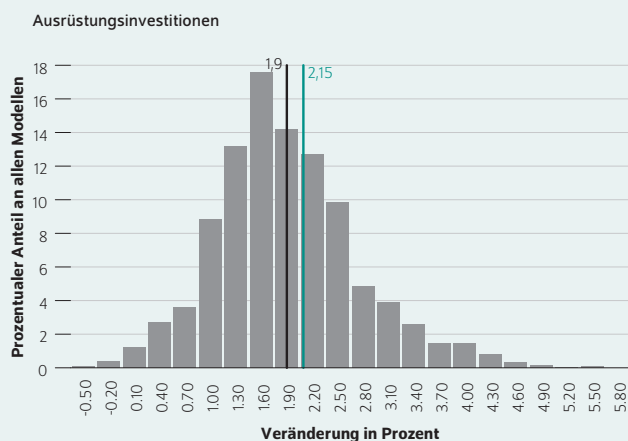
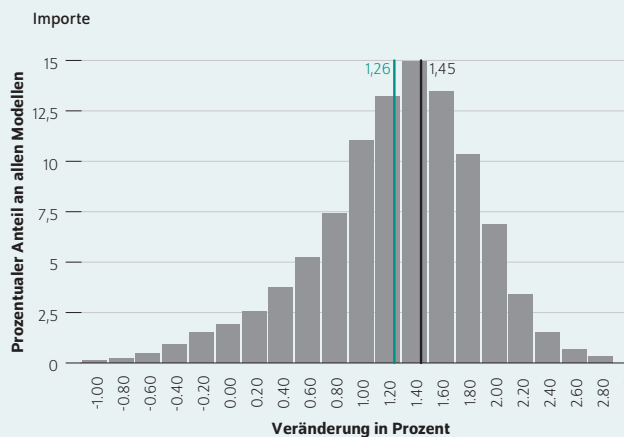
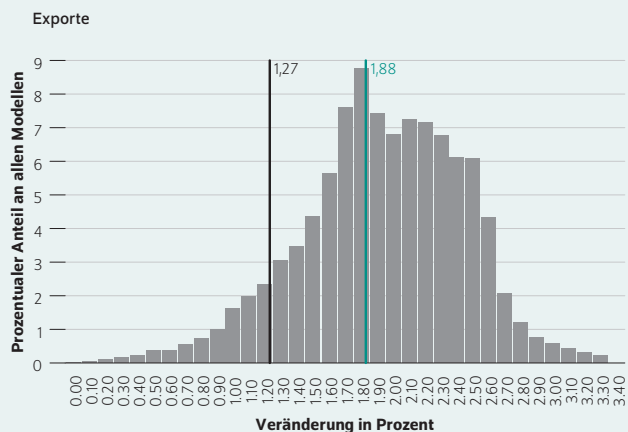
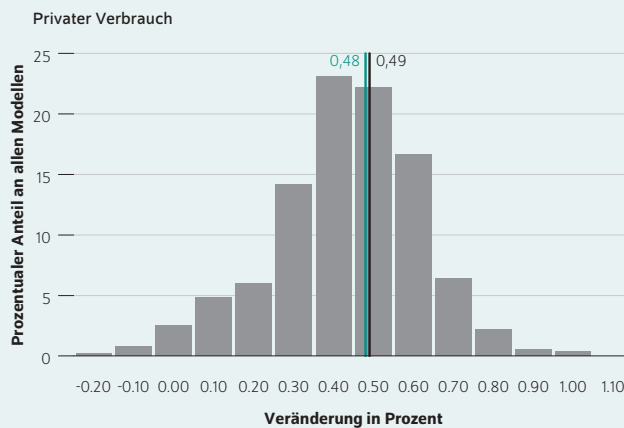
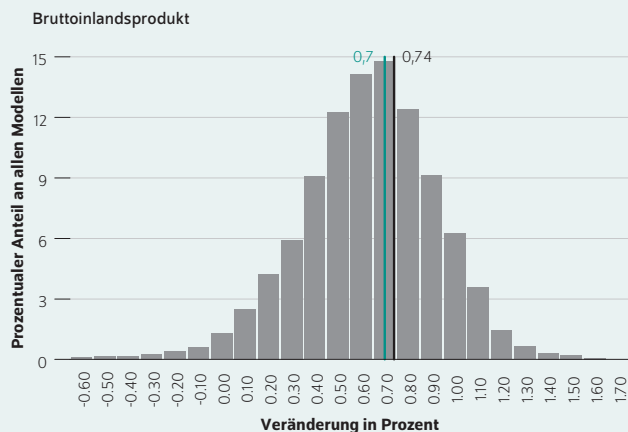
¹ Für eine Erläuterung, vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft in Wohlfühlkonjunktur. DIW Wochenbericht Nr. 24, 475–485 (online verfügbar).

Im Baugewerbe – wie auch im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen – hat sich der Boom bereits abgeschwächt und dürfte im weiteren Verlauf allmählich zum Ende kommen. Ebenfalls merklich abgeschwächt hat sich die Wertschöpfung in den Bereichen Handel und Gastgewerbe; angesichts der steigenden Konsumnachfrage dürfte es im Folgenden aber wieder stärkere Zuwächse geben. Deutlich aufwärtsgerichtet bleibt wohl die Entwicklung im Bereich Information und Kommunikation.

Der Beschäftigungsaufbau wurde von nahezu allen Bereichen getragen – lediglich bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern setzte sich der Arbeitsplatzabbau fort. Im verarbeitenden Gewerbe hielt der Aufwärtstrend bei der Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an, wenngleich mit nachlassendem Tempo – und dies dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Gleiches gilt für den Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe. Besonders dynamisch ist der Stellenaufbau bei den Informations- und Kommunikations-

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer



Punktschätzer (mit Prognosegüte gewichteter Durchschnitt aller Modelle) des Model-Averaging Ansatzes

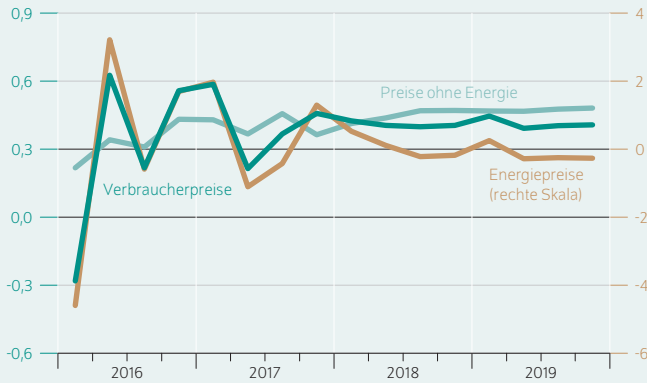
Punktschätzer des Faktormodells

Quelle: DIW Frühjahrsgroßlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Abbildung 4

Verbraucherpreise: Gesamt, Energie und Gesamt ohne Energie Saison- und kalenderbereinigte Änderung gegenüber Vorquartal



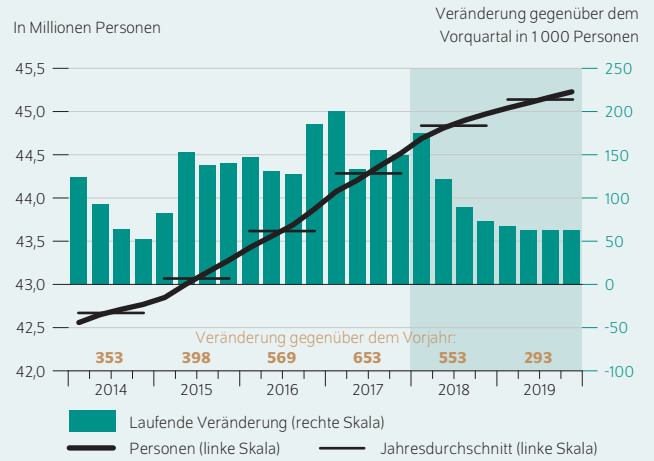
Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, DIW Frühjahrsgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die Preise ohne Energie steigen allmählich.

Abbildung 5

Erwerbstätige Änderung in Tausend Personen gegenüber Vorquartal



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2018

Beschäftigungsaufbau verliert an Schwung.

dienstleistern – allerdings ist dieser Bereich vergleichsweise klein – und bei den Unternehmensdienstleistern. Letztere dürften durch zusätzliche Nachfrage aus der Industrie angeregt werden, da die zunächst noch sehr kräftige Nachfrage wohl auch zu einem zunehmenden Teil durch Rückgriff auf Leiharbeit bedient wird. Bedeutsam ist auch der Beschäftigungsaufbau im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, der auch aufgrund der Alterung der Gesellschaft anhalten dürfte.

Im Zuge der kräftigen Konjunktur zieht auch die Pro-Kopf-Produktivität merklich an. Dies gilt insbesondere für das Produzierende Gewerbe ohne Bau, gemessen an den langjährigen Durchschnittsdaten aber auch für die Bauwirtschaft; teils hängt dies auch mit einer konjunkturell bedingten Ausweitung der Arbeitszeiten in diesen Bereichen zusammen. In der Gesamtwirtschaft legt die Produktivität mit 1,3 Prozent in diesem Jahr stärker zu als in den vergangenen fünf Jahren – vor allem aufgrund der zuletzt hohen Produktivitätsgewinne; im Verlauf verlieren die Zuwächse im Einklang mit einem gemächlicheren konjunkturellen Verlauf etwas an Dynamik. Im Jahresdurchschnitt 2019 wächst die deutsche Wirtschaft voraussichtlich in etwa entsprechend ihrer Produktionskapazitäten und die Produktivität steigt etwas langsamer.

Privater Konsum: angeschoben durch Abgabentlastungen

Der private Verbrauch hat in den vergangenen Jahren deutlich zum Wachstum der deutschen Wirtschaft beigetragen, auch wenn er – vor allem aufgrund stark gestiegener Erspar-

nisse – im vergangenen Halbjahr das hohe Niveau des zweiten Quartals nicht halten konnte. Neben erheblichen Kaufkraftschüben durch die damals massiv gesunkenen Energiepreise – die nun keine Rolle mehr spielen – hat vor allem die günstige Arbeitsmarktentwicklung die Realeinkommen merklich beflügelt und damit den privaten Konsum angekurbelt. Diese positive Grunddynamik wird sich abgeschwächt im Prognosezeitraum fortsetzen. Zudem geben Abgabentlastungen spürbare Impulse; aufgrund der hier getroffenen Annahmen zur Umsetzung des Koalitionsvertrages dürften diese den Konsum vor allem im kommenden Jahr anheizen (Kasten 2).

Der Anstieg der Lohneinkommen dürfte in diesem Jahr in etwa an den weit überdurchschnittlichen Zuwachs vom vergangenen Jahr anknüpfen. Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nimmt zwar nicht mehr ganz so stark zu, die höheren Pro-Kopf-Löhne gleichen dies aber nahezu aus. Im kommenden Jahr nehmen angesichts zunehmender Knappheiten am Arbeitsmarkt die Löhne zwar nochmals leicht Fahrt auf. Wegen der ruhigeren Wirtschaftsentwicklung dürfte der schwächere Beschäftigungsaufbau aber stärker ins Gewicht fallen, und die Lohneinkommen legen in der Summe langsamer zu.

In beiden Jahren werden der Grund- und der Kinderfreibetrag angehoben und im laufenden Jahr sinken der Beitrag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Rentenversicherung sowie ihr durchschnittliche Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung leicht. Schon allein dies dämpft den Anstieg der Abgabenbelastung, und bereits im laufenden Jahr legen die Löhne netto so deutlich zu wie brutto. Im

kommenden Jahr ist das Nettolohnwachstum sogar erstmals seit 2010 deutlich stärker als der Anstieg der Bruttolöhne: Im Koalitionsvertrag ist eine zusätzliche Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte vorgesehen; unterstellt wird diese für den Jahresbeginn 2019. Besonders ins Gewicht fällt auch die im Vertrag vorgesehene Rückkehr zur Parität bei der Finanzierung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung zum Jahresbeginn 2019.

Die Sozialleistungen steigen in diesem Jahr weniger dynamisch als in den Vorjahren, insbesondere weil die Rentenanpassungen nun wieder etwas moderater ausfallen als zur Jahresmitte 2016. Unterstellt wird, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Ausweitung der Mütterrente und die Einführung der Grundrente zum Juli kommenden Jahres umgesetzt werden; auch deswegen fällt der Zuwachs bei den Sozialleistungen im kommenden Jahr höher aus. Die in den vergangenen Jahren kräftige Entwicklung der Einkommen der Selbstständigen dürfte sich fortsetzen. Angesichts der weiter günstigen Gewinnentwicklung werden auch die Ausschüttungen und Entnahmen klar aufwärtsgerichtet bleiben. Es ist allerdings nicht davon auszugehen, dass sie an den deutlichen Zuwachs des vergangenen Jahres anknüpfen werden – schon allein wegen der steigenden Lohnnebenkosten infolge der Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen mit Zuwächsen von drei Prozent in diesem und 3,2 Prozent im nächsten Jahr überdurchschnittlich zulegen.

Die Haushalte haben ihre Sparquote zuletzt deutlich angehoben; Hintergrund dürfte auch die kräftige Entwicklung der Einkommen aus selbstständiger Arbeit und aus Vermögen sein, die vorrangig Haushalten mit einer hohen Sparneigung zufließen. Demografisch bedingt dürfte die Sparquote jedoch auf einen Abwärtstrend einschwenken (Kasten 4), wenngleich die Auswirkungen im Prognosezeitraum gering sein dürften. Zudem dürfte ein guter Teil des durch sinkende Abgaben erzielten Einkommensschubes zur Ersparnisbildung verwendet werden. Bei nahezu unveränderter Teuerung werden die Zuwächse beim privaten Verbrauch mit 1,2 Prozent in diesem und 1,8 Prozent im kommenden Jahr spürbar bleiben.

Ausrüstungen: Unternehmen investieren weiterhin rege

Die Unternehmen waren im abgelaufenen Jahr bei den Investitionen in neue Maschinen, Geräte und Fahrzeuge weniger zurückhaltend. Auch im Schlussquartal nahmen die privaten Ausrüstungsinvestitionen mit 2,2 Prozent kräftig zu. Lediglich der Staat schränkte seine Neuanschaffungen erheblich ein, um ein Fünftel. Die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen erschien daher zuletzt schwächer als sie – bezogen auf den Unternehmenssektor – tatsächlich ist. Etwas weniger dynamisch entwickelten sich hingegen die sonstigen Investitionen.

Vieles spricht dafür, dass die Schlagzahl bei den Ausrüstungsinvestitionen im ersten Quartal hoch geblieben ist.

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz In Millionen Personen

Arbeitsmarktbilanz in Millionen Personen	2015	2016	2017	2018	2019
Erwerbstätige im Inland	43,07	43,64	44,29	44,84	45,14
Selbstständige und mithelf. Familienangehörige	4,36	4,33	4,31	4,31	4,31
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,82	31,51	32,23	32,81	33,12
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,91	1,92	1,93	1,94	1,95
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,86	4,81	4,74	4,69	4,65
Sonstige	1,12	1,07	1,08	1,09	1,11
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,08	-0,09	-0,10	-0,10	-0,10
Erwerbstätige Inländer	42,99	43,54	44,19	44,74	45,03
Erwerbslose	1,95	1,78	1,63	1,45	1,30
Erwerbspersonen	44,94	45,32	45,82	46,19	46,34
Nachrichtlich:					
Arbeitslose	2,79	2,69	2,53	2,32	2,17
Arbeitslosenquote BA ¹ – Prozent	6,4	6,1	5,7	5,2	4,8
Arbeitslosenquote SGB ² – Prozent	8,3	7,9	7,3	6,6	6,1
Erwerbslosenquote VGR ³ – Prozent	4,3	3,9	3,6	3,1	2,8
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – Prozent	4,6	4,1	3,8	3,3	3,0
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	40,1	41,1	41,5	42,0	42,1

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2018

Dies zeigt die Entwicklung von Aufträgen und Umsätze (Kasten 5). Auch im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Expansion der Ausrüstungsinvestitionen anhalten. Die Weltkonjunktur, insbesondere die Entwicklung im Euroraum und in den Vereinigten Staaten zeigt sich noch robust. Zudem ist die Kapazitätsauslastung des verarbeitenden Gewerbes weiter gestiegen – darauf deuten sowohl die Befragungsergebnisse des ifo Instituts unter den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes als auch der Order-Capacity-Index hin. Das Motiv der Kapazitätserweiterung dürfte daher weiter von Bedeutung sein.

Gleichwohl gibt es auch dämpfende Faktoren, die einer stärkeren Investitionstätigkeit entgegenstehen. Im Prognosezeitraum wird sich die Weltkonjunktur etwas abkühlen. Auch wenn die Finanzierungsbedingungen noch günstig sind, ist der Ausstieg der Europäischen Zentralbank aus der expansiven Geldpolitik eingeleitet und hat bereits zu steigenden Kreditzinsen geführt. Zudem dürften die Sorgen um einen Handelskrieg mit den Vereinigten Staaten und das weiterhin ungeklärte Verhältnis der Europäischen Union zum Vereinigten Königreich die Investitionsbereitschaft belasten.

Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um rund sechs Prozent zulegen. Im kommenden Jahr dürften sie mit 4,6 Prozent etwas weniger dynamisch expandieren. Die sonstigen Investitionen dürften sich ähnlich entwickeln.

Tabelle 4

Entstehungsseite des Bruttoinlandsproduktes

	2017				2018				2016 ⁶	2017 ⁶	2018 ⁶	2019 ⁶
	I	II	III	IV	I	II	III	IV				
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,9	0,6	0,7	0,6	0,7	0,6	0,5	0,4	1,9	2,2	2,4	1,9
Effekt der Nettogütersteuern	-0,1	0,0	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,1	0,0
Bruttowertschöpfung ²												
insgesamt	1,0	0,7	0,9	0,6	0,7	0,6	0,5	0,4	1,9	2,3	2,5	1,9
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	0,2	0,3	0,5	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,5	0,7	1,2	0,8
Baugewerbe	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,3	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4	0,5	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,2	0,3	0,3	0,2
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,4	0,4	0,3	0,2
übrige Dienstleister ³	0,2	0,0	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,4	0,3	0,2
Erwerbstätige ⁴												
insgesamt	200	134	156	150	175	122	90	74	569	653	553	293
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	30	20	7	5	15	10	9	8	18	61	40	26
Baugewerbe	18	6	5	11	11	6	4	3	26	41	30	11
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	41	33	21	16	24	20	18	14	120	121	81	48
Unternehmensdienstleister	46	26	42	50	55	30	25	20	139	153	160	85
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	45	50	65	51	64	47	29	25	246	217	203	101
übrige Dienstleister ³	17	0	12	20	5	8	6	5	39	61	35	21
Produktivität ⁵												
insgesamt	0,5	0,4	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,6	0,8	1,3	1,2
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	0,5	1,0	1,7	1,2	0,9	0,8	0,7	0,7	1,6	1,9	4,0	2,8
Baugewerbe	1,8	0,5	-0,4	0,1	0,0	0,2	0,2	0,3	0,9	0,4	0,3	0,9
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	1,2	0,6	-0,4	0,5	0,6	0,4	0,4	0,4	1,1	1,7	1,5	2,0
Unternehmensdienstleister	0,4	-0,3	0,8	-0,3	0,1	0,0	0,0	0,1	-0,6	0,0	0,2	0,3
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,0	0,3	-0,1	-0,3	-0,2	0,0	-0,1	0,0	-0,1	0,1	-0,4	-0,1
übrige Dienstleister ³	0,4	-0,2	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,9	0,5	0,9	0,6

1 Änderung des preis-, kalender- und saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorquartal in Prozent.

2 Bruttowertschöpfung: insgesamt – preis-, kalender- und saisonbereinigte Änderung im Vergleich zum Vorquartal in Prozent; Wirtschaftsbereiche – Wachstumsbeitrag zur gesamten Änderung in Prozentpunkten.

3 die „übrigen Dienstleister“ umfassen die Bereiche Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- & Versicherungs- sowie sonstige Dienstleister.

4 Änderung der saisonbereinigten Zahl der Erwerbspersonen im Vergleich zum Vorquartal in Tausend.

5 (Arbeits-)produktivität je Erwerbstätigen in Prozent.

6 Jahre: Änderungen (Wirtschaftsbereiche: Wachstumsbeiträge) gegenüber Vorjahr, basierend auf Ursprungswerten; Erwerbstätige – absolute Änderung in Tausend (Jahresmittel).

Quelle: DIW Frühjahrgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Bauinvestitionen: Es wird ruhiger auf den Baustellen

Die Dynamik hat bei den Bauinvestitionen im Jahresverlauf deutlich nachgelassen, nachdem alle Bauparten fulminant in das Jahr 2017 gestartet waren. Vor allem die Baunachfrage der Unternehmen ließ erheblich nach; sie fiel zuletzt deutlich unter den Jahresdurchschnitt. Der Staat dagegen weitete seine Bauinvestitionen im Schlussquartal deutlich aus. Diese lagen damit – nach einem schwachen Sommerhalbjahr – klar über dem Durchschnitt des Jahres 2017. Weniger volatil war die Entwicklung im Wohnungsbau, dessen Expansionstempo im Jahresverlauf aber deutlich nachließ. Zum Jahresende ging der Wohnungsbau sogar etwas zurück.

Für den Jahresauftakt deutet sich im Wohnungsbau eine positivere Entwicklung an als zuletzt. Bislang kam es kaum zu witterungsbedingten Behinderungen der Bautätigkeit und

der Auftragseingang hat im Dezember kräftig zugelegt. Der Ausblick für den weiteren Jahresverlauf hat sich aber – nach einem Stimmungshoch im Herbst des vergangenen Jahres – in den Unternehmen deutlich eingetrübt. Dies ist konsistent mit den seit über einem Jahr stagnierenden Genehmigungszahlen neuer Wohnungsbauvorhaben. Die Pipeline ist gerade im Geschosswohnungsbau zwar weiterhin gut gefüllt, allerdings kommen deutlich weniger Projekte nach. Dämpfen dürfte zudem, dass die Zinsen bereits merklich angezogen haben und ein Ende der Teuerung beim knappen Bauland nicht absehbar ist. Der kräftige Zuwachs bei der Neubautätigkeit der vergangenen Jahre dürfte sich damit deutlich verlangsamen.⁶

⁶ Martin Gornig und Claus Michelsen (2018): Bauwirtschaft: Ende des Neubaubooms. DIW Wochenbericht Nr. 1 / 2 (online verfügbar).

Kasten 4

Altersstruktur und die Sparquote in der mittleren Frist

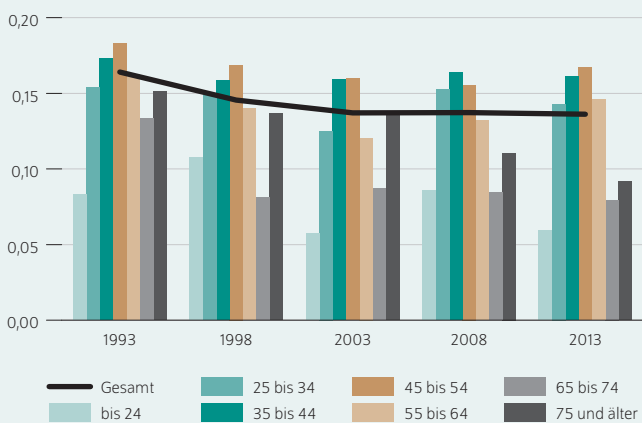
Die demografische Entwicklung hat erheblichen Einfluss auf das Wachstumspotential der deutschen Volkswirtschaft. Neben den strukturellen Auswirkungen auf das Erwerbspersonenpotential¹ ist auch die Ersparnisbildung der privaten Haushalte von Bedeutung. Sie folgt im Wesentlichen dem Muster der Lebenszyklushypothese, nach der junge und alte Bevölkerungsgruppen einen niedrigeren Anteil ihres verfügbaren Einkommens sparen, während die Bevölkerungsgruppe mittleren Alters eine relativ hohe Sparquote hat.² Zentrales Erklärungsmuster ist die Konsumglättung des Lebenseinkommens, nach der die Höhe der Ersparnis so gewählt

wird, dass der Konsum über die Lebenszeit möglichst konstant bleibt. Verschiedene Einflussfaktoren, wie bspw. die Form des Rentensystems, Einkommens- und Vermögensungleichheit, konjunkturelle Schwankungen oder politische Rahmenbedingungen beeinflussen die individuelle Sparentscheidung zusätzlich.

Die Sparquote der 15- bis 34-Jährigen schwankt relativ stark über die Zeit und mit dem Konjunkturzyklus,³ denn die Beschäftigung junger Ausgebildeter und damit deren Einkommen und Sparquote reagiert stärker auf die Konjunktur (Abbildung). Die Sparquote der Personen mittleren Alters, die fast alle am Erwerbsleben teilnehmen, sinkt seit 1993 leicht. Das Niedrigzinsniveau, das das Sparverhalten erst in der letzten Beobachtungsperiode beeinflusst hat, erklärt also nicht den langfristig angelegten Abwärtstrend. Vielmehr dürfte die demografisch bedingte Verschiebung der Altersstruktur eine Ursache für die sinkende durchschnittliche Sparquote sein. Denn die Sparquoten der Bevölkerung im Alter ab 65 Jahren sind vergleichsweise niedrig, sinken seit 1993 – und diese Personen machen einen immer größeren Anteil der Bevölkerung aus.

Für die mittlere Frist wurde die Entwicklung der durchschnittlichen Sparquote der Gesamtbevölkerung bisher als konstant fortgeschrieben. Die hier herausgearbeiteten Informationen zur Veränderung der Altersstruktur können genutzt werden, um den Alterskompositionseffekt für die Fortschreibung der durchschnittlichen Sparquote zu berücksichtigen. Es wird dazu angenommen, dass die individuellen trendmäßigen Sparquoten der einzelnen Altersgruppen (bis 24 Jahre, 25 bis 34 Jahre, 35 bis 44 Jahre, 45 bis 54 Jahre, 55 bis 64 Jahre, 65 bis 74 Jahre, 75 Jahre und älter) über den Projektionszeitraum in etwa konstant bleiben. Der Alterskompositionseffekt führt dann dazu, dass die gesamtwirtschaftliche Sparquote im Trendverlauf ab 2018 bis zum Ende der Mittelfrist im Jahr 2022 rein altersbedingt um rund einen Zehntel-Prozentpunkt sinkt. Allerdings dürfte der Alterskompositionseffekt durch einen Anstieg der Sparquote in Folge der einmaligen Erhöhung der Erwerbseinkommen infolge der Soli-Abschaffung im Jahr 2021 überlagert werden.

Abbildung

Entwicklung der Sparquote nach Altersgruppen 1993 bis 2013, in Prozent

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2018

Jüngere und ältere Menschen sparen deutlich weniger als Menschen im mittleren Alter.

¹ Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft bleibt gut ausgelastet: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2017. DIW Wochenbericht Nr. 36 (online verfügbar).

² Karl Brenke (2018): Konsum und Sparquote der privaten Haushalte hängen stark vom Erwerbsstatus, Einkommen und Alter ab. DIW Wochenbericht Nr. 10 (online verfügbar).

³ Die hier berechneten Netto-Sparquoten basieren im Wesentlichen auf den Werten der Einkommens- und Verbrauchsstatistik aus den Jahren 1993, 1998, 2003, 2008 und 2013. Der Posten Übertragungen und Schenkungen wurde bei den Ausgaben und Einnahmen herausgerechnet.

Laut Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD sollen in den kommenden vier Jahren 1,5 Millionen Wohnungen gebaut werden. Dafür sieht der Vertrag vor, ein Baukindergeld einzuführen, die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau aufzustocken, eine degressive AfA für Mietwohnungsbauten im „bezahlbaren“ Segment aber auch ein Darlehensprogramm der KfW zur Stärkung des Eigenkapitals von Immobilieninvestoren einzuführen. Zudem soll die Wiedereinführung der Grundsteuer C die Möglichkeit eröffnen, unbebautes Land höher zu besteuern, um mehr Bauflächen auf den Markt zu bringen. Diese Maßnahmen

dürften im Prognosezeitraum allerdings nur sehr geringe Impulse für die reale Bautätigkeit entfalten und zunächst vor allem Projekte begünstigen, die ohnehin durchgeführt worden wären. Zu erwarten ist außerdem, dass diese Maßnahmen den Preisauftrieb sowohl bei Bauleistungen als auch für Bauland verstärken.

Auch der Wirtschaftsbau dürfte zu Jahresbeginn wieder etwas Fahrt aufgenommen haben, denn hier wurden gegen Jahresende ebenfalls deutlich mehr Aufträge vergeben. Zudem werden mit einer Erneuerung und dem Ausbau des Maschi-

Kasten 5

Produktionspotential

Die Berechnung des Produktionspotentials beruht grundsätzlich auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission vorgeschrieben wird.¹ Dieser basiert auf einer Cobb-Douglas Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeitsvolumen, Kapitalstock und der totalen Faktorproduktivität (TFP). Absehbare demografische Struktureffekte werden berücksichtigt, indem die Komponenten des Arbeitsvolumens für unterschiedliche Alterskohorten fortgeschrieben, geglättet und anschließend mit den Altersanteilen zu einem gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen aggregiert werden.²

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird im Wesentlichen anhand der im März 2017 aktualisierten Bevölkerungsprojektion (Variante 2-A) fortgeschrieben und insbesondere an die tatsächliche Migration angepasst. Der Wanderungssaldo für das Jahr 2016 betrug gut 480 000 Personen und war damit deutlich kleiner als in der Bevölkerungsprojektion unterstellt.³ Für das erste Halbjahr 2017 weist der Wanderungssaldo des Ausländerzentralregisters rund 260 000 Personen aus (davon mit 140 000 Personen der Großteil aus den EU-Ländern). Das waren 100 000 Personen weniger als im Jahr zuvor; dies dürfte auch mit wieder besseren

Beschäftigungsperspektiven in den Heimatländern zusammenhängen. Auch für den Projektionszeitraum wird deshalb angenommen, dass der Wanderungssaldo zurückgeht, auf 250 000 Personen im Jahr 2022. Für den Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung an den Zuziehenden wird der aktuelle Wert aus dem Ausländerzentralregister angesetzt.⁴ Insgesamt können die positiven Wanderungssalden allerdings den altersbedingten Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung bis 2022 nicht kompensieren.

Entwicklung der trendmäßigen Partizipationsquote

Die Partizipationsquote wird grundsätzlich getrennt für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung geschätzt. Für Geflüchtete ergibt sich aus einem kalibrierten Suchmodell. Die Partizipationsquote der übrigen Erwerbsbevölkerung wird in der mittleren Frist mit Hilfe eines Alterskohortenmodells für Fünf-Jahres-Altersgruppen getrennt nach Geschlecht und Herkunft fortgeschrieben. Die trendmäßige Partizipationsquote der gesamten Bevölkerung ergibt sich anschließend als gewichteter Durchschnitt der trendmäßigen Partizipationsquoten der Geflüchteten und der übrigen Bevölkerung. Sie steigt von knapp 73 Prozent im Jahr 2016 mit einer abnehmenden Zuwachsrate um rund einen Prozentpunkt bis 2021 an. Zum Ende des Projektionszeitraumes geht sie dann leicht zurück.

¹ Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe Karel Havik et al. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy – Economic Papers Nummer 420.

² Siehe Fichtner et al. (2017) Deutsche Wirtschaft bleibt gut ausgelastet: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2017, DIW Wochenbericht Nr. 36 (online verfügbar).

³ Siehe Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 16. Januar 2018: Bevölkerung in Deutschland zum Jahresende 2016 auf 82,5 Millionen Personen gewachsen (online verfügbar).

⁴ Nahezu 90 Prozent der EU-Zuwanderer sind im erwerbsfähigen Alter. Allerdings ist der Anteil der Erwerbsauswanderer im erwerbsfähigen Alter mit rund 95 Prozent noch höher. Bei der Nicht-Erwerbszuwanderung beträgt der Anteil 71 Prozent. Siehe Statistisches Bundesamt (2017): Fachserie 1, Reihe 2. Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2016 (online verfügbar).

nenparks häufig auch Investitionen in die Gebäude notwendig. Dementsprechend sind die Baugenehmigungen für Fabrik- und Werkstattgebäude im Trend aufwärtsgerichtet. Somit dürfte die positive Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen auch auf die gewerblichen Bauinvestitionen ausstrahlen. Im Plus sind ebenfalls die Genehmigungen für zusätzliche Büro- und Verwaltungsgebäude; die Vergabe neuer Baurechte für Handels- und Lagergebäude stagniert hingegen seit geraumer Zeit auf recht hohem Niveau. Trotz der anziehenden Dynamik dürfte der Wirtschaftsbau im Vorjahresvergleich dieses Jahr stagnieren. Für das kommende Jahr ist aber ein deutliches Plus zu erwarten.

Für den öffentlichen Bau ist zum Jahresauftakt mit einem leichten Rücksetzer zu rechnen. Im weiteren Verlauf dürften aber vor allem die für die kommunale Infrastruktur zusätzlich bereitgestellten Mittel und die sich weiter verbessernde Finanzlage vieler Städte und Gemeinden für Impulse sorgen. Die Vereinbarungen im Rahmen des Koalitionsvertrags dürften in erster Linie im Jahr 2019 zusätzliche Investitionen auslösen. Insgesamt wird hier unterstellt, dass sich die vereinbarten Maßnahmen im Koalitionsvertrag im Prog-

nosezeitraum auf zusätzliche Bauinvestitionen von knapp anderthalb Milliarden Euro aufsummieren (Kasten 2) und damit eine moderate Ausweitung der Bautätigkeit im öffentlichen Auftrag nach sich ziehen (Tabelle 5).

Im vergangenen Jahr haben die hohe Kapazitätsauslastung und die steigenden Preise von Rohstoffen wie Stahl und Öl zu höheren Baupreissteigerungen geführt. Der Preisauftrieb dürfte sich aber nicht weiter beschleunigen, – dies korrespondiert mit den geäußerten Preiserwartungen der vom ifo Institut befragten Unternehmen. Im Prognosezeitraum ist mit durchschnittlichen Preissteigerungen von 3,6 Prozent im laufenden und 3,3 Prozent im kommenden Jahr zu rechnen.

Außenhandel: hervorragende Lage, günstige Aussichten

Die Ausfuhren wurden im Jahr 2017 deutlich stärker ausgeweitet als im Jahr 2016. Wichtigster deutscher Auslandsmarkt blieben die Vereinigten Staaten mit einem konstanten Anteil von rund neun Prozent an den deutschen Warenaus-

Entwicklung der natürlichen Erwerbslosenquote (NAWRU)

Die NAWRU im Projektionszeitraum ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der natürlichen Erwerbslosenquoten von Geflüchteten und der übrigen Bevölkerung. Für die Geflüchteten wird sie ähnlich wie die Partizipationsquote aus dem Suchmodell abgeleitet. Die natürliche Erwerbslosenquote der übrigen Bevölkerung ergibt sich als Trend der Erwerbslosenquote, die über die Mittelfrist konstant ist. Die NAWRU liegt im Jahr 2017 bei 3,9 Prozent und geht bis 2022 auf 3,1 Prozent zurück. Ein Grund hierfür ist nicht nur, dass verglichen mit dem heutigen Stand immer mehr Geflüchtete eine Stelle finden, sondern dass auch immer mehr ältere Langzeitarbeitslose in Rente gehen und junge Arbeitssuchende aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktlage nicht in die Langzeitarbeitslosigkeit hineinwachsen.

Kapitalstock

Der Kapitalstock wird über den gesamten Projektionszeitraum anhand der akkumulierten Nettoinvestitionen fortgeschrieben; zum Kapitalstock des Vorjahres kommen dementsprechend die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen hinzu. Die Abschreibungsrate wird bis 2019 an den Wert aus der kurzen Frist angepasst und anschließend konstant auf den Wert des letzten Beobachtungszeitpunktes gesetzt. Der Kapitalstock wird nicht geglättet.

Produktionspotential

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens bis 2022 dürfte bei einem Drittel-Prozentpunkt liegen, hauptsächlich getrieben durch den Anstieg der Partizipationsquote und die sinkende NAWRU (Tabelle). Die durchschnittliche trendmäßige

Arbeitszeit sinkt über den gesamten Zeitraum und dürfte die Wachstumsrate des Arbeitsvolumens wohl reduzieren. Trotz der relativ hohen Nettozuwanderung im Jahr 2016 wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Durchschnitt wohl keine spürbaren Wachstumsimpulse liefern. Alles in allem dürfte das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2022 damit durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten leisten. Der Beitrag des Faktors Kapital zum Potentialwachstum dürfte im gesamten Projektionszeitraum einen halben Prozentpunkt ausmachen. Die Wachstumsrate des Kapitalstocks liegt mit gut einem Drittel Prozentpunkten unterhalb der Wachstumsrate des Produktionspotentials.

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag der totalen Faktorproduktivität in Höhe von eins ergibt sich schließlich, dass das reale Produktionspotential bis 2022 um jahresdurchschnittlich 1,7 Prozent zunehmen wird. Allerdings verlangsamt sich demografisch bedingt das Potentialwachstum, so dass es zum Ende des Projektionszeitraums bei 1,4 Prozent liegt.

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2012–2017	2017–2022
Produktionspotential	1,6	1,7
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,5	0,2
Kapitalvolumen	0,4	0,5
Totale Faktorproduktivität	0,7	1,0

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2018

führen. Demgegenüber büßten Frankreich sowie das Vereinigte Königreich als Handelspartner jeweils an Bedeutung ein. Während der Anteil Frankreichs an den deutschen Exporten seit 2011 im Trend sinkt, ist der Rückgang beim Vereinigten Königreich um einen halben Prozentpunkt im Vorjahresvergleich auf nunmehr 6,6 Prozent wohl in erster Linie der Brexit-Entscheidung und der damit einhergehenden Abwertung des Pfund geschuldet. Der Marktanteil Chinas stieg im vergangenen Jahr deutlich, um einen knappen halben Prozentpunkt, auf 6,7 Prozent an (Abbildung 6).

Das Expansionstempo der Exporte legte im zweiten Halbjahr 2017 – insbesondere im vierten Vierteljahr – nochmals kräftig zu. Maßgeblich für die Beschleunigung zum Jahresende waren dabei die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten sowie in die Länder der Europäischen Union außerhalb des Euroraums. Hier dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass die Aufwertung des Euro in der zweiten Jahreshälfte zum Erliegen kam und sich die dämpfenden Effekte der vorangegangenen Aufwertung abschwächten. Darüber hinaus war die Nachfrage aus den Ländern des Euroraums bei dort anhaltend guter Konjunktur weiterhin aufwärtsgerichtet.

Tabelle 5

Reale Bauinvestitionen Konstante Preise, Veränderung in Prozent

	2017	2015	2016	2017	2018	2019
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	60,8	–0,7	4,0	2,7	2,2	3,1
Nichtwohnungsbau	39,2	–2,5	0,8	2,5	0,5	2,3
Gewerblicher Bau	27,5	–3,2	0,0	2,3	–0,3	2,5
Öffentlicher Bau	11,6	–0,8	2,7	2,9	2,5	1,9
Bauinvestitionen	100,0	–1,4	2,7	2,6	1,5	2,8
Ausrüstungsinvestitionen		3,9	2,2	4,0	6,1	4,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2018

Zu Jahresbeginn dürften die Exporte zwar immer noch deutlich ausgeweitet werden, sie werden ihre Dynamik aber nicht halten können. Dafür spricht etwa, dass der ifo-Index des Auftragsbestands der Exportunternehmen seit fünf Monaten auf hohem Niveau stagniert (Kasten 3). Zudem dürfte

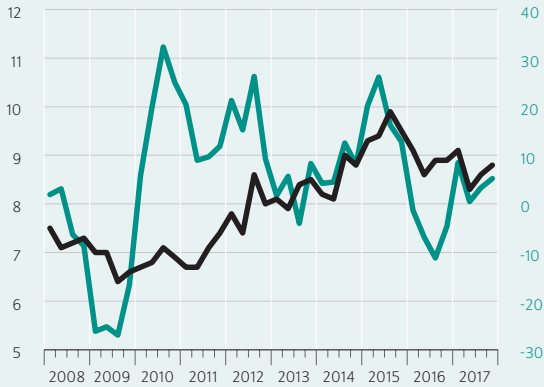
Abbildung 6

Warenausfuhr und Exportanteile ausgewählter Länder

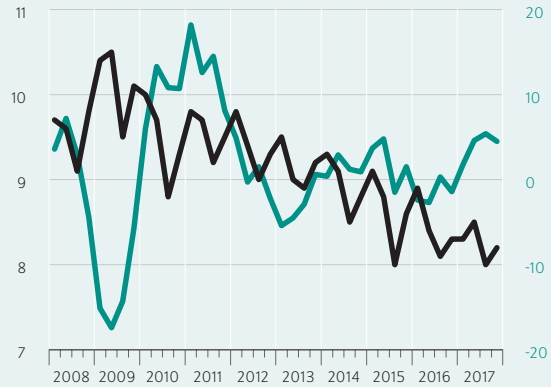
Grüne Linien: Veränderung im Vergleich zum Vorjahr (in Prozent, rechte Skala)

Schwarze Linien: Anteil an den deutschen gesamten Warenausfuhren (in Prozent, linke Skala)

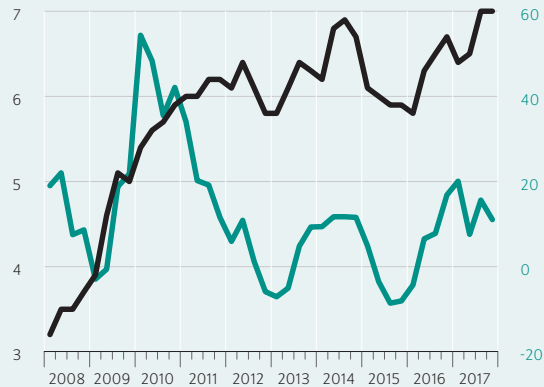
Vereinigte Staaten



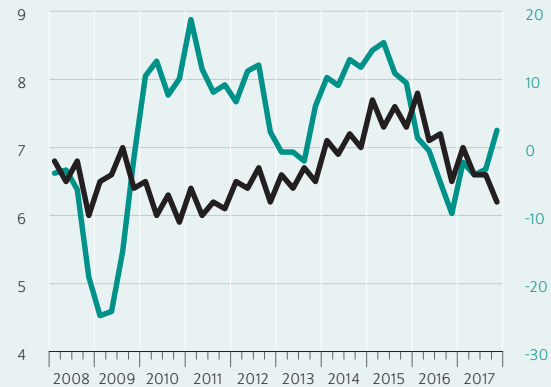
Frankreich



Volksrepublik China



Vereinigtes Königreich



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2018

Gemessen an den Warenausfuhren bleiben die USA der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Insbesondere China konnte seine Exportanteile in den letzten Jahren stark erhöhen.

die erneute Aufwertung des Euro zu Jahresbeginn für sich genommen dämpfend wirken. Im weiteren Jahresverlauf wird die Auslandsnachfrage, also die nach deutschen Exportanteilen gewichtete Importnachfrage wichtiger Handelspartner, wohl mit in etwa konstanten Raten expandieren, jedoch weniger stark als zuletzt (Abbildung 7). Entsprechend werden auch die Zuwächse der Ausfuhren geringer ausfallen. Im kommenden Jahr wird sich die Nachfrage aus dem Euro-Raum allmählich abschwächen; da aber die sich leicht verbessernde preisliche Wettbewerbsfähigkeit stützend wirkt, dürften die Exporte mit konstanten Zuwächsen expandieren (Abbildung 8).

Die Importe schlugen im vergangenen Jahr ebenfalls eine schnellere Gangart ein. In der ersten Jahreshälfte 2017 dürften dabei die außerordentlich hohe inländische Nachfrage sowie die anziehenden Ausrüstungsinvestitionen maßgeb-

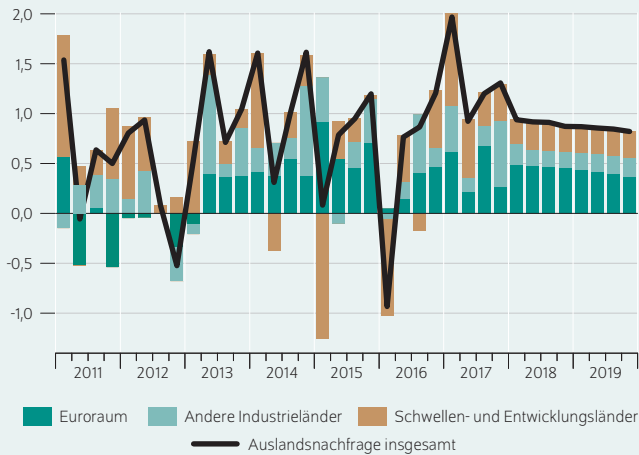
lich gewesen sein, im zweiten Halbjahr trieben die Exporte aufgrund ihres hohen Importgehalts die Importdynamik.⁷ Zum Jahresauftakt 2018 dürften die Importe weniger kräftig zugelegt haben als im vergangenen Quartal. Auch im weiteren Verlauf werden sie, einhergehend mit den schwächeren Zuwächsen der Exporte, an Tempo verlieren. Ab dem Jahreswechsel 2018/19 dürften die Importe dann aber wieder beschleunigt steigen, weil vom privaten Verbrauch erhebliche Impulse ausgehen. Der Außenbeitrag, die Differenz zwischen Exporten und Importen, dürfte im laufenden Jahr ein deutliches Plus von 0,7 Prozentpunkten aufweisen, im kommenden Jahr von -0,1 Prozentpunkten.

⁷ Dies zeigte sich insbesondere im vierten Quartal 2017: Die deutlich gestiegenen Vorleistungsgüterimporte, die rund ein Drittel der Warenimporte ausmachen, lassen darauf schließen, dass die Einfuhren den Schwung bei den Ausfuhren mitnahmen und auch deshalb nochmals kräftiger ausfielen als im dritten Quartal.

Abbildung 7

Nachfrage auf wichtigen Auslandsmärkten¹

In Prozent gegenüber Vorquartal bzw. Wachstumsbeiträge der Regionen in Prozentpunkten



¹ Exportanteilsgewichtete Importe der Handelspartner.

Quellen: Bloomberg; DIW Frühjahrsgroßlinien 2018.

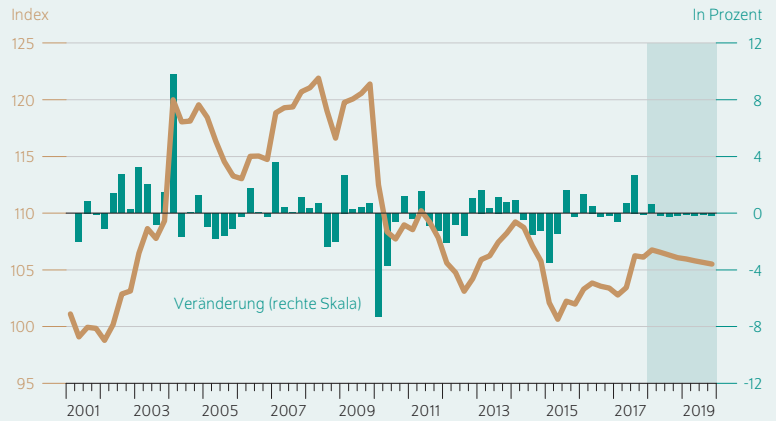
© DIW Berlin 2018

Nach starken Zuwächsen im vergangenen Halbjahr dürfte die Auslandsnachfrage im Prognosezeitraum leicht an Schwung verlieren.

Abbildung 8

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 19 Handelspartnern auf Grundlage des VPI

Index (linke Skala), Veränderungen in Prozent (rechte Skala)



Anmerkung: Unter annahmegemäß konstantem nominalem Wechselkurs im Prognosezeitraum. Für die Vor- und Nachteile des Indikators auf Grundlage der Verbraucherpreise siehe Ferdinand Fichtner et al. (2017): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2017. DIW Wochenbericht Nr. 11, Kasten 3.

Quellen: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Bloomberg; DIW Frühjahrsgroßlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dürfte sich in diesem Jahr deutlich verschlechtern, im kommenden Jahr jedoch etwas verbessern.

Die Außenhandelspreise stiegen im vierten Vierteljahr 2017 merklich, wobei bei den Importpreisen ein höheres Plus zu verzeichnen war als bei den Exportpreisen. Maßgeblich für diesen Preisanstieg dürfte die im Quartalsverlauf deutliche Teuerung von Rohstoffen gewesen sein, während die dämpfenden Effekte des Wechselkursanstiegs des ersten Halbjahres 2017 wohl zunehmend an Bedeutung verloren. Zu Jahresbeginn 2018 verteuerten sich die Rohstoffe auf dem Weltmarkt weiter und überlagerten den Effekt der neuerlichen Euro-Aufwertung, was sich in den Außenhandelspreisindizes für die Monate Januar und Februar niederschlug. Dies lässt auf weitere Preissteigerungen im Außenhandel im ersten Quartal 2018, insbesondere bei Importgütern, schließen (Abbildung 9). Im weiteren Jahresverlauf dürften diese Effekte – aufgrund der in dieser Prognose unterstellten Ölpreisentwicklung, die als Indikator für die Rohstoffpreisentwicklung dient – nach und nach auslaufen und zu einer verhalteneren Preisentwicklung führen. Danach dürften die Zuwachsraten der Exportpreise leicht über denen der Importpreise liegen. Alles in allem verschlechtern sich die Terms of Trade in diesem Jahr um zwei Zehntel Prozent, im kommenden Jahr dürften sie in etwa neutral ausfallen.

Die Erhöhung der Einfuhrzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte durch die US-Regierung dürfte vorerst nur geringe Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel haben. Der Anteil von Stahl- und Aluminiumexporten an den deutschen Warenausfuhren beträgt rund drei Prozent, von denen wiederum etwa viereinhalb Prozent auf die Vereinigten Staaten entfallen. Von direkten Effekten der Zolleinführung ist

entsprechend nur ein relativ geringer Anteil der deutschen Wertschöpfung betroffen. Darüber hinausgehende indirekte Effekte, beispielsweise durch die Umlenkung von Handelsströmen, könnten sich allerdings für im Preiswettbewerb stehende exportierende Unternehmen auf den Märkten in Drittländern ergeben.

Auch auf die Importpreise könnte eine mögliche Zolleinführung Wirkung entfalten. Kommt es dadurch zu einer Vermehrung des Angebots auf den Märkten außerhalb der USA, dürfte sich die Einfuhr von Stahl und Aluminium verbilligen. Beide Produkte haben einen Anteil an den Wareneinfuhren von rund vier Prozent, so dass selbst bei einem verhältnismäßig starken Preisverfall auf dem Weltmarkt kein nennenswerter direkter Impuls auf die Entwicklung der Einfuhrpreise insgesamt zu erwarten ist. Bei einer Verbilligung der Weltmarktpreise von Stahl und Aluminium sind allerdings auch indirekte Effekte durch fallende Preise von Gütern zu erwarten, bei denen Stahl und Aluminium als Vorleistungen eingesetzt werden. Da aber eine Kostenersparnis wegen der anhaltend guten Konjunktur nur zum Teil weitergegeben werden dürfte, sind die Auswirkungen für die Importpreise voraussichtlich gering.

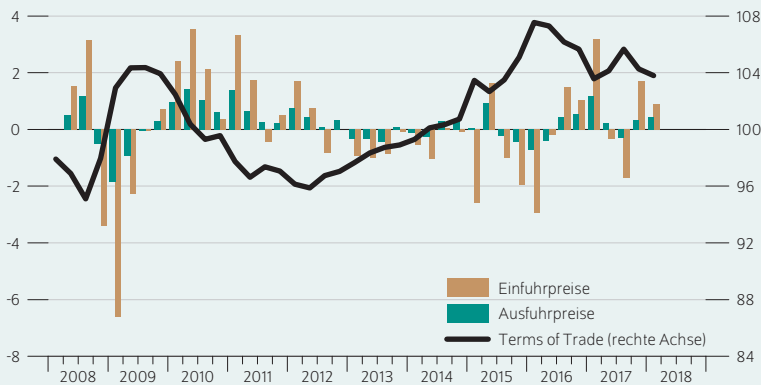
Öffentliche Finanzen: konjunkturelle Überschüsse und expansive Maßnahmen der neuen Bundesregierung

Die öffentlichen Haushalte wiesen im vergangenen Jahr einen Überschuss in Höhe von 36,6 Milliarden Euro (1,1 Pro-

Abbildung 9

Außenhandelspreise

Preise: in Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent (linke Skala),
Terms of Trade: Index (rechte Skala), Index 2010 = 100



Anmerkung: Die abgebildeten Werte beinhalten eine Phasenverschiebung der Monatswerte der Außenhandelspreisindizes um einen Monat; letzter Wert (Q1 2018): Durchschnitt Januar/Februar gegenüber Q4 2017.

Quelle: Bundesbank, Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2018

Im ersten Quartal dürften die Preise im Außenhandel merklich angezogen haben.

zent des Bruttoinlandsprodukts) aus. In Folge der günstigen konjunkturellen Lage wird sich der Überschuss im laufenden Jahr voraussichtlich noch einmal erhöhen. Im kommenden Jahr dürften expansive Maßnahmen der neuen Bundesregierung dagegen zu einem leichten Rückgang des Überschusses führen.

Die Einnahmen dürften im Prognosezeitraum deutlich zur Verbesserung der Haushaltslage beitragen. Allerdings kommt es im laufenden und im kommenden Jahr zu Steuer- und Beitragsentlastungen, die den Anstieg der staatlichen Einnahmen dämpfen: So kam es im laufenden Jahr zu einer Anpassung von Kinder- und Grundfreibeträgen. Für das kommende Jahr wird eine weitere Anhebung der Freibeträge unterstellt. Im Koalitionsvertrag ist zudem eine Erhöhung des Kindergeldes um zehn Euro pro Monat zur Jahresmitte vorgesehen.

Die Beitragszahlerinnen und -zahler werden im laufenden Jahr ebenfalls entlastet. So ist der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung um 0,1 Prozentpunkte gesunken. Zudem haben einige Krankenkassen ihre Zusatzbeiträge reduziert, so dass die durchschnittlichen Zusatzbeiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung, die bisher von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern allein getragen werden, um rund 0,1 Prozentpunkte sinken. Darüber hinaus dämpft die Reduktion der Insolvenzgeldumlage die Arbeitgeberbeiträge.

Im folgenden Jahr werden abhängig Beschäftigte und Arbeitgeber durch die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte entlastet. Für die

Gesetzliche Krankenversicherung ist vorgesehen, dass der Zusatzbeitrag, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alleine tragen und der im Durchschnitt zuletzt ca. 1,0 Prozent betrug, wieder paritätisch von den Sozialpartnern getragen wird. Hierdurch kommt es zu einer Entlastung der Beschäftigten und Belastung der Arbeitgeber, allerdings per Saldo nicht zu einer unmittelbaren Defizitwirkung für den Sektor Staat.

Die sonstigen Einnahmen werden ebenfalls zunehmen. So werden die staatlichen Vermögenseinkommen zulegen, da der Gewinn der Bundesbank, der im vergangenen Jahr nur 0,4 Milliarden Euro betragen hatte, im laufenden Jahr auf 1,9 Milliarden Euro steigt. Für das kommende Jahr wird mit einem weiteren leichten Anstieg gerechnet.

Insgesamt steigen die staatlichen Einnahmen damit um rund drei Prozent an und damit etwas weniger als das nominale Bruttoinlandsprodukt, weshalb die Quote der staatlichen Einnahmen leicht – von 45,2 auf 45,0 Prozent – zurückgeht. Für das Jahr 2019 wird ein weiterer leichter Rückgang auf 44,9 Prozent erwartet.

Die Ausgaben des Staates steigen ebenfalls merklich. Die Staatsquote wird dennoch im laufenden Jahr aus konjunkturellen Gründen deutlich zurückgehen, im kommenden Jahr aufgrund der expansiven Impulse der neuen Bundesregierung aber leicht steigen (Tabelle 6).

Die staatlichen Vorleistungskäufe, deren Dynamik zuletzt deutlich zugenommen hatte, dürften auch im Prognosezeitraum wieder kräftig expandieren. Zum einen entspannt sich die Haushaltslage, so dass Sparanstrengungen in den Hintergrund treten; zum anderen werden einige der investitionsorientierten Maßnahmen der neuen Bundesregierung wohl nicht in den öffentlichen Investitionen, sondern in den staatlichen Vorleistungen verbucht. Auch die geplanten Mehrausgaben im Bereich Landwirtschaft und Verkehr dürften dazu führen, dass sich das Wachstum der Vorleistungen im kommenden Jahr noch einmal beschleunigt.

Die Arbeitnehmerentgelte werden ebenfalls weiterhin kräftig steigen. So deuten die Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen auf kräftige Lohnzuwächse hin, und die Zahl der Beschäftigten dürfte – auch im Zusammenhang mit den geplanten Mehrausgaben für innere und äußere Sicherheit – im Prognosezeitraum zunehmen.

Die monetären Sozialleistungen expandieren ebenfalls kräftig; allerdings kommt es im laufenden Jahr aufgrund der weiterhin sinkenden Arbeitslosigkeit zu Rückgängen bei den Transfers. Die Ausgaben der Gesetzlichen Rentenversicherung werden im laufenden Jahr nicht mehr so stark zunehmen wie in den Vorjahren, da die Rentenanpassung zum Juli 2016 durch Sondereffekte überhöht war und nunmehr ein Rückgang auf durchschnittliche Zuwachsraten – in der Größenordnung der Zuwachsraten der Bruttolöhne und -gehälter – erwartet wird. Im kommenden Jahr werden wegen der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag die Leis-

Tabelle 6

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 1991 bis 2019

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote ²
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen		
1991	43,2	22,0	16,3	46,4	2,6	3,1	-3,2	11,9
1992	44,6	22,4	16,7	47,2	3,1	3,3	-2,6	13,7
1993	44,9	22,3	17,2	48,0	3,1	3,1	-3,1	14,0
1994	45,4	22,4	17,7	47,9	3,2	2,9	-2,5	14,5
1995 ³	45,2	22,0	18,1	48,2	3,4	2,6	-3,0	15,6
1996	45,4	21,8	18,7	48,9	3,4	2,5	-3,5	15,6
1997	45,1	21,5	19,0	48,1	3,3	2,3	-2,9	15,5
1998	45,2	21,9	18,7	47,7	3,3	2,3	-2,5	15,1
1999	46,0	22,9	18,5	47,7	3,0	2,3	-1,7	13,3
2000 ⁴	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,5	13,5
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	-3,9	14,1
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	-4,2	13,8
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	-3,7	13,5
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	-3,4	13,2
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	-1,7	12,5
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8
2010 ⁵	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4
2012	44,3	22,5	16,5	44,3	2,3	2,2	0,0	10,2
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	2,1	-0,1	8,6
2014	44,6	22,8	16,4	44,3	1,7	2,0	0,3	7,7
2015	44,5	22,9	16,5	43,9	1,5	2,1	0,6	6,7
2016	45,0	23,3	16,7	44,2	1,3	2,1	0,8	5,7
2017	45,2	23,5	16,8	44,1	1,2	2,2	1,1	5,1
2018	45,0	23,5	16,7	43,6	1,1	2,2	1,4	4,6
2019	44,9	23,5	16,7	43,8	1,0	2,2	1,2	4,2

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.³ Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,6 Milliarden Euro).⁴ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen; 2018 und 2019: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2018

tungen der Gesetzlichen Rentenversicherung ausgeweitet. Diese Prognose unterstellt, dass dies zum Juli 2019 umgesetzt wird. Weitere Maßnahmen der neuen Bundesregierung – wie die Erhöhung des Kindergelds zum Juli 2019 und die geplante Erhöhung der Bafög-Leistungen – wirken ebenfalls erst ab dem Jahr 2019.

Die sonstigen laufenden Transfers werden wohl deutlich zunehmen, da die Abführungen an die EU im Jahr 2017 besonders gering ausgefallen sind. Für das laufende und kommende Jahr ist unterstellt, dass diese Ausgaben nach dem Wegfall von Einmaleffekten deutlich zunehmen werden.

Die Zinsausgaben des Staates entwickeln sich seit Jahren rückläufig, und auch für die kommenden Jahre wird mit einem Rückgang gerechnet. Allerdings fällt dieser nicht

mehr so stark aus wie in den Vorjahren. Für den Prognosezeitraum wird ein geringer Rückgang um 0,1 Prozentpunkte pro Jahr erwartet.

Die Bruttoinvestitionen des Staates beliefen sich zuletzt auf 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und fielen nur unwesentlich stärker aus als die rechnerisch ermittelten gesamtstaatlichen Abschreibungen, so dass die Nettoinvestitionen stagnierten. Vor allem die Kommunen, die für die überwiegende Summe der staatlichen Bauinvestitionen verantwortlich sind, investieren weiterhin weniger als der rechnerische Verschleiß. Unter dem Strich sinkt der kommunale Kapitalstock seit nunmehr 15 Jahren.⁸ Im weiteren

⁸ Martin Gornig und Claus Michelsen (2017): Kommunale Investitionsschwäche: Engpässe bei Planungs- und Baukapazitäten bremsen Städte und Gemeinden aus. DIW Wochenbericht Nr. 11 (online verfügbar).

Tabelle 7

Mittelfristprojektion: Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigenstunde		
	in Millionen	in Millionen	in Stunden	in Milliarden Euro	in Euro	in Euro	in Milliarden Euro	2010 = 100
2012	42 061	37 501	1 375	2 688	63 900	46	2 758	103
2017	44 291	39 983	1 354	2 919	65 902	49	3 263	112
2022	45 154	40 874	1 357	3 162	70 035	52	3 848	122
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2017/2012	1,04	1,29	-0,31	1,66	0,62	0,93	3,42	1,73
2022/2017 ¹	1/2	1/2	0	1 1/2	1	1	3 1/2	1 1/2

1 In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2018

Prognoseverlauf wird erwartet, dass sich dies fortsetzt. Zwar wird unterstellt, dass die Maßnahmen der neuen Bundesregierung auch zu einer Ausweitung der investiven Ausgaben führen werden; aber nur ein geringer Teil der zur Verfügung gestellten Mittel dürfte direkt als staatlichen Bruttoinvestitionen zu verbuchen sein. Zum Teil dürften die Maßnahmen bei den konsumtiven Ausgaben anfallen und in den staatlichen Vorleistungskäufen erscheinen. Außerdem dürften einige der Ausgaben frühere geplante Maßnahmen ersetzen. Insgesamt dürfte die Quote der Bruttoinvestitionen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum bei 2,2 Prozent stagnieren.

Die geleisteten staatlichen Vermögenstransfers werden voraussichtlich im laufenden Jahr aufgrund von Einmaleffekten deutlich zurückgehen. So führte das Urteil zur Verfassungswidrigkeit der Kernbrennstoffsteuer im vergangenen Jahr zu deutlich überhöhten Vermögenstransfers, weshalb für das laufende und kommende Jahr ein Rückgang um diesen Betrag erwartet wird.

Insgesamt nehmen die staatlichen Ausgaben damit im laufenden Jahr um rund drei Prozent und im kommenden Jahr wieder etwas dynamischer – um 3,8 Prozent – zu. Der Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erhöht sich damit auf 1,4 Prozent im laufenden Jahr und sinkt im kommenden Jahr aufgrund der expansiven Maßnahmen der Bundesregierung auf 1,2 Prozent.

Konjunkturbereinigt beträgt der Finanzierungssaldo damit 0,8 Prozent im vergangenen und im laufenden Jahr, bevor er im kommenden Jahr auf 0,5 Prozent zurückgeht. Der Schuldenstand des Staates wird in Folge kräftiger Budgetüberschüsse weiter sinken und zum Ende des Prognosezeitraums – ohne Berücksichtigung von Sondereffekten – rund 57 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt betragen.

Mittelfristprojektion: Niedrige Investitionsquote und Arbeitsmarktgaps mindern das Potentialwachstum

Über den gesamten Projektionszeitraum hinweg folgt die weltwirtschaftliche Entwicklung annahmegemäß dem Trend zum Ende der kurzen Frist. Die entwickelten Volkswirtschaften wachsen demnach mit gut zwei Prozent pro Jahr und die Schwellenländer mit rund fünf Prozent. Ölpreis und Dollar-Euro-Wechselkurs verharren über den gesamten Projektionszeitraum bei den für Ende 2019 unterstellten Werten. Der Ölpreis beträgt demnach 60 Dollar pro Barrel, der Wechselkurs 1,23 US-Dollar pro Euro.

Angenommen wird, dass die Europäische Zentralbank den Restriktionsgrad der Geldpolitik nur allmählich erhöht, denn die Inflation im Euroraum dürfte angesichts auch mittelfristig noch hoher Arbeitslosigkeit kaum über das Inflationsziel steigen. Damit dürften die Zinsen in Deutschland bis 2022 dem leicht aufwärtsgerichteten Trend der kurzen Frist folgen. Die Finanzpolitik in Deutschland dürfte in der mittleren Frist expansiv bleiben. Neben den bereits in der kurzen Frist berücksichtigten Maßnahmen des Koalitionsvertrages dürfte in der mittleren Frist insbesondere der für 2021 geplante erste Schritt zur Abschaffung des Solidaritätszuschlages einen zusätzlichen Konjunkturimpuls in Höhe von zehn Milliarden Euro liefern.⁹

Die Produktionslücke schließt sich im Projektionszeitraum langsam. Die Potentialwachstumsrate liegt im Projektionszeitraum bei 1,7 Prozent (Kasten 5), dürfte jedoch demografisch bedingt zum Ende des Zeitraums um 0,3 Prozentpunkte niedriger sein.

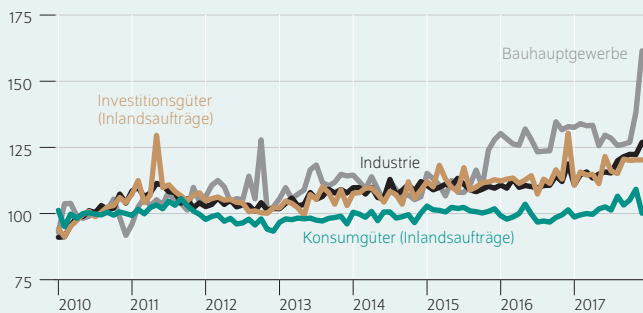
⁹ Siehe zur Berechnung des Konjunkturimpulses Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft: Aufschwung hat an Breite gewonnen, wird aber an Fahrt verlieren – Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Winter 2017. DIW Wochenbericht, Nr. 50, Kasten 2, 1169f (online verfügbar).

Abbildung 10

Konjunkturindikatoren Deutschland

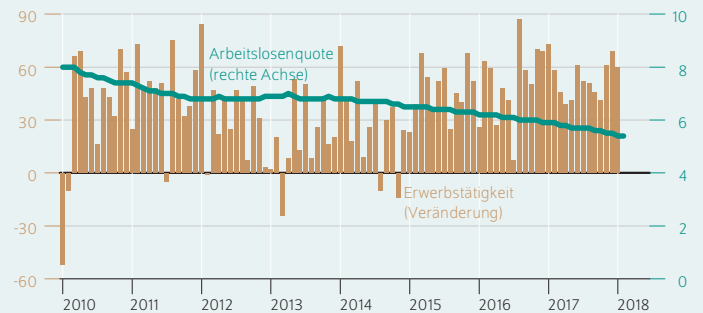
1. Auftragseingang

Kalender- und saisonbereinigte Werte



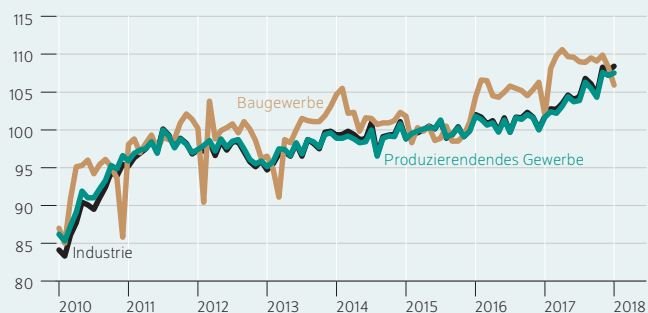
2. Arbeitsmarkt

In Prozent, Tausend



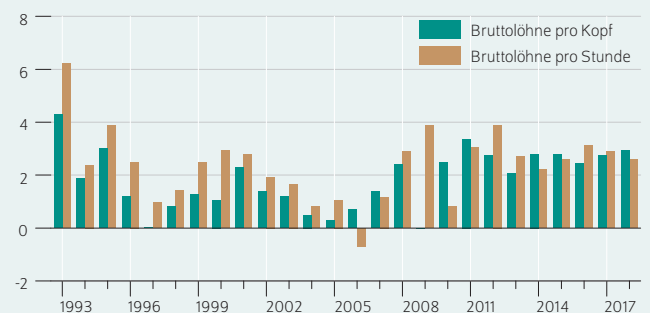
3. Produktionsindex

Kalender- und saisonbereinigte Werte



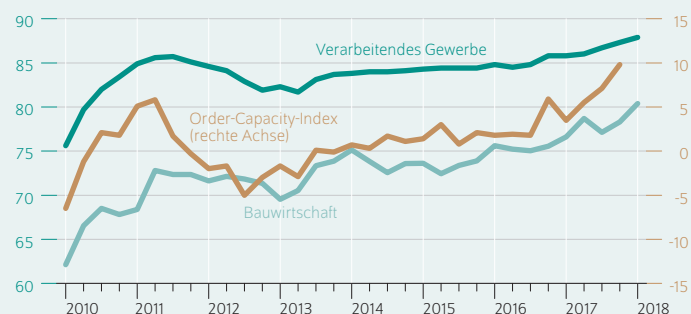
4. Löhne

Veränderung in Prozent



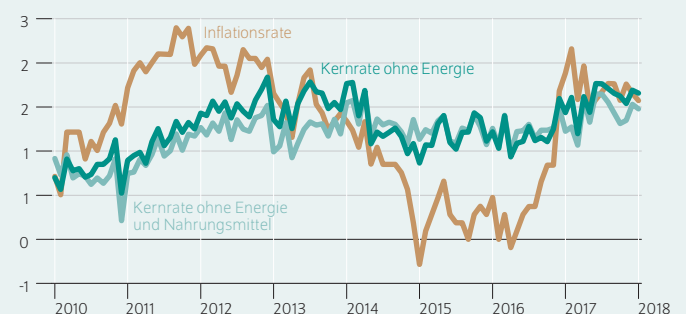
5. Kapazitätsauslastung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



6. Preisentwicklung

In Prozent, saisonbereinigte Werte



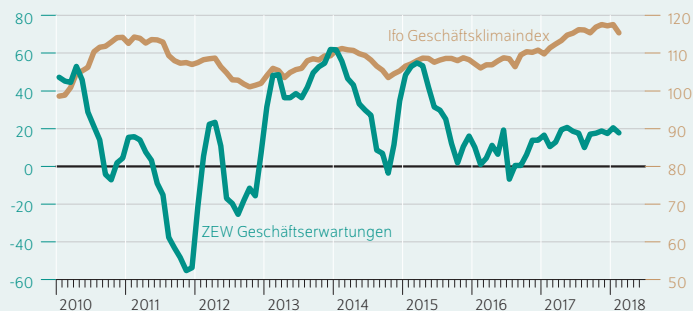
Quellen: (1,3,4,6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank.

Fortsetzung Abbildung 10

Konjunkturindikatoren Deutschland

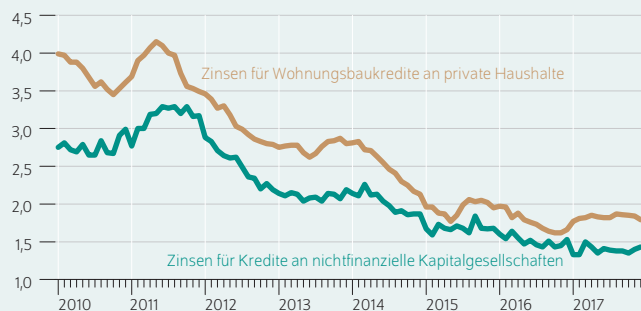
1. Unternehmensstimmung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



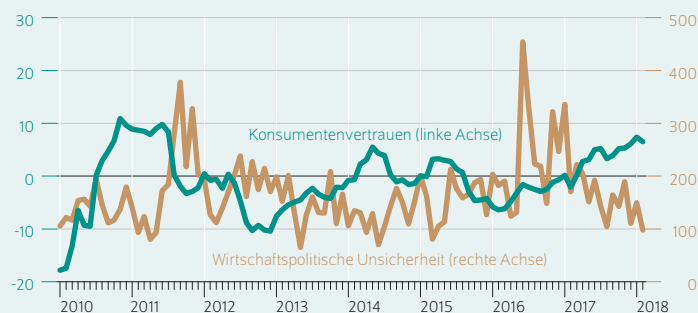
2. Zinsen

In Prozent



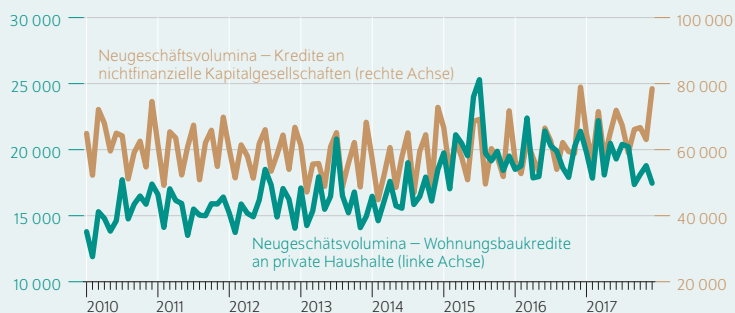
3. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit

Salden positiver/negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100



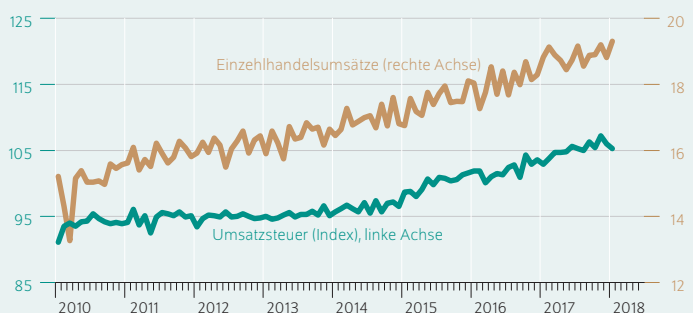
4. Kredite Neugeschäftsvolumina

In Millionen Euro, gleitender Dreimonatsdurchschnitt



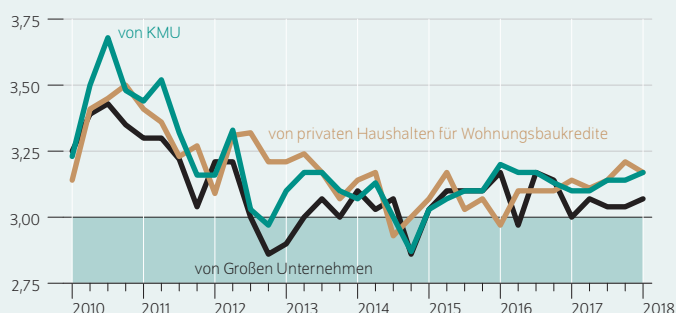
5. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze

Index 2015=100, Milliarden Euro



6. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten

= 3 konstant, >3 steigt <3 sinkt



Quellen: (1) ifo Institut; ZEW; (2,4) Deutsche Bundesbank; (3) Eurostat; Economic Policy Uncertainty (online verfügbar); (5) Statistisches Bundesamt; (6) ifo Institut; Deutsche Bundesbank.

Zu Beginn der mittleren Frist wird weiter Beschäftigung aufgebaut. Dies gelingt auch deshalb, weil jahresdurchschnittlich per Saldo rund 250 000 Personen – insbesondere aus Ländern der EU – auf den Arbeitsmarkt kommen. Die Erwerbsbeteiligung, die bisher einen großen Beitrag zum Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen leistete, wird in Zukunft aufgrund des Alterskompositionseffekts deutlich langsamer steigen und zum Ende des Projektionszeitraums stagnieren (Tabelle 7).¹⁰ In Folge der natürlichen Bevölkerungsentwicklung nimmt das Erwerbspersonenpotential schon seit längerem ab. All das zusammen genommen führt dazu, dass sich der Beschäftigungsaufbau verlangsamen wird. Ab 2022 dürften das Erwerbspersonenpotential und die Beschäftigung sogar sinken, denn die in Rente gehenden Arbeitskräfte können nicht mehr vollständig durch steigende Erwerbsbeteiligung und durch höhere Zuwanderung ersetzt werden. Allerdings steigt die Arbeitsproduktivität in Folge der Arbeitskräfteknappheit im Projektionszeitraum um durchschnittlich 1,2 Prozentpunkte und damit deutlich mehr als während der vergangenen fünf Jahre. Die Erwerbslosenquote wird wohl bis 2020 sinken. Bis zum Ende des Projektionszeitraums dürfte sie auf niedrigem Niveau bleiben.

Die zunehmenden Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt führen dazu, dass die Bruttolöhne und -gehälter im Projektionszeitraum stärker steigen. Die reale Kaufkraft der privaten Haushalte wird zwar durch eine stärkere Teuerung etwas gebremst, die Abschaffung des Solidaritätszuschlages ab dem Jahr 2021 begünstigt sie. Sieht man von diesem Einmaleffekt ab, bleiben die Wachstumsraten des privaten Konsums pro Kopf allerdings in etwa konstant. Der öffentliche Konsum dürfte hingegen etwas an Bedeutung gewinnen, da die alternde Bevölkerung zunehmend Leistungen beispielsweise der gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch nehmen wird.

Die restriktiveren Finanzierungsbedingungen dämpfen die Anlageinvestitionen etwas. Die Investitionsquote dürfte im Jahr 2022 nur wenig über dem Niveau des Jahres 2017 liegen.

¹⁰ Karl Brenke und Marius Clemens (2017): Steigende Erwerbsbeteiligung wird künftig kaum ausreichen, um den demografischen Wandel in Deutschland zu meistern. DIW Wochenbericht Nr. 35 (online verfügbar).

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Karl Brenke ist Referent im Vorstand des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Christian Breuer ist Junior Professor für Europäische Wirtschaft an der Technischen Universität Chemnitz | christian.breuer@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

Tabelle 8

Mittelfristprojektion: Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Brutto- investitionen	Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat		
in Milliarden Euro					
2012	2758,3	1538,0	519,7	532,5	168,0
2017	3263,4	1735,0	638,7	641,4	248,3
2022	3848,0	2015,7	770,7	792,9	268,8
Anteile am BIP					
2012	100	55,8	18,8	19,3	6,1
2017	100	53,2	19,6	19,7	7,6
2022	100	52,3	20,0	20,6	7,0
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent					
2017/2012	3,4	2,4	4,2	3,8	–
2022/2017¹	3 1/2	3	4	4 1/2	–

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2018

Die kräftige Konsumnachfrage kann nur noch in abnehmendem Maße aus der heimischen Produktion gedeckt werden, so dass ein größer werdender Anteil importiert wird. Das Exportwachstum lässt entsprechend der weltwirtschaftlichen Nachfrage etwas nach. Der Außenbeitrag liefert im Projektionszeitraum einen leicht negativen Wachstumsbeitrag (Tabelle 8).

Über den gesamten Projektionszeitraum wird der Deflator des Bruttoinlandsprodukts um durchschnittlich 1,8 Prozent zunehmen und damit im Vergleich zur kurzen Frist etwas beschleunigen. Dies liegt daran, dass einerseits von den im Koalitionsvertrag angelegten fiskalischen Impulsen Preisefekte ausgehen. Zudem dürften die höheren Lohnsteigerungen an die Verbraucher weitergegeben werden. Die Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegt jahresdurchschnittlich bei gut 3 1/4 Prozent.

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Claus Michelsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 11/2018:

www.diw.de/diw_weekly





Dr. Ferdinand Fichtner,
Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin.

INTERVIEW MIT FERDINAND FICHTNER

„Die Hochkonjunktur hat erstaunlich lange Bestand“

1. **Herr Fichtner, die konjunkturellen Aussichten für dieses Jahr waren recht freundlich. Ist die Stimmungslage noch immer gut?** Die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft und bei den privaten Konsumenten ist zu Recht ausgesprochen günstig. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Hochkonjunktur, die auch erstaunlich lange Bestand hat. Wir gehen davon aus, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um 2,4 Prozent wachsen wird. Das ist etwas stärker als im vergangenen Jahr, als die deutsche Wirtschaft um 2,2 Prozent gewachsen ist. Nächstes Jahr geht es dann ein bisschen runter auf 1,9 Prozent, aber auch das ist immer noch eine sehr solide Wachstumsrate für die deutsche Wirtschaft.
2. **Der private Konsum war in den letzten Jahren ausgesprochen stark. Hat er noch immer die gleiche Kraft?** Der private Konsum ist ausgesprochen kräftig, weil wir eine sehr günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt haben. Auch die Lohnentwicklung ist günstig. Dazu kommt, dass die neue Bundesregierung zusätzliche Kaufkraftspritzen im Koalitionsvertrag vereinbart hat, etwa die Mindestrente und die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Letztere dürfte die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und damit die privaten Haushalte in Deutschland spürbar entlasten, sodass einfach mehr Kaufkraft da ist, die auch in entsprechend höheren Konsum umgesetzt werden wird.
3. **Wie entwickeln sich die Verbraucherpreise?** Die Verbraucherpreise dürften allmählich etwas steigen. Da macht sich bemerkbar, dass die Kapazitäten in vielen Wirtschaftsbereichen langsam knapper werden und die Unternehmen deswegen bei den Preisen ein bisschen was drauflegen müssen. Wir haben immer noch keinerlei Anzeichen für eine Überhitzung in einem gesamtwirtschaftlichen Sinne, das heißt, wir haben keine Angst, dass wir in einen Bereich hoher Inflationsraten kommen, aber wir nähern uns allmählich von unten der Zwei-Prozent-Marke bei der Konsumentenpreis-inflation.
4. **US-Präsident Trump droht mit Strafzöllen auf die Einfuhr von Stahl. Inwieweit ist das ein Konjunkturrisiko?** Wir

haben die Einführung von Zöllen nicht in der Basisprognose berücksichtigt, sie sind aber natürlich ein Risiko für die Konjunktur. Es gibt zwar keinen starken direkten negativen Effekt, weil die USA für die deutsche Stahlindustrie kein übermäßig wichtiger Absatzmarkt sind, aber die Einführung von Zöllen auf Stahl würde beispielsweise chinesische Stahlprodukte auf den europäischen Markt umlenken. Damit würde der für die deutschen Stahlhersteller schwierige Konkurrent China auch auf dem europäischen Markt präsenter. Das könnte die Exporte der deutschen Wirtschaft beeinträchtigen.

5. **Wie beurteilen Sie insgesamt das weltwirtschaftliche Klima?** Insgesamt ist das weltwirtschaftliche Klima ausgesprochen freundlich. Wir haben insbesondere in den Industrieländern eine sehr robuste Aufwärtsentwicklung, die zum Beispiel durch die Finanzpolitik in den USA spürbar unterstützt wird. Wenn dort Steuerentlastungen und Ausgabeausweitungen geplant sind, dann macht sich das natürlich in der Weltkonjunktur bemerkbar. In den Schwellenländern ist das ein bisschen wackeliger, aber selbst in Ländern wie Brasilien oder Russland zeichnet sich mittlerweile eine relativ stetige Aufwärtsentwicklung ab. Mehr und mehr an Schwung verliert China. Das ist ein Trend, den wir schon länger beobachten.
6. **Wo sehen Sie die größten konjunkturellen Risiken?** Wir haben noch immer das Risiko, dass die Krise im Euroraum wieder aufflackern könnte, jetzt etwa im Gefolge der Wahlen in Italien, die eine problematische politische Konstellation hervorgebracht haben. Auch der Brexit ist noch ein Konjunkturrisiko. Wenn sich abzeichnen sollte, dass die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Großbritannien deutlich unter dem Brexit leidet, dann könnte das die Investoren in Europa verunsichern. Das Hauptrisiko aktuell ist aber sicherlich die US-amerikanische Zollpolitik, die große Verwerfungen auf den Weltstahlmärkten, aber auch weit darüber hinaus nach sich ziehen könnte.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2017

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	2 941,0	1 989,7	314,3	637,0	–
4	– Abschreibungen	572,0	328,9	71,0	172,0	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 369,0	1 660,8	243,3	465,0	–248,3
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 667,9	1 191,4	246,5	230,0	14,6
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,1	12,5	0,2	9,4	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	25,6	23,9	0,2	1,5	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	704,7	480,8	–3,2	227,1	–262,9
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 669,9	–	–	1 669,9	12,5
11	– Geleistete Subventionen	27,6	–	27,6	–	5,20
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	344,7	–	344,7	–	6,93
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	718,3	654,4	38,9	25,0	172,6
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	778,1	359,6	16,9	401,6	112,8
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 751,5	186,1	291,8	2 273,6	–308,4
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	413,3	89,2	–	324,0	9,8
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	422,6	–	422,6	–	0,4
18	– Geleistete Nettosozialbeiträge ²	670,4	–	–	670,4	4,2
19	+ Empfangene Nettosozialbeiträge ²	671,7	122,8	548,1	0,8	2,9
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	571,4	65,0	505,5	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	564,3	–	–	564,3	7,5
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	340,6	185,6	75,3	79,8	58,2
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	291,1	157,1	22,4	111,6	107,7
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 705,5	126,2	704,1	1 875,2	–262,5
25	– Konsumausgaben	2 373,6	–	638,7	1 735,0	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–49,6	–	49,6	–
27	= Sparen	331,9	76,6	65,4	189,8	–262,5
28	– Geleistete Vermögenstransfers	63,1	11,9	41,9	9,4	3,0
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	56,5	30,1	10,8	15,5	9,6
30	– Bruttoinvestitionen	641,4	369,9	70,3	201,3	–
31	+ Abschreibungen	572,0	328,9	71,0	172,0	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–3,1	–2,6	–1,4	0,9	3,1
33	= Finanzierungssaldo	258,9	56,5	36,6	165,8	–258,9
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 705,5	126,2	704,1	1 875,2	–262,5
35	– Geleistete soziale Sachleistungen	415,7	–	415,7	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachleistungen	415,7	–	–	415,7	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 705,5	126,2	288,3	2 291,0	–262,5
38	– Konsum ³	2 373,6	–	222,9	2 150,7	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–49,6	–	49,6	–
40	= Sparen	331,9	76,6	65,4	189,8	–262,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2018

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 063,3	2 075,9	325,6	661,8	–
4	– Abschreibungen	594,4	342,1	73,2	179,1	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 468,9	1 733,8	252,4	482,8	–272,4
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 738,4	1 239,8	256,0	242,7	15,4
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,3	12,4	0,2	9,8	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	25,6	23,8	0,2	1,6	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	733,7	505,5	–3,6	231,8	–287,8
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 740,4	–	–	1 740,4	13,4
11	– Geleistete Subventionen	27,7	–	27,7	–	5,24
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	353,4	–	353,4	–	6,99
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	708,3	647,8	36,3	24,2	176,3
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	770,7	345,9	18,1	406,6	113,9
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 862,2	203,6	304,0	2 354,6	–335,0
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	433,1	92,0	–	341,1	10,1
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	442,9	–	442,9	–	0,4
18	– Geleistete Nettosozialbeiträge ²	692,7	–	–	692,7	4,5
19	+ Empfangene Nettosozialbeiträge ²	694,0	125,2	568,0	0,8	3,2
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	585,8	66,4	518,6	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	578,5	–	–	578,5	7,8
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	356,1	189,8	86,9	81,8	52,7
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	298,5	162,8	22,4	114,2	110,4
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 808,3	143,4	731,8	1 931,6	–281,0
25	– Konsumausgaben	2 445,4	–	662,1	1 783,3	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–50,0	–	50,0	–
27	= Sparen	362,9	93,4	69,7	198,4	–281,0
28	– Geleistete Vermögenstransfers	55,3	12,1	33,3	9,8	2,8
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	48,4	21,5	11,2	15,7	9,7
30	– Bruttoinvestitionen	676,3	389,2	74,0	213,1	–
31	+ Abschreibungen	594,4	342,1	73,2	179,1	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–2,5	–2,0	–1,4	0,9	2,5
33	= Finanzierungssaldo	276,6	57,6	48,3	169,4	–276,6
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 808,3	143,4	731,8	1 931,6	–281,0
35	– Geleistete soziale Sachleistungen	427,8	–	427,8	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachleistungen	427,8	–	–	427,8	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 808,3	143,4	304,0	2 359,4	–281,0
38	– Konsum ³	2 445,4	–	234,3	2 211,1	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–50,0	–	50,0	–
40	= Sparen	362,9	93,4	69,7	198,4	–281,0

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2019

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 175,9	2 151,6	337,6	686,6	–
4	– Abschreibungen	614,8	353,8	75,5	185,5	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 561,0	1 797,8	262,1	501,1	–269,0
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 805,9	1 282,4	267,7	255,8	16,3
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,6	12,2	0,2	10,2	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	25,4	23,6	0,2	1,6	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	758,0	526,9	–5,6	236,7	–285,3
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 807,9	–	–	1 807,9	14,3
11	– Geleistete Subventionen	27,9	–	27,9	–	5,20
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	363,2	–	363,2	–	7,05
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	712,6	654,3	34,4	23,9	179,8
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	777,3	341,7	18,2	417,4	115,1
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 965,9	214,3	313,6	2 438,0	–333,9
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	453,8	95,1	–	358,7	10,6
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	463,9	–	463,9	–	0,4
18	– Geleistete Nettosozialbeiträge ²	712,7	–	–	712,7	4,7
19	+ Empfangene Nettosozialbeiträge ²	713,9	127,4	585,7	0,8	3,5
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	607,1	68,6	537,6	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	599,4	–	–	599,4	8,1
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	366,9	191,7	93,7	83,8	53,7
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	307,4	167,6	22,7	118,0	113,2
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 910,2	153,9	754,7	2 000,2	–278,2
25	– Konsumausgaben	2 533,4	–	689,1	1 844,4	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–50,5	–	50,5	–
27	= Sparen	376,8	103,5	65,6	206,3	–278,2
28	– Geleistete Vermögenstransfers	58,1	12,4	35,3	10,3	2,7
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	50,9	23,6	11,5	15,8	9,8
30	– Bruttoinvestitionen	713,4	409,3	76,9	227,2	–
31	+ Abschreibungen	614,8	353,8	75,5	185,5	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–2,5	–2,0	–1,5	0,9	2,5
33	= Finanzierungssaldo	273,6	61,1	41,9	169,2	–273,6
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 910,2	153,9	754,7	2 000,2	–278,2
35	– Geleistete soziale Sachleistungen	442,8	–	442,8	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachleistungen	442,8	–	–	442,8	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 910,2	153,9	311,9	2 443,0	–278,2
38	– Konsum ³	2 533,4	–	246,3	2 287,1	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–50,5	–	50,5	–
40	= Sparen	376,8	103,5	65,6	206,3	–278,2

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

VGR-TABELLEN

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 und 2019

	2017	2018	2019	2017		2018		2019	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,5	1,2	0,7	1,5	1,5	1,4	1,1	0,7	0,6
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,8	0,5	0,0	-0,2	1,8	0,6	0,3	0,6	-0,5
Arbeitstage	-1,2	-0,3	0,0	0,0	-2,3	-0,5	-0,1	-0,8	0,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,1	1,4	0,7	1,3	1,0	1,5	1,4	0,5	0,8
Produktivität¹	1,1	1,0	1,2	0,9	1,3	1,0	1,0	1,2	1,2
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,4	1,9	2,2	2,3	2,5	2,4	1,7	2,0
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 373,6	2 445,4	2 533,4	1 160,0	1 213,6	1 192,2	1 253,2	1 233,5	1 300,0
Private Haushalte²	1 735,0	1 783,3	1 844,4	850,1	884,8	870,5	912,8	898,3	946,0
Staat	638,7	662,1	689,1	309,9	328,8	321,8	340,4	335,1	353,9
Anlageinvestitionen	662,7	698,2	736,1	319,9	342,8	335,7	362,5	353,8	382,3
Ausrüstungen	214,6	228,3	239,4	101,8	112,8	108,4	119,9	113,3	126,1
Bauten	322,7	339,4	360,4	156,7	165,9	163,6	175,9	173,9	186,5
Sonstige Anlageinvestitionen	125,4	130,4	136,4	61,3	64,1	63,7	66,7	66,6	69,7
Vorratsveränderung³	-21,3	-21,9	-22,7	-4,8	-16,6	-2,5	-19,4	-3,4	-19,3
Inländische Verwendung	3 015,0	3 121,6	3 246,8	1 475,1	1 539,9	1 525,4	1 596,2	1 583,8	1 663,0
Außenbeitrag	248,3	272,3	269,0	127,4	121,0	144,6	127,8	143,2	125,8
Exporte	1 542,1	1 657,5	1 735,7	761,1	781,0	821,1	836,3	857,9	877,8
Importe	1 293,7	1 385,1	1 466,7	633,8	660,0	676,6	708,6	714,7	752,0
Bruttoinlandsprodukt	3 263,4	3 394,0	3 515,9	1 602,5	1 660,9	1 670,0	1 724,0	1 727,1	1 788,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,7	3,0	3,6	3,8	3,5	2,8	3,3	3,5	3,7
Private Haushalte²	3,6	2,8	3,4	4,0	3,3	2,4	3,2	3,2	3,6
Staat	3,8	3,7	4,1	3,4	4,1	3,8	3,5	4,2	4,0
Anlageinvestitionen	5,2	5,3	5,4	4,9	5,5	4,9	5,7	5,4	5,5
Ausrüstungen	4,3	6,4	4,9	2,9	5,6	6,5	6,3	4,5	5,2
Bauten	6,0	5,2	6,2	6,3	5,7	4,4	6,0	6,3	6,0
Sonstige Anlageinvestitionen	4,8	4,0	4,5	4,9	4,7	3,9	4,2	4,6	4,5
Inländische Verwendung	4,2	3,5	4,0	4,3	4,1	3,4	3,7	3,8	4,2
Exporte	6,3	7,5	4,7	6,0	6,7	7,9	7,1	4,5	5,0
Importe	7,9	7,1	5,9	8,8	7,0	6,8	7,4	5,6	6,1
Bruttoinlandsprodukt	3,8	4,0	3,6	3,4	4,1	4,2	3,8	3,4	3,8
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 157,4	2 184,0	2 223,1	1 061,8	1 095,6	1 072,6	1 111,4	1 090,1	1 133,0
Private Haushalte²	1 596,1	1 614,5	1 643,6	784,5	811,6	791,0	823,5	803,5	840,1
Staat	561,0	569,1	579,1	277,2	283,9	281,3	287,8	286,3	292,8
Anlageinvestitionen	590,9	609,8	630,8	286,1	304,8	293,9	315,9	303,9	326,9
Ausrüstungen	207,6	220,2	230,4	98,0	109,5	104,1	116,1	108,5	121,9
Bauten	270,9	275,0	282,7	132,6	138,2	133,5	141,5	137,4	145,3
Sonstige Anlageinvestitionen	113,2	116,0	119,6	55,6	57,6	56,8	59,2	58,6	61,0
Inländische Verwendung	2 716,3	2 766,4	2 826,2	1 340,8	1 375,5	1 364,1	1 402,3	1 390,9	1 435,2
Exporte	1 460,1	1 554,7	1 617,2	720,4	739,7	771,5	783,2	800,5	816,7
Importe	1 258,2	1 331,9	1 400,3	613,3	644,9	651,6	680,3	682,8	717,5
Bruttoinlandsprodukt	2 918,8	2 990,1	3 045,6	1 447,5	1 471,3	1 483,8	1 506,4	1 509,0	1 536,6
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,8	1,2	1,8	2,0	1,6	1,0	1,4	1,6	1,9
Private Haushalte²	1,9	1,2	1,8	2,2	1,6	0,8	1,5	1,6	2,0
Staat	1,6	1,4	1,8	1,6	1,6	1,5	1,4	1,8	1,7
Anlageinvestitionen	3,2	3,2	3,5	3,1	3,4	2,7	3,6	3,4	3,5
Ausrüstungen	4,0	6,1	4,6	2,6	5,3	6,1	6,0	4,3	5,0
Bauten	2,6	1,5	2,8	3,3	2,0	0,6	2,4	2,9	2,7
Sonstige Anlageinvestitionen	3,5	2,5	3,1	3,7	3,3	2,3	2,7	3,2	3,0
Inländische Verwendung	2,2	1,8	2,2	2,4	2,0	1,7	1,9	2,0	2,3
Exporte	4,7	6,5	4,0	4,1	5,2	7,1	5,9	3,8	4,3
Importe	5,1	5,9	5,1	5,0	5,3	6,3	5,5	4,8	5,5
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,4	1,9	2,2	2,3	2,5	2,4	1,7	2,0

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 und 2019

	2017	2018	2019	2017		2018		2019	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	1,7	1,6	1,6	1,7	1,7	1,5	1,7	1,6	1,6
Konsumausgaben des Staates	2,2	2,2	2,3	1,9	2,4	2,3	2,1	2,3	2,2
Anlageinvestitionen	1,9	2,1	1,9	1,7	2,0	2,2	2,0	1,9	1,9
Ausrüstungen	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Bauten	3,2	3,6	3,3	2,9	3,6	3,7	3,5	3,3	3,3
Exporte	1,6	0,9	0,7	1,9	1,4	0,7	1,1	0,7	0,6
Importe	2,6	1,1	0,7	3,7	1,6	0,5	1,8	0,8	0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,5	1,7	1,2	1,8	1,7	1,4	1,7	1,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 273,6	2 354,6	2 438,0	1 119,0	1 154,5	1 158,3	1 196,3	1 199,7	1 238,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	299,6	309,6	323,1	145,0	154,6	150,1	159,6	156,7	166,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 370,3	1 430,8	1 484,8	653,2	717,2	683,1	747,7	709,8	775,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	603,6	614,2	630,1	320,9	282,8	325,1	289,1	333,2	296,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	477,9	507,6	527,9	219,5	258,4	238,5	269,1	244,8	283,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 751,5	2 862,2	2 965,9	1 338,6	1 412,9	1 396,8	1 465,4	1 444,4	1 521,5
Abschreibungen	572,0	594,4	614,8	283,7	288,3	294,9	299,5	305,4	309,4
Bruttonationaleinkommen	3 323,5	3 456,6	3 580,8	1 622,3	1 701,2	1 691,7	1 765,0	1 749,9	1 830,9
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 434,4	2 535,7	2 629,9	1 180,3	1 254,1	1 234,2	1 301,4	1 277,5	1 352,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	764,5	795,2	822,0	382,1	382,4	401,0	394,2	411,0	411,0
Arbeitnehmerentgelt	1 669,9	1 740,4	1 807,9	798,2	871,7	833,2	907,2	866,4	941,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	4,4	3,6	3,5	4,5	4,4	3,5	3,6	3,6	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,7	3,4	4,3	3,8	3,7	3,5	3,2	4,4	4,3
Bruttolöhne und -gehälter	4,5	4,4	3,8	4,5	4,5	4,6	4,3	3,9	3,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	4,6	1,7	2,6	4,8	4,5	1,3	2,2	2,5	2,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	2,2	6,2	4,0	-1,1	5,1	8,6	4,2	2,6	5,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,0	4,0	3,6	3,5	4,5	4,3	3,7	3,4	3,8
Abschreibungen	3,6	3,9	3,4	3,4	3,7	3,9	3,9	3,6	3,3
Bruttonationaleinkommen	3,9	4,0	3,6	3,5	4,4	4,3	3,7	3,4	3,7
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	4,1	4,2	3,7	3,5	4,8	4,6	3,8	3,5	3,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,6	4,0	3,4	1,6	5,8	4,9	3,1	2,5	4,3
Arbeitnehmerentgelt	4,3	4,2	3,9	4,4	4,3	4,4	4,1	4,0	3,8
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1 349,9	1 399,9	1 456,7	650,5	699,5	674,8	725,1	701,1	755,6
Nettolöhne- und -gehälter	905,9	946,9	988,1	427,7	478,2	447,8	499,0	468,0	520,1
Monetäre Sozialleistungen	564,3	578,5	599,4	282,6	281,8	289,2	289,2	298,0	301,4
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	120,3	125,4	130,8	59,8	60,5	62,3	63,1	65,0	65,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	603,6	614,2	630,1	320,9	282,8	325,1	289,1	333,2	296,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-78,4	-82,5	-86,7	-38,3	-40,0	-40,4	-42,1	-42,5	-44,2
Verfügbares Einkommen	1 875,2	1 931,6	2 000,2	933,0	942,3	959,5	972,1	991,9	1 008,3
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	49,6	50,0	50,5	24,5	25,1	24,7	25,3	24,9	25,6
Konsumausgaben	1 735,0	1 783,3	1 844,4	850,1	884,8	870,5	912,8	898,3	946,0
Sparen	189,8	198,4	206,3	107,3	82,5	113,8	84,6	118,5	87,9
Sparquote in Prozent ⁷	9,9	10,0	10,1	11,2	8,5	11,6	8,5	11,7	8,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,9	3,7	4,1	4,2	3,7	3,7	3,7	3,9	4,2
Nettolöhne- und -gehälter	4,2	4,5	4,4	4,3	4,2	4,7	4,3	4,5	4,2
Monetäre Sozialleistungen	3,6	2,5	3,6	4,3	2,8	2,4	2,6	3,0	4,2
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	4,8	4,3	4,3	5,7	3,8	4,2	4,3	4,3	4,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	4,6	1,7	2,6	4,8	4,5	1,3	2,2	2,5	2,7
Verfügbares Einkommen	3,9	3,0	3,5	4,2	3,6	2,8	3,2	3,4	3,7
Konsumausgaben	3,6	2,8	3,4	4,0	3,3	2,4	3,2	3,2	3,6
Sparen	5,6	4,5	4,0	5,1	6,3	6,0	2,6	4,1	3,8

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 und 2019

	2017	2018	2019	2017		2018		2019	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	767,2	796,3	827,1	383,1	384,1	397,2	399,2	412,4	414,7
direkte Steuern	422,6	442,9	463,9	211,3	211,3	221,4	221,4	232,1	231,9
indirekte Steuern	344,7	353,4	363,2	171,8	172,8	175,7	177,7	180,4	182,9
Nettosozialbeiträge	548,1	568,0	585,7	265,7	282,4	275,7	292,3	284,6	301,2
Vermögenseinkommen	16,9	18,1	18,2	8,8	8,1	10,2	7,9	10,5	7,7
Laufende Übertragungen	22,4	22,4	22,7	10,0	12,4	10,0	12,4	10,2	12,6
Vermögenstransfers	10,8	11,2	11,5	5,4	5,4	5,6	5,6	5,8	5,8
Verkäufe	108,9	111,5	114,7	52,1	56,8	52,9	58,6	54,9	59,8
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1474,6	1527,7	1580,2	725,2	749,3	751,7	776,0	778,4	801,8
Ausgaben									
Vorleistungen	155,3	162,0	170,1	71,5	83,8	74,6	87,4	79,0	91,1
Arbeitnehmerentgelte	246,5	256,0	267,7	118,4	128,1	122,7	133,3	128,3	139,4
Soziale Sachleistungen	277,9	286,0	296,0	138,1	139,9	142,5	143,5	147,3	148,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	38,9	36,3	34,4	19,9	19,0	18,4	17,9	17,4	17,0
Subventionen	27,6	27,7	27,9	13,6	14,1	13,6	14,1	13,7	14,2
Monetäre Sozialleistungen	505,5	518,6	537,6	253,3	252,2	259,4	259,1	267,4	270,2
Sonstige laufende Transfers	75,3	86,9	93,7	39,9	35,4	45,7	41,2	49,1	44,7
Bruttoinvestitionen	70,3	74,0	76,9	30,2	40,1	32,3	41,7	33,4	43,5
Vermögenstransfers	41,9	33,3	35,3	21,4	20,4	13,9	19,3	14,8	20,5
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	−1,4	−1,4	−1,5	−0,6	−0,8	−0,7	−0,8	−0,7	−0,8
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1438,0	1479,5	1538,3	705,6	732,4	722,5	757,0	749,7	788,6
Finanzierungssaldo	36,6	48,3	41,9	19,6	17,0	29,2	19,1	28,7	13,2
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,8	3,8	3,9	5,1	4,6	3,7	3,9	3,8	3,9
direkte Steuern	6,4	4,8	4,8	6,2	6,6	4,8	4,8	4,8	4,7
indirekte Steuern	3,0	2,6	2,8	3,7	2,2	2,3	2,8	2,6	2,9
Nettosozialbeiträge	4,6	3,6	3,1	4,8	4,5	3,8	3,5	3,2	3,0
Vermögenseinkommen	−6,3	7,1	0,5	−7,5	−4,8	15,3	−1,8	3,3	−3,2
LaufendeÜbertragungen	12,7	0,0	1,5	11,8	13,4	−0,1	0,1	1,5	1,5
Vermögenstransfers	−29,9	2,8	3,5	−28,6	−31,1	3,0	2,7	3,5	3,5
Verkäufe	3,8	2,4	2,8	4,5	3,1	1,7	3,1	3,7	2,1
Sonstige Subventionen	1,0	0,0	0,0	4,6	−1,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,3	3,6	3,4	4,5	4,1	3,7	3,6	3,6	3,3
Ausgaben									
Vorleistungen	3,6	4,3	5,0	2,8	4,2	4,3	4,3	5,9	4,2
Arbeitnehmerentgelte	4,2	3,8	4,6	4,3	4,1	3,6	4,0	4,5	4,6
Soziale Sachleistungen	3,5	2,9	3,5	3,4	3,5	3,2	2,6	3,4	3,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	−6,4	−6,8	−5,3	−4,0	−8,9	−7,6	−6,0	−5,5	−5,0
Subventionen	−0,7	0,4	0,4	−0,1	−1,2	0,4	0,4	0,5	0,4
Monetäre Sozialleistungen	4,0	2,6	3,7	4,8	3,1	2,4	2,7	3,1	4,3
Sonstige laufende Transfers ⁹	−0,4	11,7	6,8	−0,1	−0,3	5,8	5,8	3,4	3,4
Bruttoinvestitionen	5,1	5,3	3,9	4,3	5,7	6,9	4,0	3,4	4,3
Vermögenstransfers ⁹	5,5	−8,6	2,1	36,7	−1,4	−34,9	−5,4	6,2	6,2
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	−0,1	0,0	0,0	−0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	2,4	−2,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,6	2,9	4,0	4,3	2,9	2,4	3,4	3,8	4,2

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.



LUKAS MENKHOFF

Gute Armutsbekämpfung braucht randomisierte Experimente

Prof. Dr. Lukas Menkhoff,
Leiter der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin.
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Bildungsmaßnahmen sind ein gängiger und guter Weg, Armut zu bekämpfen: Man fördert den Schulbesuch oder die Teilnahme an spezifischen Kursen und ermöglicht damit den Menschen, perspektivisch bessere Einkommen zu erzielen. Erreichen diese Maßnahmen ihre Ziele? Falls nicht, was müsste man verbessern, damit sie wirksamer sind? Solche Fragen stehen im Zentrum der Entwicklungs- und Bildungsforschung. Wichtig ist es deshalb, diese Maßnahmen bestmöglich zu evaluieren. An der „besten“ Evaluierungsmethode scheiden sich aber die Geister. Der „Goldstandard“ in diesem Bereich, randomisierte kontrollierte Experimente, gerät zunehmend in die Kritik.

Wurden diese sogenannten RCTs (randomized controlled trials, also randomisierte und kontrollierte Experimente) lange Zeit allen anderen Methoden als überlegen erachtet, so werden heute immer häufiger ihre Nachteile hervorgehoben. Diese Kritik schießt aber oft über das Ziel hinaus. Deshalb ist es sinnvoll, sich die Gründe für RCTs wieder vor Augen zu führen. Als Beispiel denke man an Kurse zur Finanzbildung: Menschen werden darin mit einfachen Finanzkonzepten wie Zinsen vertraut gemacht, um ihren Umgang mit Geld zu verbessern. Führt das tatsächlich zu „verbessertem“ Finanzverhalten?

Das einfachste Evaluierungsinstrument besteht darin, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach dem Kurs nach ihrem Lernerfolg zu fragen. Dies vermittelt zwar brauchbares Feedback, doch kann man daraus kaum entnehmen, ob sich das Verhalten tatsächlich verändert oder nur erwünschte Antworten gegeben werden.

Deshalb werden – mit mehr Aufwand – häufig die Ex-post-Antworten mit Ex-ante-Antworten verglichen. Noch besser ist es, wenn man diese Fragen nach einiger Zeit stellt, beispielsweise sechs Monate nach dem Kurs. Allerdings kann sich in der Zwischenzeit auch die Umwelt geändert haben. Vielleicht gab es in diesen sechs Monaten besonders viele Medienberichte zu Zinsen, gutem Anlageverhalten oder Überschuldung und deshalb wissen die Menschen mehr darüber, ohne dass der Kurs dafür verantwortlich ist.

Um diesem Effekt entgegenzuwirken, zieht man zum Vergleich eine Kontrollgruppe heran, die an keiner Bildungsmaßnahme teilnimmt. Hat sich das Verhalten der teilnehmenden Gruppe signifikant gegenüber der Kontrollgruppe verändert, ist dies ein starker Hinweis darauf, dass die Maßnahme wirkt. Allerdings zeigt die Erfahrung auch, dass oft vor allem diejenigen an Maßnahmen teilnehmen, die besonders interessiert und motiviert sind, so dass die Teilnehmergruppe untypisch für die durchschnittliche Bevölkerung ist. Will man diese positive Verzerrung ausschalten, müssen die Mitglieder der Teilnehmer- und der Kontrollgruppe zufällig zugeteilt werden. Dies ist die Vorgehensweise eines RCTs.

RCTs sind demnach eine vergleichsweise „harte“ Evaluierung, bei der die gemessene Wirksamkeit geringer als bei anderen Verfahren ausfällt. Zugleich sind sie eine recht teure Form der Evaluierung. Ferner sind sie sperrig, weil sie bereits im Planungsstadium der Maßnahme mitbedacht werden müssen. Und schließlich eignen sie sich nicht für alle Fälle. Man wird im Bereich Gesundheit Menschen zwecks Evaluierung nicht bewusst krank machen.

Aufgrund dieser lange bekannten Nachteile sind RCTs nicht bei allen Trägern von entwicklungspolitischen oder Bildungsmaßnahmen willkommen. Die Kombination von zu erwartenden „schlechteren“ Ergebnissen und hohen Kosten macht es ihnen nicht leicht: Man muß schon von der Sache sehr überzeugt sein, um sich auf eine Evaluierungsmethode einzulassen, die die eigene Maßnahmen schlechter aussehen lassen wird als andere, weniger aufwendige Methoden. Und so sind RCTs häufig Gegenstand von Einwänden, die aber einfach Vorwände sind. Längerfristig trägt eine solche Verweigerung nicht zum Erfolg der Bildungsmaßnahmen und letztlich der Armutsbekämpfung bei. Man kann nur das zielgerichtet verbessern, was man genau kennt und versteht.